

Provinz lebensfähig zu erhalten. Dazu gehörte der Neubau der Ostmesse 1920/21 mit Messehallen, Eingangsbau und Restaurant, innerhalb von nur knapp einem Jahr zwischen Planung, Beschlußfassung und Eröffnung von Hopp realisiert! Komplementär dazu wurde unmittelbar anschließend der Handelshof errichtet, wegen seiner Größe ab 1927 als Stadtverwaltungssitz genutzt, mit Kontinuität bis heute. Von wirtschaftspolitischer wie privatwirtschaftlicher Bedeutung waren das Haus der Technik 1924/25, etliche Filialen der Stadtbank und Stadtparkasse, das Parkhotel in Tragheim oder das Kaufhaus Alexander & Echternach.

Neben solch wirtschaftlich wichtigen Bauten trat die Wiederherstellung bzw. der Ausbau der Infrastruktur der Provinz. Dazu zählten Brücken bei Johannisburg und Wehlau oder in Leissienen, Wassertürme in Pillau und Nikolaiken, ganz wesentlich der Flughafen Devau 1922, der erste deutsche Zivilflughafen. In den Bildungs-, Kultur- und Sozialsektor einzureihen sind etwa die Mädchengewerbeschule 1928–30, der Ostmarkenrundfunk 1932/33, die Rentnerinnenheime im Maraunenhof und in Amalienau, aber auch die Kinos Capitol und Prisma.

Dazu kamen immer wieder Wettbewerbsbeteiligungen mit interessanten Entwürfen, wie etwa für das Tannenberghaus und die dortige Jugendherberge, die Königsberger Handelshochschule, den Umbau des Schauspielhauses, allerdings auch außerpreussische Objekte wie der Ulmer Münsterplatz, die Landwirtschaftliche Schule in Deutsch-Krone, das Messegelände und die Reichsbank in Berlin, der Adolf Hitler-Platz Dresden, die Schloßumgebung Kiel.

Deutlich wird die erzwungene Verlagerung der Tätigkeit Hopps nach dem politischen Umschwung in Königsberg 1932/33. Der Ostmarkenrundfunk war das letzte große öffentliche Gebäude, auch die Wettbewerbsteilnahmen brachten nur noch Achtungserfolge. Die Privathäuser dominierten, und das letzte in Ostpreußen realisierte Objekt sind Unterstände und Luftschutzbunker für Königsberg 1943/44 als Angestellter einer Betonfirma! Deutlicher können sich politische Entwicklungen in einem Werk kaum widerspiegeln.

Hier sei abgebrochen. Der Bereich der späteren DDR, wenngleich mit hochinteressanten Projekten wie der Studie über den Wiederaufbau von Dresden, dem Wiederaufbau des Preussischen Landtages (Volks- und Länderkammer der DDR) in Berlin, der Hochschule für Körperkultur Leipzig und Teilen der Stalinallee gehören zwar zum Werk Hopps, sind hier jedoch nachgeordnet, wie auch die Beteiligung am Wettbewerb für die Bonner Beethovenhalle.

Die Verf. zeigt auf weite Strecken eine Baugeschichte Königsbergs nach dem Ersten Weltkrieg unter Federführung Hopps. „Mit immer neuen Formideen bereicherte er das Gesicht der Stadt um avantgardistische Architektur und Innenausstattungen, zunächst in expressionistischer Ausdrucksstärke, ab 1927 in neusachlicher Eleganz.“ (S. 29). Gleichzeitig wird eine Biographie entworfen, die die Problematik eines Berufsstandes zeigt, der im öffentlichen Leben steht und nicht an der politischen Entwicklung vorbeiwirren kann. Die stilistische Beschreibung macht die Einordnung der Bauten und Entwürfe in die architekturgeschichtliche Entwicklung gut nachvollziehbar. Fast alle Objekte sind – oft mehrfach – abgebildet, wenngleich das Layout teilweise zu kleine Abbildungen befördert. Für die einzelnen Bauten bemüht sich die Verf., auch den gegenwärtigen Erhaltungszustand anzugeben. Insgesamt ist ein gut lesbares Werk entstanden zu einer bedeutenden Persönlichkeit, von architektur- wie landesgeschichtlichem und biographischem Interesse. *Udo Arnold*

Kommissionsverlag: Elwert'sche Universitäts- und Verlagsbuchhandlung
Reitgasse 7/9, 35037 Marburg (Lahn)

Manuskriptensendungen sind zu richten an:

Dr. Dieter Heckmann, Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, Archivstraße 12–14, 14195 Berlin, oder
Dr. Klaus Neitmann, Brandenburgisches Landeshauptarchiv, An der Orangerie 3, 14469 Potsdam

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in
HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE.

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz
und Beihilfe des Herder-Instituts e.V.

Herstellung: Stahlinger Satz GmbH, 35085 Ebsdorfergrund

Preußenland

MITTEILUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION FÜR OST- UND
WESTPREUSSISCHE LANDESFORSCHUNG UND AUS DEN ARCHIVEN
DER STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Jahrgang 42/2004

ISSN 0032-7972

Nr. 1

INHALT

Marek Andrzejewski, Die polnischen Bibliotheken und die Bibliotheken anderer nationaler Gruppen in der Freien Stadt Danzig, S. 1 – *Christian Tilitzki*, „... etwas vom Schicksal von Herrn Prof. R.“ Andeutungen über Hans Rothfels: Lotte Esau an Josef Nadler (1942), S. 9 – *Bernhart Jähnig*, Günter Krüger, S. 15 – Buchbesprechungen, S. 17.

Die polnischen Bibliotheken und die Bibliotheken anderer nationaler Gruppen in der Freien Stadt Danzig

Von Marek Andrzejewski

Uns fehlen bisher die genauen Angaben über die Entwicklung des Büchereiwesens in der Freien Stadt Danzig. Während die deutschen Forscher bedauerlicherweise kaum Interesse zeigten, waren für die polnische Seite nur die polnischen Bibliotheken erwähnenswert. Von der Forschung wird die Bedeutung der Danziger Bibliotheken, die auch in der Zwischenkriegszeit ein wichtiges Element des geistigen und kulturellen Lebens waren, zu Unrecht unterschätzt. Auch die Bibliotheken der deutschen Minderheit in Polen in den Jahren 1918–1939 wurden bisher von den Historikern stiefmütterlich behandelt¹. Bis heute steht eine vollständige Darstellung nicht nur der deutschen, sondern auch der Bibliotheken der jüdischen, ukrainischen, weißrussischen und anderen Minderheiten im damaligen Polen aus². Es wäre wünschenswert, daß sich die deutschen und polnischen Forscher der Problematik der deutschen Bibliotheken in den Grenzgebieten, vor allem in Ostpreußen, annehmen würden.

¹ Marek Andrzejewski: Biblioteki mniejszości niemieckiej w Wielkopolsce i na Pomorzu, in: *Przegląd Zachodni* 3 (1989), S. 102–110; ders.: Uwagi o bibliotekach mniejszości niemieckiej w województwie śląskim w latach 1922–1939, in: *Roczniki Biblioteczne* 32, 2 (1988), S. 119–130; ders. Materiały do dziejów Związku Bibliotek Ludowych w Polsce (Der Verband Deutscher Volksbüchereien in Polen), in: *Dzieje Najnowsze* 20, 2 (1988), S. 145–155.

² Marek Andrzejewski: Biblioteki, mniejszości narodowych w Polsce w okresie międzywojennym. Zarys problematyki, in: *Roczniki Biblioteczne* 31, 2 (1987), S. 85–108.

Von deutschen Autoren gibt es über das Bücherwesen in der Freien Stadt Danzig sehr wertvolle Arbeiten von den ehemaligen Direktoren der Danziger Bibliotheken Friedrich Schwarz³, Otto Günther⁴, Albert Predeek⁵ und Fritz Prinzhorn⁶. Darunter finden sich viele interessante Nachrichten. Die Mängel dieser Arbeiten ergaben sich vor allem aus der subjektiven Art der Darstellung und daraus, daß der historisch-politische Kontext unzureichend Berücksichtigung fand. Unter den polnischen Autoren hat auf diesem Feld bisher Marian Pelczar⁷ die größte Aktivität gezeigt. Der langjährige Direktor der Polnischen Akademie der Wissenschaften richtete seine Aufmerksamkeit auf die polnische Büchereien und, wenn er über deutsche Büchereien schrieb, tat er dies nur in engem Zusammenhang mit der polnischen Problematik. Es kann noch hier ergänzend darauf hingewiesen werden, daß der Verfasser dieses Artikels eine Arbeit über die deutschen Bibliotheken in der Freien Stadt geschrieben hat⁸, aber in diesem Aufsatz wurde das Thema nicht erschöpfend behandelt.

Von anderen polnischen Beiträgen sind die Arbeiten von Zbigniew Nowak⁹ und der Aufsatz von Lubomira Jankowska¹⁰ über die Bibliothek der Danziger Naturforschenden Gesellschaft am interessantesten. Dem Bibliothekswesen in der Freien Stadt hat Andrzej Chodubski¹¹ verhältnismäßig viel Platz in einem Artikel über die dort durchgeführte Kulturpolitik gewidmet. Seinem Aufsatz fehlt allerdings jegliche wissenschaftliche Objektivität und jeder analytische Zugriff. Es braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß sein Artikel die spürbare Lücke in der Literatur über die Geschichte der Danziger Bibliotheken keineswegs ausfüllt.

³ Friedrich Schwarz: Die Anfänge der Danziger Stadtbibliothek, Zentralblatt für Bibliothekswesen 52, 4 (1935), ders. Die wissenschaftlichen Bibliotheken Danzigs, Minerva-Zeitschrift, 1928, H. 8; Die Bibliotheken Danzigs, Ostdeutsche Monatshefte, 1920, H. 3; Analyse eines Kataloges, Königsberger Beiträge, 1928.

⁴ Otto Günther, Karl Kleefeld: Die Danziger Stadtbibliothek. Ihre Entwicklung und ihr Neubau, Danzig 1905.

⁵ Albert Predeek: Die Hochschulbücherei, in: 20 Jahre Danziger Technische Hochschule 1904–1924, Danzig 1924.

⁶ Fritz Prinzhorn: Die Technische Hochschulbibliothek Danzig, in: Ostdeutsche Monatshefte 10, 5 (1929).

⁷ Marian Pelczar: Biblioteka Miejska w Gdańsku, in: Zapiski Towarzystwa Naukowego w Toruniu 13, 1–4 (1947); ders. Wspomnienia z pierwszego roku pracy w Bibliotece Gdańskiej 1945–1946, in: Libri Gedanenses 1 (1968); ders. Nauka i kultura w Gdańsku, in: Gdańsk jego dzieje i kultura, Warszawa 1969.

⁸ Marek Andrzejewski: Działalność bibliotek niemieckich w Wolnym Mieście Gdańsku, in: Libri Gedanenses 10 (1993); Biblioteki w międzywojennym Gdańsku, Gdańsk 1995, S. 65–86.

⁹ Zbigniew Nowak: Biblioteka Zappio-Johannita w Gdańsku, in: Roczniki Biblioteczne 29, 1–2 (1985); Biblioteka Gdańska Polskiej Akademii Nauk. Dzieje i zbiory. Praca zbiorowa pod redakcją Marii Babnis i Zbigniewa Nowaka, Wrocław 1986.

¹⁰ Lubomira Jankowska: Biblioteka Gdańskiego Towarzystwa Przyrodniczego na tle jego rozwoju, Studia i Materiały z Dziejów Nauki Polskiej Ser. E, H. 6 (1977).

¹¹ Andrzej Chodubski, Główne założenia polityki kulturalnej w Wolnym Mieście Gdańsku, in: Rocznik Gdański 44, 2 (1984).

Von Interesse ist zweifellos das Buch von Iwona Zachciał¹², das einen Teil ihrer Dissertation darstellt. Dank ihrer Arbeit erfährt man manches Detail über die Büchersammlungen und über die Tätigkeit der polnischen Bibliotheken in der Freien Stadt Danzig. Die Neigung der Verfasserin zu Einzelheiten ist aber zu groß. So schreibt Iwona Zachciał z.B. über die Schul- und Kindergartenbibliotheken, die manchmal nur einige Dutzend unwesentliche, belanglose Bücher zählten. Außerdem handelt es sich hier um ein sehr polnisches Buch: In der Bibliographie findet sich kein einziger deutscher Titel. Eine weitere Schwäche der Arbeit ist die fehlende Berücksichtigung der Bibliotheken der Danziger Deutschen, die doch wesentlich größere Bedeutung als die polnische Bibliotheken hatten. Auf diese Weise verkehrt die Verfasserin die Proportionen, und der mit der Geschichte der Freien Stadt Danzig nicht näher vertraute Leser könnte den falschen Eindruck gewinnen, daß in der Zeit zwischen den Weltkriegen gerade die polnischen Bibliotheken in Danzig einflußreicher als die deutschen waren.

Dabei sollte nicht vergessen werden, daß angesichts der wachsenden Kulturaktivitäten der Polen in der Freien Stadt Danzig sich die deutsche Seite in gewissem Maße unsicher und bedroht fühlte. Dieser polnischen Aktivität mußte der Danziger Senat und die deutsche Regierung durch Unterstützung deutscher Bestrebungen entgegenreten. Es scheint zudem, daß die Nationalitätenfrage sowohl von Danziger Deutschen als auch von der polnischen Seite für die Gewinnung von zusätzlichen finanziellen Mitteln ausgenutzt wurde. Das Beispiel des katholischen Pfarrers Emil Moske soll dieses veranschaulichen. Er hatte die Absicht, eine katholische Volksbibliothek zu gründen, aber er stieß bei der Beschaffung der erforderlichen finanziellen Mittel auf Schwierigkeiten. Der deutsche Generalkonsul in der Freien Stadt, Edmund Freiherr von Thermann, unterstützte in einem Schreiben an das Auswärtige Amt die Bitte von Pfarrer Moske, in dem er darauf hinwies, daß „die Gefahr der Polonisierung der hiesigen deutsch-katholischen Bevölkerung besonders gross“ sei¹³.

Das Bibliothekswesen war einer der wichtigsten Bereiche des Kultur- und Bildungslebens der polnischen Minderheit in der Freien Stadt Danzig. Schon am Ende des 19. Jahrhunderts verfügte sie über eigene kulturelle gesellschaftliche Organisationen. Die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg mußte auch für die Belegung des polnischen Bibliothekswesens in Danzig von großer Bedeutung sein. Mit der Einrichtung der polnischen Behörden und Schulen entstanden dort neue polnische Büchereien. Die schon früher in Danzig existierenden Bibliotheken konnten auch auf materielle Unterstützung von Seiten einiger Verbände aus Polen rechnen. Dies geschah tatsächlich, obgleich man das Ausmaß dieser Hilfe nicht überschätzen sollte. Für unser Thema ist dabei wichtig, daß in Danzig und Zoppot sowie in den drei Landkreisen am Anfang des 20. Jahrhunderts die Quote der Alpha-

¹² Iwona Zachciał: Biblioteki polskie w Wolnym Mieście Gdańsku (1920–1930), Pelplin 2000. Siehe auch: Marek Andrzejewski: O polskich bibliotekach w Wolnym Mieście Gdańsku, Libri Gedanenses 17/18 (2001), S. 252–261.

¹³ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, PA IV, Deutschland im Ausland. Danzig, Bd. 3, Deutsches Generalkonsulat an das Auswärtige Amt, 29. IV. 1927.

beten im Vergleich mit den russischen Kongreßpolen, wo sie zwischen 30% und 40% schwankte, verhältnismäßig niedrig war.

Zu den wichtigsten polnischen Büchereien in der Freien Stadt gehörte die Bibliothek des polnischen Gymnasiums. In den Jahren 1922 bis 1925 gegründet, wurde sie vier Jahre später in eine öffentliche polnische Bücherei umgebildet. Zu ihren wesentlichen Bestandteilen gehörten die Lehrer- und die Schülerbibliothek. Anfänglich zählte die Sammlung nur einige hundert Bände. Sie nahm aber systematisch zu und erreichte im Jahr 1939 die Zahl von fast 22.000 Bänden. Naturgemäß waren das in erster Linie polnische Bücher, aber ein Teil der Bibliothek, mindestens 900 Bände, waren Bücher, die in deutscher Sprache verfaßt waren. In deutscher Sprache konnte man in diesem Teil der Sammlung besonders schöngeistige Literatur finden. Neben dem Schrifttum, das für eine solche Bücherei typisch war, konnte man in der Bibliothek des Polnischen Gymnasiums auch verhältnismäßig viel Belletristik und Fachpresse finden. Trotz des öffentlichen Charakters der Sammlung setzte sich die Mehrheit ihrer Leser aus Schülern und Lehrern der erwähnten Schule zusammen. Die Bibliothekare wurden von den Lehrern der Schule gestellt. Besondere Verdienste in der Entwicklung dieser größten polnischen Bücherei in der Freien Stadt hatte der Polonist und Polenaktivist Władysław Pniewski¹⁴.

Der Bücherbestand der anderen polnischen Schulbibliotheken war wesentlich kleiner, nur die Bücherei in der Handelsschule hatte ca. 2.000 Bände. Die übrigen Schulbibliotheken waren dagegen sehr bescheiden. Zu ergänzen ist, daß nach Ansicht der polnischen Seite die kleinen Büchereien in den öffentlichen polnischen Schulen, den sogenannten Senatsschulen, sehr schlecht ausgestattet waren. Außerdem waren die vorhandenen Bücher veraltet¹⁵.

Die Zentralbibliothek des „Verbandes der Polen (Związku Polaków)“ in Danzig zählte mit einem Bestand von mehr als 10.000 Bänden beinahe ausschließlich polnischsprachiger Literatur zu der größten polnischen Büchereien in der Freien Stadt. Sie hatte ihren Sitz auf dem Langen Markt¹⁶. Neben einem populärwissenschaftlichen Grundstock trug die Zentralbibliothek mit ihrem weiteren Bestand an belletristischer Literatur volkstümlichen Bedürfnissen Rechnung.

Der 1880 in Posen gegründete „Verein der Volkslesesäle (Towarzystwo Czytelni Ludowych)“ übte in der Zwischenkriegszeit auch seine Tätigkeit in der Freien Stadt aus. Er hatte 1924 in der Hundegasse und einige Jahre später auch am Stadtgraben zwei Räume für seine Hauptbibliothek angemietet. Diese Bücherei zählte gegen Ende des Jahres 1925 2.900 Bände¹⁷ und fast 200 Leser. Die Bücherausleihe betrug jährlich

¹⁴ Gimnazjum Polskie Macierzy Szkolnej w Gdańsku (1922–1939), Teil 2. Pod redakcją Krystyny Sroczyńskiej-Wycańskiej, Wrocław 1989, S. 100, 180–186; Zachciał (wie Anm. 12), S. 12–34, 42, 53, 55, 63.

¹⁵ Henryk Polak: Szkolnictwo i oświata polska w Wolnym Mieście Gdańsku (1920–1939), Gdańsk 1978, S. 116–117, 169–170; Zachciał (wie Anm. 12), S. 8–11.

¹⁶ Zachciał (wie Anm. 12), S. 49–57; Henryk Stępnia: Ludność polska w Wolnym Mieście Gdańsku (1920–1939), Gdańsk 1991, S. 395.

¹⁷ Stępnia (wie Anm. 16), S. 395–396; Zachciał (wie Anm. 12), S. 35, 43–45.

durchschnittlich 38 Stück pro Leser. „Der Verein der Volkslesesäle“ besaß zudem kleinere Büchereien in Zoppot, Oliva, Ohra, Schidliz, Groß Tramken, Lamenstein und sogar eine im Danziger Gefängnis.

1924 wurde mit der Gründung der Bibliothek der „Gesellschaft der Freunde der Wissenschaft und Kunst in Danzig (Towarzystwo Przyjaciół Nauki i Sztuki w Gdańsku)“ begonnen. Von dem Grundsatz ausgehend, daß ihre Bibliothek den polnischen Forschungen über Danzig dienen sollte, versuchte man vor allem, die wissenschaftlichen Arbeiten zu sammeln. 1939 zählte ihr Bestand über 3.000 Bände. Die Bibliothek wechselte oft ihren Sitz, zuletzt war sie in der Pfefferstadt. Die Aufgaben des Bibliothekars füllten unentgeltlich Jan Trzcieniecki und seit 1935 Maria Pelczar aus¹⁸. Auch die Ausgabenstellen in den anderen polnischen Bibliotheken verwalteten meistens Lehrer entweder unentgeltlich oder gegen geringe Bezahlung.

Eigene Bibliotheken besaßen auch polnische Vertretungen und Behörden, die ihren Sitz auf dem Gebiet der Freien Stadt hatten. Neben Büchern mit beruflich orientierter Thematik enthielten ihre Bestände auch polnische Belletristik und populärwissenschaftliche Literatur. Die größte von ihnen war die Bibliothek der Direktion der Polnischen Eisenbahn, die am Ende der zwanziger Jahre 5.156 Bände zählte¹⁹. Erwähnenswert ist, daß in dieser Bücherei am Anfang der zwanziger Jahre der in Polen und Deutschland bekannte modernistische Schriftsteller Stanisław Przybyszewski (1868–1927) als Bibliothekar beschäftigt war²⁰.

Andere polnische Bibliotheken dieser Art hatten kleinere Bücherbestände und waren in der Regel fast nur zum eigenen Gebrauch bestimmt. Dies betrifft die Bibliothek des polnischen Generalkommissariats (1.000 Bände) und die Bücherei des „Ausschusses für den Hafen und die Wasserwege von Danzig“ (ca. 1.000 Bände)²¹. Diese Bücherei ist übrigens, den Charakter dieses Ausschusses berücksichtigend, schwer zur „typischen“ polnischen Bibliothek zu zählen.

Die polnischen Studenten, deren Zahl an der Technischen Hochschule im Schuljahr 1931/32 etwa 400, d. h. fast ein Viertel der Gesamtzahl, betrug, besuchten nicht nur die deutschen Büchereien. Anfang der zwanziger Jahre entstand auch in Danzig die Bibliothek der „Gegenseitigen Hilfeleistung (Bratnia Pomoc)“, die vermutlich einige hundert Bände sowie 20 Zeitungen und über 30 Zeitschriften zählte²².

In den von Polen bewohnten ländlichen Gebieten gab es auch Büchereien, die von Zeit zu Zeit vom polnischen „Schulverein (Macierz Szkolna)“ mit Büchern versorgt wurden. Ihre Buchbestände waren sehr klein (in der Regel zwischen 35 und 45 Bän-

¹⁸ Pięćdziesiąt lat Gdańskiego Towarzystwa Naukowego 1922–1972. Księga Pamiątkowa, Gdańsk 1972, S. 21, 27, 35, 53, 59–61; Zachciał (wie Anm. 12), S. 39–43, 50.

¹⁹ Stefan Demby: Biblioteki, in: Nauka Polska 12 (1930), S. 143; I. Zachciał (wie Anm. 12), S. 62.

²⁰ Henryk Izidor Rogacki: Żywot Przybyszewskiego, Warszawa 1987, S. 318. Stanisław Przybyszewski hatte vielseitige Verbindungen zur deutschen Literatur und schloß u. a. Bekanntschaft mit Richard Dehmel; Zachciał (wie Anm. 12), S. 13, 62.

²¹ Stępnia (wie Anm. 16), S. 395; Zachciał (wie Anm. 12), S. 61–62.

²² Stanisław Mikos, Polacy na politechnice w Gdańsku w latach 1904–1939, Warszawa 1987, S. 43, 80, 123, 177; Zachciał (wie Anm. 12), S. 36–38.

de). Die Danziger Seite schenkte übrigens viel Aufmerksamkeit dem polnischen bibliothekarischen Vorhaben auf dem Lande. Dafür spricht die am 14. Juni 1930 gehaltene Besprechung, an der u. a. der Senatspräsident Heinrich Sahn, der deutsche Generalkonsul Edmund Freiherr von Thermann, Staatsrat Alfred Winderlich, Oberregierungs- und Schulrat Joseph Behrendt und Landrat Hinz teilgenommen haben. Die Bemühungen des polnischen Schulvereins, die Bevölkerung der Gemeinden Lamenstein, Groß Trampken und Postelau im Kreis Danziger Höhe „kulturell im polnischnationalen Geiste zu beeinflussen“, lösten eine entschiedene Gegenreaktion aus²³.

Dem verhältnismäßig raschen Anstieg der Zahl der polnischen Schul- und Volksbibliotheken entsprach keineswegs auch der der Buchbestände. Zwar war hinsichtlich der Neuerwerbungen die Situation der polnischen Bibliotheken relativ günstig, aber der Wert vieler Bücher ließ viel zu wünschen übrig. Den Bibliothekaren und so manchem kritischen Leser war nicht selten aufgefallen, daß die Buchbestände vor allem der meisten kleinen polnischen Bibliotheken der Nachfrage der Leserschaft nicht entsprachen. Die Büchergaben aus Polen hatten in mehrfacher Hinsicht einen zufälligen Charakter, und die Eigentümlichkeit der Danziger Polen blieb oft unberücksichtigt²⁴.

Von den polnischen Hausbibliotheken in Danzig sollte man vor allem auf die Büchersammlung des letzten polnischen Generalkommissars Marian Chodacki achten, die ca. 5.000 Bände zählte²⁵. Es scheint, daß andere polnische Hausbibliotheken wesentlich kleiner als diese waren²⁶. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die polnischen Bibliotheken in der Freien Stadt Danzig zahlreich waren. So hatte u. a. jede Pfadfinderabteilung ihre eigene Büchersammlung. Kleine Bibliotheken besaßen auch die katholischen Jugendvereine. Ähnliche Beispiele lassen sich leicht vermehren. Es soll nur noch erwähnt werden, daß die Bibliothek der polnischen Garnison auf der Westerplatte eine Filia der Garnisonsbibliothek in Gdingen war²⁷.

Die polnischen Bibliotheken entfalteten in der Freien Stadt Danzig eine verhältnismäßig rege Tätigkeit. Auch hierbei war die Auseinandersetzung zwischen den Deutschen und den Polen die treibende Kraft. Der geschätzte Buchbestand aller polnischen Büchereien im Jahre 1939 schwankte zwischen 50.000 und 60.000 Bänden²⁸. Er hatte sich in der Zwischenkriegszeit rasch durch Schenkungen verschiedener Organisationen aus Polen erweitern können.

Es ist nicht die Aufgabe dieses Beitrages, jede bibliothekarische Initiative der polnischen Seite in der Freien Stadt zu schildern. Wir möchten nur darauf hinweisen, daß

²³ Archiwum Państwowe w Gdańsku, Senat, Nr. 2235, S. 17, Der Senat der Freien Stadt Danzig Abt. für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an Abteilung für Auswärtige Angelegenheiten, 3. VII. 1930.

²⁴ Zbigniew Kurek: Trzy lata w Wolnym Mieście Gdańsku 1936–1939, Bydgoszcz 1987, S. 46–47.

²⁵ Marian Pelczar: Książka polska obrońcą polskości w Wolnym Mieście Gdańsku, in: Książka polska w dawnym Gdańsku (1974), S. 102.

²⁶ Siehe Zachciał (wie Anm. 12), S. 63–64.

²⁷ Bolesław Hajduk: Nowa praca o ludności polskiej w Wolnym Mieście Gdańsku, in: Zapiski Historyczne 1994, H. 2–3, S. 77; Zachciał (wie Anm. 12), S. 62–63.

²⁸ Pelczar, Książka (wie Anm. 25), S. 102.

viele Danziger Polen der mittleren und älteren Generation nur die deutsche Schule besucht hatten. Aus diesem Grunde hätte sogar für manche Personen, die sich als Polen fühlten, das deutsche Buch in der Tat mehr Anziehungskraft als die polnischsprachige Literatur haben müssen. Der Unterschied zwischen Deutschen und Polen war nicht, wie damals oft im deutsch-polnischen Grenzgebiet, immer eindeutig, obgleich es keinem Zweifel unterliegt, daß in der Freien Stadt Danzig die deutsche Bevölkerung dominierte.

Aus den mittelbaren Quellen ist zu ersehen, daß die Polen, die nach dem Ersten Weltkrieg in die Freie Stadt gekommen waren, öfter als die Danziger Polen polnische Büchereien besuchten. Auf die geringe Größe der polnischen Leserschaft in Danzig wurde in den dortigen polnischen Führungskreisen ziemlich häufig aufmerksam gemacht. Ein Beispiel dafür ist die Äußerung des bekannten polnischen Pfarrers Franciszek Rogaczewski, der auf einer Bildungsversammlung am 1. April 1936 behauptete, daß „Der Verein der Volkslesesäle“ unter den Danziger Polen geringes Interesse hervorrief. Die Leserschaft der polnischen Büchereien in der Freien Stadt setzte sich vor allem aus polnischen Schülern, Studenten, Beamten sowie aus der Intelligenz zusammen. Diese Leute wohnten allerdings oft nur zeitweise in Danzig²⁹.

Das Bild vom Bibliothekswesen in der Freien Stadt wäre nicht vollständig, wenn wir die meistens sehr kleinen Büchereien anderer nationaler Gruppen unberücksichtigt ließen. Die Bevölkerung der Freien Stadt stellten, wie schon weiter oben gesagt wurde, hauptsächlich Deutsche. Neben ihnen und neben der polnischen Minderheit wohnten dort aber auch in geringer Zahl Vertreter anderer Nationalitäten, die manchmal sogar eigene Büchereien besaßen. Sie hatten oft ihren Sitz in Gebäuden der entsprechenden Konsulate sowie ausländischer Institutionen und Gesellschaften. In Danzig existierte z. B. die Bibliothek und der Italienische Lese-Club „Societa nazionale Dante Alighieri“³⁰. Eine eigene Bibliothek hatten seit 1928 auch die Schweizer Bürger, deren Zahl in der Freien Stadt zwischen 400 und 500 schwankte³¹.

Die im Jahre 1929 über 10.000 Einwohner zählende jüdische Bevölkerung hatte etliche Büchereien. Die wichtigsten von ihnen war die Bibliothek der Gemeinde, die ein Lesezimmer hatte. Von Seiten der „Zionistischen Ortsgruppe Danzig“ wurde schon Ende 1918 Druck auf das „Kuratorium der jüdischen Lesehalle“ ausgeübt, um die zionistischen Bücher und die Presse in dem Bestand berücksichtigen zu können. Auch die zahlreichen Ostjuden in der Freien Stadt versuchten die Aufmerksamkeit des Kuratoriums auf ihre Lesebedürfnisse zu lenken, weil sie hier „geistige Nahrung“ suchten³².

²⁹ AP w Gdańsku, Komisarz Generalny Rzeczypospolitej Polskiej w Gdańsku, Nr. 698, S. 265, Komisarz Generalny RP an Urząd Wojewódzki in Posen, 17. IV. 1936.

³⁰ Danziger Einwohnerbuch 1937–1938, Danzig 1938, Teil 3, S. 50.

³¹ Bundesarchiv Bern, Bestand 2400, Schachtel 1–2, Consulat de Suisse à Dantzig, Rapport annuel 1928.

³² Hinweis von Dr. Grzegorz Berendt.

Wir verfügen nur noch über einige fragmentarische Informationen über die anderen jüdischen Bibliotheken. Der 1934 gegründete Jüdische Klub hatte eine Bücherei, die sich von freiwilligen Spenden trug³³. Eine eigene Bibliothek hatte die 1927 eingeweihte Jüdische Synagoge in Langfuhr. Über eine Bibliothek verfügte auch die zionistische Jugendorganisation „Brith Habanim“. Es ist bekannt, daß die Kulturgesellschaft „Tarbut“ kleine Büchereien mit Literatur und Presse in hebräischer Sprache zu gründen versuchte. Vermutlich existierten auch kleine Schulbibliotheken in der jüdischen Volksschule und dem Privatgymnasium Ruth Rosenbaum, die in den Jahren 1934–1939 bestanden³⁴.

In Danzig verschlimmerte sich zwar nach 1933 die Lage der jüdischen Bevölkerung, aber im Vergleich mit dem Dritten Reich war ihre Situation verhältnismäßig „erträglich“. Erst 1938 nahm auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig die antijüdische Tätigkeit der Nationalsozialisten großes Ausmaß an. 1939 gelang es, den Bestand der Bibliothek der Danziger Jüdischen Gemeinde an die Bibliothek der Universität in Jerusalem zu schicken. Auch ein anderer Teil des Buchbestandes konnte vor der Zerstörung bewahrt werden, weil er im Juli 1939 nach New York geschickt wurde. Dazu gehörten u. a. acht Gebetsbücher³⁵.

Die Wellen der russischen Emigration nach der Oktoberrevolution und nach dem Bürgerkrieg haben auch vor der Freien Stadt Danzig nicht halt gemacht. Ein Teil der Emigranten blieb in Danzig und in Zoppot lange Zeit und bildete dort ein regelrechtes russisches „Milieu“. Im allgemeinen waren die Emigranten verhältnismäßig gut ausgebildet. Eine beträchtliche Anzahl von ihnen stammte sogar aus Offiziersfamilien. Neben dem russischen Gymnasium in Danzig gab es in der Weichselstadt und in Zoppot einige Büchereien, von denen die größte die Bibliothek des „Vereins der Gegenseitigen Hilfe“ der in der Freien Stadt Danzig wohnenden Bürger des ehemaligen Zarenreiches war. Diese Bücherei besaß im Juni 1930 ca. 3.500 Bände und fünf Jahre später fast 5.000 Bände. Schwerpunkte bildeten die russische Klassik und die neuesten Veröffentlichungen des politischen Exils. Bei ihrer Finanzierung spielten die Ostjuden eine gewisse Rolle. Über den Charakter und über die Leserschaft der Büchereien der russischen Minderheit kann man nähere Informationen in der Zeitschrift „Westnika Russkoj Kolonii Danciga“ finden. Die Aufgabe der Bücherei lag zwar vor allem in der Popularisierung der russischen Literatur, darüber hinaus organisierte sie jedoch auch Abendgesellschaften³⁶.

Am 1. September 1939 wurde ein Kapitel aus der Geschichte der Danziger Bibliotheken abgeschlossen. Schon im Herbst 1939 wurden die polnischen öffentlichen Bibliotheken von deutscher Seite in Besitz genommen. Teile von ihnen, so die Bibliothek des

³³ Samuel Echt: Die Geschichte der Juden in Danzig, Leer 1972, S. 149.

³⁴ Zentralarchiv der Geschichte der Jüdischen Nation in Jerusalem, Synagogen Gemeinde zu Danzig Nr. 395, 785, 836, 1190; „Jüdisches Gemeindeblatt“, Nr. 6 vom 15. XI. 1934, Nr. 131 vom 1. III. 1935. Für die Einsicht in dieses Material möchte ich Dr. Grzegorz Berendt danken.

³⁵ Danzig 1939: Schätze einer zerstörten Gemeinde, Braunschweig 1982, S. 10 und 26.

³⁶ Hinweis von Dr. habil. Andrzej Romanow.

Polnischen Gymnasiums, wurden in die Bestände der Stadtbibliothek überführt oder dort gelagert, andere dagegen verstreut oder zerstört³⁷.

Die Kriegshandlungen 1945 verschonten die Danziger Bibliotheken nicht. Große Kriegs- und Auslagerungsverluste waren zu beklagen. Auch die ersten Monate nach der Kapitulation der deutschen Einheiten in Danzig waren für Schutzmaßnahmen gegen Zerstreuung und Vernichtung der öffentlichen Buchbestände und der privaten Sammlungen ungünstig. Nach der Eroberung Danzig am 30. März 1945 durch die Rotarmisten und den polnischen Panzerverband wurden auch alle dortigen Bibliotheken der direkten Aufsicht der polnischen Verwaltungsbehörden unterstellt. Schon im April 1945 übernahm Marian Pelczar, der in den Jahren 1936–1939 in Danzig wohnte und oft Leser der Stadtbibliothek war, ihre Leitung. Er brachte viel Energie auf, um die zerstreuten Bestände der Stadtbibliothek in ihr Gebäude zurückzubekommen.

³⁷ Pelczar, Biblioteka Miejska (wie Anm. 7), S. 48.

„... etwas vom Schicksal von Herrn Prof. R.“ Andeutungen über Hans Rothfels: Lotte Esau an Josef Nadler (1942)

Von Christian Tilitzki

Der Literaturhistoriker Josef Nadler, der unlängst in dieser Zeitschrift porträtiert wurde¹, zählt wie Carl Schmitt oder Martin Heidegger heute zu jenen deutschen „Mandarin“ des 20. Jahrhunderts, deren Erwähnung fast nie ohne das distanzierende Epitheton „berüchtigt“ auskommt. Solche Stigmatisierungen erwecken die Vorstellung, als sei der „Fall“ des Betreffenden eingehend untersucht worden und als könnte die Akte geschlossen werden. Bei Josef Nadler ist es jedoch so wie in den meisten anderen „Fällen“ – es mangelt an einer hinreichenden Urteilsbasis. Denn es gibt ein monumentales Werk, die „Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften“, in vier umgearbeiteten und erweiterten Auflagen zwischen 1911 und 1941 veröffentlicht, von dem Wissenschaftshistoriker der Germanistik aber sagen, es habe wohl kaum jemand gelesen². Daneben ist ein riesiger Nachlaß überliefert, in den jedoch nur wenige hineingeschaut haben können, da sonst mehr als einige Aufsätze zu Leben und

¹ Hans-Christof Kraus: Josef Nadler (1884–1963) und Königsberg, Preußenland 38, 2000, S. 12–26.

² Einen Vergleich der vier Auflagen des Werkes scheint neuerdings Wolfgang Neuber angestellt zu haben, doch läßt er die Resultate „aus Platzgründen“ leider nicht in seine Studie über das „Theoriedesign“ Nadlers einfließen; vgl. Wolfgang Neuber: Nationalismus als Raumkonzept. Zu den ideologischen und formalästhetischen Grundlagen von Josef Nadlers Literaturgeschichte, in: Kulturwissenschaftler des 20. Jahrhunderts. Ihr Werk im Blick auf das Europa der Frühen Neuzeit, hg. v. Klaus Garber unter Mitwirkung von Sabine Kleymann, München 2002, S. 175–191, hier zit. S. 175, Anm. 1.

Werk vorliegen müßten³. Zu lohnenden Entdeckungsfahrten lädt daher gerade diese Hinterlassenschaft ein. Soweit es sich dabei um die in der Österreichischen Nationalbibliothek in Wien verwahrten Briefe an Nadler handelt, ist etwa den noch lange nicht hinreichend erforschten „Königsberger Lehrjahren“ (1925–1931), dem einzigen „reichs-deutschen“ Abschnitt in seiner Hochschullaufbahn, anhand der Korrespondenz mit ostpreußischen Kollegen und Schülern nachzugehen. Unter ihnen findet sich der Germanist Walther Ziesemer, dem Nadler schon deshalb eng verbunden blieb, weil die in seiner Amtszeit an der Albertus-Universität initiierte gemeinsame Herausgabe der Werke und Briefe Johann Georg Hamanns den Kontakt zwischen beiden Gelehrten aufrecht erhielt⁴. Ebenso überdauerten engere, in Jahren kulturpolitischer Zusammenarbeit gewachsene Beziehungen zum Universitätskurator Friedrich Hoffmann die räumliche Trennung. Als dessen Tochter Heide während ihres Wien-Besuchs 1941 Gast im Hause Nadler war, leistete der Ordinarius für sie gern Cicerone-Dienste⁵. Solchen einflußreichen Bekannten wie Hoffmann und Ziesemer dürfte es zuzuschreiben sein, daß Nadler 1942 der Kant-Preis der Stadt Königsberg verliehen wurde⁶.

Dem öffentlichen Echo der Preisverleihung wiederum verdanken wir einen handschriftlichen Brief einer Memeler Studienrätin, der hier als bemerkenswertes Zeitdokument zum Abdruck kommt. Die Absenderin, Frau Dr. Lotte Esau, gehörte als Germanistikstudentin bis 1931 zu Nadlers Schülerkreis und promovierte 1935 bei Friedrich Baethgen mit einer von Hans Rothfels angeregten Studie über „Karl Rosen-

³ Hans-Bernd Harder: Josef Nadler in Königsberg (1925–1931), in: Die Albertus-Universität zu Königsberg. Höhepunkte und Bedeutung, hg. v. Hans Rothe/Silke Spieler, Bonn 1996, S. 81–94. Undifferenzierter dagegen Sebastian Meissl: Zur Wiener Neugermanistik der dreißiger Jahre: Volk, Rasse, Reich. Über Josef Nadlers literaturwissenschaftliche Position, in: Österreichische Literatur der dreißiger Jahre: ideologische Verhältnisse, institutionelle Voraussetzungen, Fallstudien, hg. v. Klaus Amann/Albert Berger, Wien usw. 1985, S. 130–146.

⁴ J. Nadler: Die Hamann-Ausgabe. Vermächtnis – Bemühungen – Vollzug, Halle 1930 (Nachdruck dieser zuerst in den „Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft“ [KGG] publizierten Arbeit: Frankfurt/M. usw. 1978). Der mühsame Fortgang der Ausgabe der „Werke und Briefe“ Hamanns spiegelt sich bis 1941 in den Briefen Ziesemers an den Berliner Germanisten Julius Petersen wider (in dessen Nachlaß im Deutschen Literaturarchiv Marbach sowie in den Akten der Preußischen Akademie der Wissenschaften [Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften], die unter Petersens Federführung das Unternehmen zusammen mit der KGG finanzierte).

⁵ Friedrich Hoffmann an Josef Nadler, Königsberg, 23. Dezember 1942; Österreichische Nationalbibliothek Wien (ÖNB), NI Nadler, Briefe, Nr. 395/57–4.

⁶ 1938 wurde die traditionelle Reichsgründungsfeier an der Albertina ersetzt durch eine am Todestag des Philosophen, dem 12. Februar, veranstaltete Kantfeier. Wegen der Lücken in der Überlieferung Königsberger Tageszeitungen sind die Preisträger der von der Stadt verliehenen Kant-Plakette z. T. noch nicht vollständig ermittelt. Einen direkten Bezug zur kantischen Philosophie mußte das Werk der Geehrten jedenfalls nicht aufweisen; preiswürdig waren allgemein „hervorragende Verdienste um das deutsche Geistesleben“. Vor Nadler wurde der Dichter und Essayist Erwin Guido Kolbenheyer des offenbar nicht dotierten Kant-Preises für würdig befunden, 1943 fiel die Ehrung aus, um der Katastrophe von Stalingrad Rechnung zu tragen, 1944 erhielt der 1942 an der Ostfront gefallene, 1937/39 in Königsberg als Nachfolger Rothfels' amtierende Neuhistoriker Kleo Pleyer den Preis posthum.

kranz als Politiker“, die aber bei ihrem Erscheinen thematisch aus der Mode gekommen war, da aus nationalsozialistischer Sicht der ostpreußische Vormärz-Liberalismus keine positiven, weltanschaulich verwertbaren Ressourcen bereithielt, sondern allenfalls als Schreckbild vom „Versagen der idealistisch-liberalen Staatsphilosophie vor der Realität“ zeugte – wie der zum engsten Kreis des NS-Historiographen Walter Frank zählende junge Stein-Forscher Erich Botzenhart dies in seiner Esau-Rezension formulierte –, oder aber auf die Gestalt des über 1848 hinaus höchst engagierten Königsberger Radikaldemokraten Johann Jacoby zugespitzt wurde, der umstandslos als Inkarnation der „machtlüsternen Instinkte [...] der jüdischen Rasse“ und ihrer „marxistisch-revolutionären Pläne“ zu gelten hatte⁷.

Im Frühjahr 1933 verfolgte Rothfels indes noch den Plan, von einer „ausgezeichneten Bearbeiterin“, die sich als Rosenkranz-Forscherin „sehr gut“ bewährt habe, Lotte Esau eben, „die ganzen Familienarchive des Schön-Kreises, aber auch der konserv. Gegner systematisch durchzunehmen“, um auf der Basis des Nachlasses von Theodor von Schön Ostpreußens Geschichte zwischen 1807 und 1848 zu schreiben⁸.

⁷ L. Esau: Karl Rosenkranz als Politiker. Studien über den Zusammenhang der geistigen und politischen Bewegungen in Ostpreußen (Eine Preisarbeit), Halle 1935 (= Schriften der KGG, 12. Jg., Geistesw. Kl., H. 2). Dazu Erich Botzenhart, *Altpreußische Forschungen* (AprF) 15, 1938, S. 118f. Zum nationalsozialistischen Jacoby-Bild vgl. den Pressebericht über einen Vortragsabend im Verein für die Geschichte von Ost- und Westpreußen (VGOW), der von einem „Gast des Vereins“, einem ohne Vornamen vorgestellten „Herr[en] Rehberg“, der über „Jacobi [sic] und sein Kreis in den Revolutionsjahren 1848/50“ referierte, bestritten wurde. Vgl. K. W.: Juden schürten den Cholera-Krawall. Ostpreußen wollte von Jacobi und seinen Machenschaften nichts wissen, *Preußische Zeitung* (PrZ) Nr. 73, 14. 3. 1939. Bei dem Referenten handelt es sich um Botho Rehberg, der 1942 eine Arbeit zur „Geschichte der Königsberger Zeitungen und Zeitschriften I.: Von der Herzogszeit bis zum Ausgang der Epoche Kant-Hamann“ (= *Alt-Königsberg* Bd. 3, Königsberg-Berlin) vorlegte, die Walther Franz auch deswegen lobend rezensierte, weil sie einen „zeitgemäßen Nachweis“ auf „Vorkämpfer des Antisemitismus“ unter den Königsberger Verlegern und Journalisten liefere (AprF 19, 1942, S. 139f.). Vor dem gleichen Forum hatte ein Kenner des ostpreußischen Vormärzzeit, der Studienrat Reinhard Adam, 1930 noch eine sehr viel komplexere Deutung des Zusammenhangs von Liberalismus und Judentum bei Jacoby angeboten; vgl. ders.: Johann Jacobys politische Willensbildung (Zusammenfassung eines VGOW-Vortrags), *Königsberger Allgemeine Zeitung* (KAZ) Nr. 21/22, 14. 1. 1930. Entschieden moderater als bei Rehberg fällt selbst noch Nadlers Urteil über Jacoby aus, vgl. ders.: *Literaturgeschichte des deutschen Volkes. Dichtung und Schrifttum der deutschen Stämme und Landschaften*, Bd. III: Staat (1814–1914), Berlin 1941, S. 128f. In Götz von Selles Festschrift zum Universitätsjubiläum 1944 (s. u. Anm. 13), S. 301f., steht der „Jude Jacoby“ wieder als Wortführer der „Agitation“ gegen den um Ausgleich bemühten Liberalen Rosenkranz. – Zur Biographie L. Esaus vgl. den Nachruf von Klaus Bürger, Lotte Agathe Esau. * Cadinen, Kr. Elbing 8. Februar 1907 – † Lübeck 1. Oktober 1987, *Preußenland* 26, 1988, S. 65–67.

⁸ Bundesarchiv Koblenz, N 1166/485; H. Rothfels an Gerhard Ritter, Königsberg, 6. Mai 1933. Der Freiburger Kollege, im Jubiläumjahr 1931 mit einer dickleibigen Stein-Biographie hervorgetreten, hatte bei Rothfels die Aussichten für eigene Doktoranden sondiert, über Schön und die preußische Reformzeit arbeiten zu können. Rothfels verwies ihn auf ein seit 1932 bestehendes „Benutzungsvorrecht“ der KGG am Nachlaß sowie auf ein darauf gestütztes Publikationsvorhaben, auszuführen in drei Abteilungen: 1. „Ostpreußen und die Reform, vor allem

Bemerkenswert an ihrem Brief vom 18. Februar 1942 ist vor allem der Nachsatz über das „Schicksal von Herrn Prof. R.“: Niemand anders ist damit gemeint als der 1939 zur Emigration gezwungene Hans Rothfels. Lotte Esau scheint wie selbstverständlich vorauszusetzen, daß Nadler, der sich lange an der Seite von Rothfels und Kurator Hoffmann als Exponent einer spezifischen, ins Baltikum, in die Sowjetunion und nach Skandinavien ausgreifenden Wissenschafts- und Kulturpolitik der Albertina profilierte, am Schicksal des wegen seiner jüdischen Herkunft entlassenen einstigen Kollegen Interesse bekunden würde. Und dies, obwohl der 1941 just publizierte vierte Band es an antijüdischen Wertungen so wenig fehlen ließ wie die Bände 1 bis 3 der von Esau zur Unterrichtsvorbereitung benutzen, seit 1938 veröffentlichten, zeitgerecht umgearbeiteten vierten Auflage von Nadlers „Literaturgeschichte“. Doch Lotte Esau, die 1933 wohl nur durch Zufall nicht zu den studentischen Unterzeichnern einer gegen Rothfels' drohende Entlassung gerichteten Eingabe zählte⁹, hat sich von der gesellschaftlichen Isolierung, in die der Neuhistoriker gleich nach der NS-Machtergreifung geriet, offensichtlich nie irritieren lassen. Im Vorwort zu ihrer 1935 gedruckten Dissertation ist nachzulesen, wie sie ihrem „verehrten Lehrer“ zu einem Zeitpunkt für „alles“ dankt,

Ständereform; dazu habe sein Doktorand Theodor Winkler neben der Fertigstellung seiner Dissertation über den Königsberger Polizeipräsidenten J. G. Frey (= Johann Gottfried Frey und die Entstehung der Preußischen Selbstverwaltung, Stuttgart-Berlin 1936 [= Einzelschriften des Kommunalwissenschaftlichen Instituts an der Universität Berlin, 3]; dazu die Rezension von Walther Franz, AprF 14, 1937, S. 135f.) eine Studie begonnen, während ein anderer Schüler (d.i. Herward Bork), dessen Dissertation „Schöns Kirchenpolitik und die Nationalitätenfrage“ (korrekt: Zur Geschichte des Nationalitätenproblems in Preußen. Die Kirchenpolitik Theodors von Schön in Ost- und Westpreußen 1815–1843, Leipzig 1933 [= Königsberger Historische Forschungen, Bd. 3]; rezensiert von Kurt Forstreuter, AprF 11, 1934, S. 127–129) vor der Veröffentlichung stehe, die 2. Abt. „Schön als Oberpräsident“ bearbeite. Die 3. Abt. „Politische Bewegung 1815–1848“, für die wohl Lotte Esau vorgesehen war, sei mangels Geld noch nicht in Angriff genommen worden. – Da Rothfels in diesem Brief, vier Wochen nach Inkrafttreten des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, auch ausführlich von seiner infolge der NS-Rassenpolitik gefährdeten Position als Hochschullehrer schreibt, dürfte das Schön-Projekt aus Ritters Sicht bereits als auf wackligen Füßen stehend erschienen sein. Trotzdem hat Lotte Esau ihre Archivstudien bis in die Kriegszeit hinein fortgesetzt (vgl. L. Esau: Flugschriften und Broschüren des Vormärz in Ost- und Westpreußen, AprF 19, 1942, S. 250–270), während Rothfels noch 1937 eine Frucht der eigenen langjährigen Beschäftigung mit dem Thema vorlegen durfte, die in der KGG-Schriftenreihe verlegt, aber z.B. in den AprF als Arbeit eines Verfemten nicht mehr rezensiert wurde: Theodor von Schön und Friedrich Wilhelm IV. und die Revolution von 1848, Halle 1937 (= Schriften der KGG 13. Jg., Geistesw. Kl. H. 2).

⁹ Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem, Rep. 76Va, Sek. 11, Tit. IV, Nr. 21, Bd. XXXIV, Bl. 111–121; Schreiben von Kurator Hoffman an Preussisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung v. 8. 4. 1933 nebst Anlagen: Solidaritätsadresse der Studenten sowie der Privatdozenten Erich Maschke und Rudolf Craemer an Rothfels v. 3. 4. und dies. an die Deutsche Studentenschaft der Universität Königsberg v. 3. 4. 1933. – Hoffmann hob gegenüber dem Ministerium hervor, die Appellanten hätten ihm versichert, daß die Zahl der Unterzeichner (39 Doktoranden und Studenten) leicht hätte erhöht werden können, wenn man nicht gezwungen gewesen wäre, die Aktion für Rothfels mitten in den Semesterferien durchzuführen – aus dem Grund dürfte auch Esaus Unterschrift fehlen.

was er ihr an „Ausrichtung“ während der Studienjahre vermittelt habe, als dieser bereits seit einem Jahr von den Lehrverpflichtungen entbunden war und in seinem Domizil an der Königsberger Cäcilienallee, enttäuscht von vielen plötzlich auf Abstand haltenden Kollegen, eine Schattenexistenz zu führen begann¹⁰.

Aus diesem Brief an Nadler geht zudem hervor, daß Lotte Esau den Kontakt zu Rothfels und seiner Familie nach deren Übersiedlung von Königsberg nach Berlin (1937) bis kurz vor der Auswanderung weiter pflegte und sogar nach der Emigration erstaunlicher Weise noch Kanäle fand, um sich über das Flüchtlingsschicksal ihres „Doktorvaters“ zu informieren. Man wüßte gern, wie eine Studienrätin in Memel, die sich Nadler gegenüber als seine vom „Grenzkampf“ geprägte Schülerin charakterisierte, deren „Behauptungswillen“ vor 1933 an der Albertina „unter der starken Bedrohung von außen und der wachsenden Not im Innern“ geweckt worden sei, und die sich 1942 wieder als eine auf „Außenposten“ stehende Königsbergerin fühlte, bis zum Sommer 1941 sich jene Nachrichten beschaffen konnte, die ihre „tiefen Sorgen“ um ihren als „Volljuden“ geächteten, inzwischen in Diensten des angelsächsischen Kriegsfeindes stehenden Lehrer nährten!

Lotte Esau an Josef Nadler¹¹

Memel, 18. Februar 1942

Sehr verehrter Herr Professor,

Ihr Aufsatz „Königsberger Lehrjahre“ ist sicher allen Ihren Schülern von damals ein so freundlicher und vertrauter Gruß gewesen wie mir¹². Dafür muß man danken! Gestatten Sie mir, mit diesem Dank den Glückwunsch zum Kantpreis auszusprechen¹³.

¹⁰ Esau (wie Anm. 7), S. VIII. – Zur sukzessiven Isolierung, vergleichbar der Ausgrenzung Victor Klemperers in Dresden, vgl. die bislang unveröffentlichten Briefe Rothfels' an den Breslauer, ab 1935 Göttinger Historiker Siegfried August Kaehler (Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, Nachlaß Kaehler).

¹¹ ÖNB, Nl. Nadler, Briefe, Nr. 392/56-1

¹² J. Nadler: Königsberger Lehrjahre, PrZ Nr. 42 v. 12. 2. 1942. – Ausführlicher über die Königsberger Zeit ders.: Stimme des Ostens, in: Ein Blick zurück. Erinnerungen an Kindheit und Jugend, an Leben und Wirken in Ostpreußen, hg. v. Martin Borrmann, München o. J., S. 263–274. Dort heißt es über die Verleihung des Kantpreises, es seien „erschütternde Tage“ gewesen, man habe die „dumpfe Stille vor dem Ausbruch des Unabwendbaren“ schon gespürt (ebd., S. 273).

¹³ o. Vf., Kant-Preis für Prof. Nadler, KAZ Nr. 43, 13. 2. 1942 und: Josef Nadler erhielt den Kantpreis, PrZ Nr. 42, 12. 2. 1942. – Vgl. auch die eine Woche später veröffentlichte Rezension zum vierten Band von Nadlers opus magnum: Christian Otto Frenzel: Der Weg zum Weltvolk. Zum Schlußband von Nadlers „Literaturgeschichte des deutschen Volkes“, PrZ Nr. 50, 20. 2. 1942. – Nadler selbst meldete sich im Parteiblatt der ostpreussischen NSDAP im darauffolgenden Frühjahr mit einem umfangreichen Hölderlin-Artikel zu Worte: Friedrich Hölderlin. Dem Meister der hymnischen Dichtung zu seinem 100. Todestage, PrZ Nr. 156, 7. 6. 1943 (dieser Beitrag, den der Autor vermutlich zu den Arbeiten zählte, die „nachgedruckt“ wurden, „an Orten und in Umgebungen, auf die der Verfasser keinen Einfluß hatte“, fehlt in der Bibliographie, die Nadler seiner Autobiographie angefügt hat, vgl. ders.: Kleines Nachspiel,

Wie haben Sie noch einmal diese Zeit beschworen, die allen, die sie miterlebten, unvergeßlich ist, diese herrlich lebendigen, reichen Jahre, wohl deshalb so lebendig und reich, weil sie unter der starken Bedrohung von außen und der wachsenden Not im Innern uns allen die Spannkraft und den Behauptungswillen erweckten. Wie dankbar ich der Königsberger Universität und meinen Lehrern zu sein hatte, habe ich oft in den darauf folgenden Jahren verspürt, die so schwere Auseinandersetzungen brachten, in denen manch ein Glied aus der Kette der alten Gemeinschaft brach¹⁴. Nun stehe ich schon fast zehn Jahre selber im Lehramt, seit einem Jahr als Studienrätin in Memel¹⁵, wieder auf „Außenposten“, wie es sich ja eigentlich auch für eine Königsberger Studentin gehört. Wenn man selber „gebend nach vorwärts“ sein soll, merkt man die Bindung des „empfangend nach rückwärts“ um so verpflichtender. Wie sehr wir da in einem „Grenzkampf“ stehen, wissen Sie vielleicht aus dem Schulleben Ihrer Kinder. Zu Ihnen gehen oft dankbare Gedanken hin, sehr verehrter Herr Professor, da ich meine 7. Klasse an Herder herankühren soll (soweit das bei Siebzehnjährigen möglich ist). Wie oft sitze ich da in Gedanken wieder in Ihrer Vorlesung, wie oft hole ich mir aber auch Rat aus Ihrer neubearbeiteten Literaturgeschichte¹⁶ und aus dem Herder-Aufsatz in den „Großen Deutschen“¹⁷. So sind die Fäden, die damals geknüpft wurden, ungerissen geblieben, und ich glaube, daß es bei vielen anderen „von damals“ in gleichem Maße der Fall ist. Ihr Aufsatz wird manchen von Ihnen, der im Feld steht, eine Freude sein. Ich bin dabei, ihn dabei für einige Bekannte draußen abzuschreiben. Das darf ich doch?

[P.S.] Ich denke eben daran, verehrter Herr Professor, daß es Sie vielleicht interessiert, etwas vom Schicksal von Herrn Prof. R.[othfels] und seiner Familie zu erfahren. Kurz vor Kriegsausbruch besuchte ich ihn noch in Nikolassee. Da waren er und seine Frau im Aufbruch nach Oxford, den Kindern nach, die seit dem November 38 drüben

Wien 1954, S. 149–171, hier zit. S. 149 und S. 168). – Wiederum ein Jahr später rief die KAZ den Wiener Germanisten dem Königsberger Publikum noch einmal in Erinnerung: F. O. H.: Josef Nadler. Zu seinem 60. Geburtstag am 23. Mai [mit Foto], KAZ Nr. 138, 20. 5. 1944. – Kurator Hoffmann, darauf bezug nehmend, gratulierte mit Schreiben vom 21. 5. und schickte Nadler von Selles noch druckfrische ‚Geschichte der Albertus-Universität zu Königsberg in Preußen‘, Königsberg 1944: „Zu dem Kreise der Dankbaren aber gehöre auch ich, und mit Dankbarkeit und Stolz sehe ich auf die Jahre zurück, in denen Sie an der Albertina kräftig führend tätig waren. Ich weiß aber auch, wie sehr Sie von diesen, für Sie in vielen Beziehungen entscheidenden Jahren, an Ostpreußen, Königsberg und unserer Universität hängen, und darum bitte ich Sie um die Erlaubnis, Ihnen als kleines Geburtstagsangebinde die in diesen Tagen erscheinende, für den 400.-Jahres-Tag bestimmte Geschichte der Albertus Universität von Götz von Selle zu übersenden, möchte Sie Ihnen Freude bereiten!“ (ÖNB, NI Nadler, Briefe, 395/57–6).

¹⁴ Wohl Anspielung auf Rothfels Zwangsemertierung.

¹⁵ Abweichend von dieser Angabe datiert Bürger (wie Anm. 7), S. 66, die Ernennung zur Studienrätin in Memel auf den 1. 10. 1941.

¹⁶ Vgl. J. Nadler: Literaturgeschichte des Deutschen Volkes. Dichtung und Schrifttum der deutschen Stämme und Landschaften. Zweiter Band: Geist (1740–1815), Berlin 1938, S. 106–111.

¹⁷ J. Nadler: Johann Gottfried Herder, in: Die großen Deutschen, hg. v. Willy Andreas/Wilhelm von Scholz, Bd. 2, Berlin 1935, S. 290–303.

waren. Nach Kriegsausbruch sind er und beide Söhne interniert worden; Klaus, der älteste, wurde nach Kanada deportiert, Herr Professor R. und sein jüngerer Sohn waren auf der Insel Man. Er erhielt dann einen Ruf nach U.S.A. und durfte im Herbst 40 mit seiner Frau herüber, während Sohn und Tochter in England bleiben mußten. Wie es ihnen seit dem Dezember vorigen Jahres in U.S.A. ergangen ist, und wie die diese neuen Belastungen ertragen, das sind Fragen, die mich mit tiefster Sorge erfüllen. Nachrichten waren seit dem Sommer nicht mehr zu bekommen¹⁸.

¹⁸ Zum Emigrationsschicksal vgl. Hans Mommsen: Hans Rothfels, in: Deutsche Historiker IX, hg. v. Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1982 (= Kl. Vandenhoeck-Reihe, 1484), S. 127–147, hier zit. S. 139f.

Günter Krüger

* Berlin 18. 7. 1918, † Berlin 5. 6. 2003

Am 5. Juni 2003 ist unser früheres Kommissionsmitglied, der Kunsthistoriker Günter Krüger, nach längerwährender Erkrankung kurz vor seinem 85. Geburtstag gestorben. Geboren wurde er am 18. Juli 1918 in Berlin, wo er 1937 am Realgymnasium Hermsdorf das Abitur machte. Reichsarbeitsdienst, Wehr- und Kriegsdienst sowie Kriegsgefangenschaft führten dazu, daß er erst 1947 an der Humboldt-Universität zu Berlin sein Studium der Kunstgeschichte, Archäologie und Geschichte aufnehmen konnte. Späteren Aussagen zufolge war Richard Hamann vielleicht sein wichtigster Lehrer. Als er 1951 öffentlich gegen den Abriß des Berliner Schlosses auftrat, mußte er den Sowjetischen Sektor seiner Vaterstadt fluchtartig verlassen. Ein Stipendium ermöglichte ihm ein Semester an der Sorbonne in Paris, ehe er sein Studium in Freiburg im Breisgau fortsetzte, von wo er 1954 nach Basel wechselte. Dort wurde er 1956 mit der von Josef Gantner betreuten Dissertation über „Die Marienkirche zu Freiberg in Sachsen und ihre goldene Pforte. Beiträge zur Geschichte der Architektur des 13. Jahrhunderts in der Markgrafschaft Meißen“ (Druck Berlin 1960) promoviert. Nach anderen forschenden Aktivitäten inventarisierte er den Kunstbesitz der Universität Freiburg. 1957 ging er als Volontär an die Staatlichen Museen im Westen Berlins, wo er besonders von Leopold Reidemeister gefördert wurde und sich sein Arbeitsschwerpunkt auf die ‚klassische Moderne‘ verlagerte. Daneben blieb er der Mittelalterforschung als Mitbegründer der Arbeitsstelle „Corpus Vitrearum Medii Aevi“ verbunden. Von 1959 bis zu seiner Pensionierung 1984 war er wissenschaftlicher Sekretär des Deutschen Vereins für Kunstwissenschaft, der seinen Sitz in der Jebensstraße in Berlin hat. Zum 75jährigen Vereinsjubiläum verfaßte er eine kurze Vereinsgeschichte.

Reidemeister lenkte Krügers Blick auf die jüngere Kunstgeschichte des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Auf diesem Feld begann er 1959 mit seinen Vorbereitungen für eine Ausstellung von Gemälden und Druckgraphik von Max Pechstein tätig zu werden. Es folgten weitere Arbeiten über Künstler des deutschen Expressionismus, insbesondere aus dem Kreis der Brücke, bis zu dem diesbezüglichen Höhepunkt in

dem von ihm 1988 – schon nach der Pensionierung – herausgegebenen großen Katalog des druckgraphischen Werks von Max Pechstein. Eine Freundschaft der Familien Krüger und Pechstein besteht bis heute. Von hier war es nicht weit zu den zeitgleichen Künstlern aus Schlesien, dem Baltikum und Ost- und Westpreußen. Bekannt wurde Krüger durch zahlreiche von ihm gestaltete Ausstellungen, als Orte sind unter vielen anderen das Deutschlandhaus in Berlin, die Ostdeutsche Galerie Regensburg und das Altonaer Museum Hamburg hervorzuheben. In diesem Zusammenhang sind zahlreiche Vorträge und von ihm verfaßte Ausstellungsführer entstanden. Dabei erwies er sich als ein vorzüglicher Kenner sowohl der „Akademiker“, also der Kunstakademie Königsberg, als auch der Niddener von der Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung. 1974 stellte er erstmalig den Danziger Maler Fritz A. Pfuhe aus, mit dessen Werk er sich dann wiederholt beschäftigte. 1976 erschien sein grundlegender Beitrag „Nidden und die Kurische Nehrung“ in Gerhard Wieteks Handbuch der deutschen Künstlerkolonien. Weitere ostpreußische Namen dieses Jahrzehnts waren Helene Lottberg, Liselotte Planegger-Popp, die Familie Eisenblätter, Karl Eulenstein, Eduard Bischoff und Ernst Mollenhauer. 1982 erschien sein umfangreicherer Beitrag „Zur Geschichte der Königsberger Kunstakademie“ (Prussia Schriftenreihe 11), für dessen Bearbeitung er die einschlägigen Königsberger Archivalien herangezogen hat. Die Ausstellung ist an einer Reihe von Orten gezeigt worden. An weiteren Künstlern, über die er in den 80er Jahren gearbeitet hat, sollen zusätzlich nur Stanislaus Cauer, Otto und Maria Ewel, Elfriede Lauckner (Pseud. Erich Thum) und Eva van Blericq genannt werden.

Nach der Verlagerung der Königsberger Archivbestände nach Berlin (1979) kam Krüger dank seines auch allgemeinhistorischen Interesses mit der Kommission in Berührung, deren ordentliches Mitglied er 1985 wurde. Auf der Göttinger Jahrestagung 1988 hat er die Königsberger Kunsthochschulen im Rahmen der Hochschulgeschichte des Landes vorgestellt. Sein eigentliches Temperament war jedoch zwei Jahre vorher auf der Berliner Jahrestagung sichtbar geworden, als er Schlaglichter auf die Malerei Ost- und Westpreußens werfen sollte, sich aber in der Auseinandersetzung mit einer neueren Arbeit zur mittelalterlichen Kunstgeschichte so festbiß, daß er zu seinem eigentlichen Thema kaum noch gekommen ist. Er war ein von seiner Kunst ‚Besessener‘, was sich schon seit seinen Schülerjahren in einer Sammelleidenschaft zeigte. Es ist zu bedauern, daß seine Sachkunde nicht zu einem größeren Werk zur neueren Kunstgeschichte des Preußenlandes geführt hat. Als seine Kräfte infolge gesundheitlicher Rückschläge schwanden, hat er sich 1996 von Kommission und Copernicus-Vereinigung zurückgezogen, um seine eingeschränkten Möglichkeiten auf die baltische Kunst im Rahmen der Martin-Carl-Adolf-Böckler-Stiftung zu konzentrieren. Seine Verdienste fanden höchste Anerkennung in der Verleihung des Verdienstkreuzes am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland 1989. *Bernhart Jähnig*

Buchbesprechungen

Jan Gancewski: Rola zamków krzyżackich w ziemi chełmińskiej od połowy XIV wieku do 1454 roku. Studia nad gospodarką [Die Rolle der Ordensburgen im Kulmerland von der Mitte des 14. Jahrhunderts bis zum Jahr 1454. Studien über die Wirtschaft] (Rozprawy i materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie, 201). Olsztyn 2001, 126 S., 14 Skizzen und 2 Ktn i. Anh., deutsche Zus.fass.

Die vorliegende, klar gegliederte und verständlich formulierte Arbeit hat die Erhellung der wirtschaftlichen Funktion der Burgen des Deutschen Ordens im Kulmerland im späten Mittelalter zum Gegenstand. Die auf der Auswertung von Dokumenten im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin – hierbei handelt es sich um die zur XX. HA Historisches Staatsarchiv Königsberg gehörenden Bestände Ordensbriefarchiv (OBA) und Ordensfolianten (OF) – und im Staatsarchiv Thorn (Briefe und Urkunden) beruhenden Ausführungen des Vf. schildern zunächst die Entstehung von Ordensburgen und -komtureien und betrachten dann die Burgenkomplexe als wirtschaftliche Zentren der Ordenswirtschaft im Kulmerland. Die wichtigste Rolle spielten hier die in dieses Gefüge integrierten Vorburgen, deren Entwicklung von den spezifischen Funktionen von Burg und Konvent abhingen. Von Bedeutung waren auch die Verbindung zu einer Stadt und die in militärischer Hinsicht entscheidende Gestaltung des Terrains, die in den einzelnen Fällen zur Wahl konkreter architektonischer Formen des Schlosses mit der Vorburg führte. Der Autor erkennt drei grundsätzliche Linien dieser Komplexe im Kulmerland, von denen die beiden ersten (an der Weichsel von Thorn nach Graudenz und an der Drewenz von Thorn über Gollub und Strasburg nach Brattian) militärisch-defensiven und die dritte von Gollub nach Graudenz wirtschaftlichen Charakter gehabt haben sollen. Als Beweis dienen ihm die Größe der Burgenkomplexe – so hatten gerade an der dritten Linie viele Schlösser wie Rheden zwei Vorburgen –, die zu großräumigen Magazinen ausgebaut waren und an der zentralen Handelsstraße lagen, die durch Masowien und das Kulmerland in Richtung auf Graudenz und die Weichsel verlief. Aufschlußreich sind die detaillierten Angaben über die Lage, Gestalt und Größe der Vorburgen, die häufig mehr Raum als das eigentliche Hauptschloß einnahmen und überwiegend als Getreidespeicher genutzt wurden. In ihnen lagerten für den Export bestimmte Erzeugnisse, vor allem Roggen und Weizen, aber auch Artikel aus anderen Orten, z.B. Lemberg und Brest am Bug, mit denen Thorn Handelsverträge abgeschlossen hatte, die für den Transport nach Westen bestimmt waren. Der Vf. macht deutlich, daß das Schwanken in der Höhe der Getreidemagazinierung in engem Zusammenhang mit wirtschaftlichen und politischen Krisen im Ordensstaat und den allgemeuropäischen Tendenzen steht, wobei er als wichtigste Zäsur den großen Krieg mit Polen 1410 sieht. Davon wurde auch das Kulmerland betroffen, wo die Getreideproduktion in den folgenden Jahrzehnten bis zum Ausbruch des Dreizehnjährigen Krieges (1454) nicht mehr ihr früheres Niveau erreichen konnte.

Bezieht man die folgenden Kapitel des Buches über die militärisch-politische Bedeutung der Ordensburgen und die Handelstätigkeit der Ordenskonvente im Kulmerland in die Betrachtung ein, so läßt sich die enge Verflechtung politischer, wirtschaftlicher und strategischer Komponenten erkennen. Verständlicher wird hier, daß der sich verschärfende Konflikt des Ordens mit vielen Städten eher ökonomische und finanzielle als soziale und nationale Ursachen hatte. Vf. kommt unter Berücksichtigung aller dieser Faktoren zur überzeugenden Erkenntnis, daß die Vorburgen in ihrer Funktion als Wirtschaftshöfe von zentraler Bedeutung für die Burgenkomplexe des Ordens waren, weil damals schon eine florierende Wirtschaft und Finanzen das Rückgrat für Politik und Kriegführung bildeten. In diesem Zusammenhang lenkt er den Blick auf die Rolle der Vorwerke für die Getreideproduktion und Viehzucht, die auch als wichtige Quelle der Arbeitskräfte nutzbar waren. In den vom Vf. betrachteten Aspekten wird das vom Deutschen Orden geschaffene Verwaltungsgefüge sichtbar, das diesem lange Zeit eine offensive Außenpolitik, vor allem gegenüber der Krone Polen, ermöglicht hat. So konnte sogar die Katastrophe bei Tannenberg die Existenz des Ordensstaates nicht wirklich gefährden. Die Stärke der Staats- und Wirtschafts-

struktur ermöglichte bis zum Ausbruch des Dreizehnjährigen Krieges die Aufrechterhaltung der Existenz der Konvente auf einem verhältnismäßig hohen Niveau, wenn auch auf einem niedrigeren Stand als in den Jahren 1380–1410.

Zur Veranschaulichung der Ausführungen tragen 31 aus den Quellen und der Literatur erarbeitete Tabellen bei, die u. a. über das Areal und die wirtschaftlichen Objekte der Komtureien im Kulmerland, die Getreideproduktion und Viehzucht auf den Vorwerken der Vorburgen, die durchschnittlichen Lagerungsmengen von Getreide und Mehl in den Kornspeichern, die Produktion und Verwahrung von Waffen in den Arsenalen der Ordensburgen und die Handelskontakte der einzelnen Konvente Aufschluß geben.

Stefan Hartmann

Peter Mast: Mecklenburg-Vorpommern. 1000 Jahre Geschichte eines jungen Landes. München, Berlin, Koehler und Amelang, 1994, 200 S. 44 Abb. Kurzbibliographie. 3 Stammtafeln. Ortsregister. – *Geschichte der Oberlausitz. Herrschaft, Gesellschaft und Kultur vom Mittelalter bis zum Ende des 20. Jahrhunderts*, hrsg. von Joachim Bahlcke. Leipziger Universitätsverlag, 2001, 368 S. 56 Abb. 8 Tabellen. 5 Karten. Auswahlbibliographie. Mitarbeiterverzeichnis. Personenregister. Ortsregister.

Wer sich als Wissenschaftler über die Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns in Mittelalter und Neuzeit informieren will, dem steht beispielsweise mit dem seit 1960 erscheinenden „Historischen Atlas von Mecklenburg“, der Monographie von Jürgen Petersohn über den „südlichen Ostseeraum im kirchlich-politischen Kräftespiel des Reiches, Polens und Dänemarks vom 10. bis 13. Jahrhundert“ von 1979 oder dem Sammelband „Land am Meer“ von 1995 profunde Hilfsmittel zur Verfügung. Für die schnelle Erstinformation brauchbar ist jedoch auch der an ein breiteres Publikum gerichtete Überblick von Peter Mast. Er informiert in insgesamt sechs bevorzugt an der Ereignisgeschichte orientierten Kapiteln (S. 11–27: „Christianisierung, Besiedlung und erste politische Formung im Mittelalter“; S. 28–77: „Die Entwicklung der Herzogshäuser, Versuch einer Reichsbildung und frühneuzeitlicher Territorialstaat“; S. 78–112: „Reformation, Großer Krieg und die Teilung Pommerns“; S. 113–138: „Mecklenburg und Pommern im Zeitalter des Absolutismus, Napoleonzeit und die Vereinigung Pommerns 1815“; S. 139–162: „Die Provinz Pommern und die Beherrschung des ständischen Systems in Mecklenburg. Reich und Industriezeitalter“; S. 163–184: „Revolution, Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg und Nachkriegszeit bis zum Zusammenbruch der DDR“) über die wichtigsten Etappen der gesuchten Vorgeschichte des neuen Bundeslandes. Die fehlende Vertiefung, die vor allem in den Bereichen Kirchen- und Kulturgeschichte spürbar ist, mag damit zusammenhängen, daß der Abriß nur knapp drei Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten von 1991 vorgelegt worden ist.

Die „Geschichte der Oberlausitz“ wurde erst im Jahre 2001, also rund ein Jahrzehnt nach der Vereinigung, dargeboten. Sie wurde unter der Anleitung des Osteuropahistorikers Joachim Bahlcke durch ein Autorenteam, das sich aus Slawisten, Ur- und Frühgeschichtlern, Historikern, Kunsthistorikern, Theologen und Orientalisten zusammensetzt, vorbereitet. Im Mittelpunkt stehen fünf Kapitel, die an der Chronologie orientiert sind und am Anfang bzw. am Ende des Bandes um zwei systematische Überblicke ergänzt werden. Gertraud Eva Schrage stützt ihren Beitrag über „Die Oberlausitz bis zum Jahr 1346“ (S. 55–97) auf sorgfältige namenkundliche Erwägungen und minutiöse Urkundenstudien. Sie gelangt durch ihre Weiterentwicklung der Methodik der „Germania Slavica“ zu einem ganz neuen Bild vom kirchen- und machtpolitischen Kräftespiel in der Oberlausitz vom frühesten bis zum späten Mittelalter. Die Bischöfe von Meißen erweisen sich dabei als wichtigster Gegenpart zu den Herzögen von Sachsen bzw. den deutschen Königen auf der einen Seite und den Herzögen und Königen von Böhmen auf der anderen Seite. Als weiterer Einflußfaktor in der Oberlausitz kommen die polnischen Piasten zur Sprache. Der am Schluß des Bandes stehende Beitrag von Peter Kunze zur „Geschichte und Kultur der Sorben in der Oberlausitz. Ein kulturgeschichtlicher Abriß“ (S. 267–314) beruht demgegenüber ausschließlich auf fachlicher und populärer Literatur. Er läßt den altbekannten Mythos von den

edlen und friedliebenden Slawen, die sich seit Urzeiten im Kampf gegen ihre barbarischen Nachbarn germanischer Zunge in einer Siedlungsenklave behaupten können, noch einmal aufleben. Norbert Kersken führt dem Leser „Die Oberlausitz von der Gründung des Sechsstädtebundes bis zum Übergang an das Kurfürstentum Sachsen (1346–1635)“ (S. 99–141) an Hand von fünf systematischen Gesichtspunkten vor Augen. Dazu zählen nicht nur Politik und Landesverfassung, Städte und Bürger, Adel und Bauern, sondern auch Kirche und religiöses Leben sowie das kulturelle Leben. Die Oberlausitz erweist sich dabei als eine Brückenlandschaft zwischen Böhmen, Schlesien und Brandenburg (S. 100), die seit dem 14. Jahrhundert durch die sechs Städte Görlitz, Bautzen, Löbau, Zittau, Kamenz und Lauban geprägt wird (S. 112); die sich oft durch eine Schlechterstellung der sorbischen Bauernschaft gegenüber den im Hochmittelalter nach deutschem Recht angesiedelten Bauern und seit dem 15. Jahrhundert auch durch das so genannte „Bauernlegen“ auszeichnet (S. 120–122); die eine geteilte Zugehörigkeit der Länder Bautzen und Görlitz zum Bistum Meißen bzw. der Zittauer Lande zum Erzbistum Prag aufweist (S. 124–126), die seit dem 13. Jahrhundert zahlreiche Klöster besitzt und im 16. Jahrhundert überwiegend zum evangelischen Glauben übertritt (S. 126–130); und die schließlich im kulturellen Bereich, wie nicht anders zu erwarten, in engen Beziehungen zu den Nachbarlandschaften Sachsen, Schlesien und Böhmen steht (S. 131).

Alexander Schunka (* 1972) ist als jüngster Autor an dem Band beteiligt. Er beschreibt „Die Oberlausitz zwischen Prager Frieden und Wiener Kongreß (1635–1815)“ (S. 143–179). Das polnische-deutsche Autorenduo Leszek Belzyk und Hans-Werner Rautenberg zeigt dann „Die Oberlausitz von Wiener Kongreß bis zum Ende des Ersten Weltkriegs (1815–1918)“ (S. 181–220). Das sächsisch-rheinische Autorentrio Andreas Bednarek, Jonas Flöter und Stefan Samerski umreißt schließlich „Die Oberlausitz vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zur Gegenwart (1918–2000)“ (S. 221–266). Während der zuerst genannte Beitrag eine sorgfältig erstellte Synthese aus den vorhandenen Quellen und der Forschungsliteratur darstellt, bilden die anderen beiden Aufsätze bloße Wiedergaben des Forschungsstandes, die zudem vorwiegend an der Oberfläche bleiben.

Wenn Joachim Bahlcke einleitend „Die Oberlausitz“ als „Historischer Raum“ mit einem eigenen „Landesbewußtsein und Geschichtsschreibung vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert“ in den Blick nimmt (S. 11–53) und abschließend eine neue „Auswahlbiographie zur Geschichte der Oberlausitz vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert“ (S. 315–345), ein Mitarbeiterverzeichnis (S. 347–350), einen Abbildungsnachweis (S. 351 f.), ein Personenregister (S. 353–361, bedauerlicherweise ohne weitergehende Identifizierungen) und ein Ortsregister (S. 362–368, leider ohne genauere Lokalisierungen) vorlegt, so stellt er damit die von ihm initiierte Überblicksdarstellung in einen Rahmen, der zum weiteren Nachdenken und zu vertiefter Behandlung zahlreicher Einzelprobleme aus der Geschichte der Oberlausitz auffordert. Sie bietet dafür einen wertvollen Leitfaden, den es nun weiterzuspinnen gilt.

Marie-Luise Heckmann

Kirche im Dorf. Ihre Bedeutung für die kulturelle Entwicklung der ländlichen Gesellschaft im „Preußenland“, 13.–18. Jahrhundert. Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preussischer Kulturbesitz in Zusammenarbeit mit der Kunstbibliothek der Staatlichen Museen zu Berlin Preussischer Kulturbesitz. In Kommission bei Duncker & Humblot, Berlin 2002, 320 S. Orts- u. Personenverzeichnis.

Die anläßlich des 400. Todesjahres des ostpreussischen Pfarrers Johannes Bretke, der als erster die Bibel ins Litauische übersetzt hatte, unter dem Titel „Kirche im Dorf“ gestaltete Ausstellung konnte im Berliner Kulturforum nur gut sechs Wochen gezeigt werden. Umso dankbarer nimmt man den – in der gegenwärtigen Ausstellungskultur beinahe schon obligatorisch gewordenen – Begleitband in die Hände, der über die Präsentationszeit hinaus Gelehrsamkeit, Fleiß und didaktisches Vermögen der Mitarbeiter dokumentiert, vor allem aber den am Thema Interessierten die Möglichkeit zur quellen- und anschauungsnahen Information bietet.

In seiner Einleitung meint der für die Konzeption der Ausstellung verantwortliche Archivober-

rat am Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Bernhart Jähmig, die Thematik, also die Bedeutung der Kirchen für die kulturelle Entwicklung der ländlichen Gesellschaft, „könnte grundsätzlich in jeder Landschaft, ja sogar überregional dargestellt werden“ (S. 9). Mir scheint hingegen, daß wohl die prinzipiellen Fragen übertragbar sind, daß aber gerade der vorliegende Band deutlich macht, wie eigentümlich, wie kaum zu generalisieren – zumal in Preußen – die Antworten ausfallen. Das auffallendste Spezifikum, das sich zudem mutatis mutandis vom Beginn der Missionierung im 13. Jahrhundert bis zum Ende des 18. Jahrhunderts beobachten läßt, ist die Sprachbarriere zwischen den Geistlichen und vielen ihrer Anbefohlenen sowie das Bemühen, dieses Hindernis durch Dolmetscher, eigenen Spracherwerb oder andere Hilfsmittel mehr oder weniger erfolgreich zu überwinden: mehr in der Bibelübersetzung des Johannes Bretke, weniger, wie der anfangs des 18. Jahrhunderts aufgezeichnete Schabernack von dem litauischen Jägerburschen, der in der Beichte dem ihn verhörenden (deutschen) Prediger alle litauischen Namen der Jagdhunde seines Herrn aufzählte (S. 291), zeigt.

Der Aufsatzteil des Bandes wird mit je zwei Beiträgen von Bernhart Jähmig und dem Kunsthistoriker Christofer Herrmann bestritten. Jähmig („Mission und Landesherrschaft“, S. 1–34) skizziert zum einen die Entwicklung kirchlicher Strukturen im Preußenland von den Anfängen der Mission bis zur preußischen Pfarrkirche unter absolutistischer Herrschaft und präsentiert zum anderen in gebotener, aber gelungener Knappheit den „Pfarrer zwischen Verkündigung und Gelehrsamkeit“ (S. 57–66). Herrmann bietet einen kurzen Abriss über „Die Entwicklung des mittelalterlichen Pfarrkirchenbaus in Preußen“ (S. 35–48) und beantwortet (S. 49–56) die Frage: „Wer baute und finanzierte die ländlichen Pfarrkirchen im mittelalterlichen Preußen?“

Der dankenswerterweise sehr reich mit 200 Abbildungen versehene Katalog begleitet den Leser zuverlässig durch die acht Abteilungen der Ausstellung. Der Band „Kirche im Dorf“ ist mit spürbarer und nachvollziehbarer Sympathie aller Beteiligten für das behandelte Thema konzipiert und fertiggestellt worden, sollte aber nicht nur von Gleichgestimmten wahrgenommen werden, sondern auch von eher komparativ interessierten Lesern genutzt werden. An dieser Empfehlung können auch einige Monita nichts ändern. Man vermißt zum Beispiel eine Karte, die das Auffinden der genannten Ortschaften erleichtert. Den Spezialisten nicht vertraute Wörter und Begriffe hätten erläutert werden können, zum Beispiel „unbehandigte Ausfertigung“ (S. 69 u. ö.), „Platendienst“ (S. 75), „Rauchgeld“ (S. 127) oder „scot“ (S. 136). Unverständlich ist (S. 71) der Hinweis, „von unten Zeile 22 ff.“. Die Abbildung auf S. 131 betrifft nicht 3/5, sondern 3/4. S. 154 ist aus 4/1 irrig „expediire“ (statt „expedire“) transkribiert. Auf S. 177 4/42 kann ich (anders als S. 176 hervorgehoben) keinen „ausgestreckten rechten Arm“ erkennen. Die zahlreichen Literaturverweise ohne Seitenangaben sind eher Zumutungen als Hilfen. Schließlich bleibt eigenes Korrekturlesen auch bei automatisierter Silbentrennung zu empfehlen, damit sich der Leser nicht über „Alb-recht“ (S. 22, 61 u. ö.), „Re-mchingen“ (S. 254) oder „Deut-schordensland“ (S. 303) wundert und seine Freude an „Kirche im Dorf“ ungetrübt bleibt. *Dietrich Kurze*

Maïke Sach: Hochmeister und Großfürst. Die Beziehungen zwischen dem Deutschen Orden in Preußen und dem Moskauer Staat um die Wende zur Neuzeit (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, 62). Stuttgart, Franz Steiner, 2002, 488 S., € 74.

In ihrer Kieler Dissertation bettet S. ihre Untersuchung in die europäischen Bündnissysteme des Spätmittelalters ein, die sich auf der Grundlage der fortschreitenden Verdichtung und Ausweitung der außenpolitischen Beziehungen nach italienischen Vorbildern entwickelten. Zu den Besonderheiten gehörte es, daß sich bisweilen auch weit auseinander liegende Herrschaftsgebiete häufig nur für eine kurze Zeitspanne miteinander verbanden wie der Ordensstaat Preußen mit dem Moskowitereich. Es ist zwar seit langem bekannt, daß es dieses Bündnis gab, aber es ist nur oberflächlich erforscht. Dies zu ändern, ist das Hauptanliegen der Verf.in.

Zu den Grundvoraussetzungen für das Bündnis zwischen Hochmeister und Großfürsten zählte die Absicht Papst Leos X., die europäischen Mächte zu einem Kreuzzug gegen die Türken zu

bewegen. Der Moskauer Großfürst sollte dabei nicht nur militärische Unterstützung leisten, sondern auch Hilfe für den Plan der Kurie gewähren, die Union mit der orthodoxen Kirche wiederherzustellen. Dafür mußten freilich die bestehenden Spannungen zwischen den Mächten wie zwischen dem preußischen Ordenszweig und Polen-Litauen sowie zwischen dem livländischen Ordenszweig und dem Moskowitereich abgebaut werden. Nach der Darlegung des Forschungsstandes stellt die Vf.in zunächst die späteren Bündnispartner vor, den Deutschen Orden in Preußen bis zum Tod des Hochmeisters Friedrich von Sachsen im Jahre 1510 und das Großfürstentum in seinem Verhältnis zu Litauen und zu den Tataren. Darunter behandelt sie die ersten Kontakte zwischen dem Orden und den russischen Fürstentümern, den Fortbestand der konfessionellen Vorbehalte, die Verschärfungen der Spannungen zwischen dem Hochmeister und dem polnisch-litauischen Unionskönig Sigismund I. nach der Flucht des litauischen Magnaten Michael L. Glincki nach Moskau und den Stand der gegenseitigen Kenntnisse. Der dritte Abschnitt ist der Zeit um den Wiener Kongreß von 1515 gewidmet. An dieser Stelle führt S. den neuen Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach vor dem Hintergrund der von König Sigismund geforderten Huldigung und der engen Verwandtschaft beider ein, beschreibt das vielschichtige Verhältnis zwischen Kaiser Maximilian, dem Deutschen Orden und dem Moskauer Großfürsten, das in ein Dreierbündnis einfloß, und beschreibt anschließend, wie der Kaiser das Bündnis der habsburgisch-jagellonischen Erbverbrüderung von Preßburg und Wien opferte. Sie sollte nicht nur die habsburgische Nachfolge in Böhmen und Ungarn, sondern auch Ostmitteleuropa vor dem Vordringen des osmanischen Reiches sichern. Dies erschien angesichts der zur selben Zeit bekannt gewordenen schweren Niederlage des Siebenbürgener Hauptmanns Johann Zápolya gegen die Türken geradezu als Gebot der Stunde. In dem Preis, den der Kaiser an Sigismund I. und an seinen Bruder Wladislaw von Böhmen-Ungarn zu zahlen hatte, war die Einstellung der Unterstützung des Hochmeisters inbegriffen, wozu ausdrücklich die Zulassung des vom polnischen König seit dem II. Thorner Frieden von 1466 geforderten Treueides des Hochmeisters gehörte.

Die geänderte politische Lage ist Gegenstand des vierten Abschnitts, in dem zunächst Dietrich von Schönberg, der neue hochmeisterliche Rat und Schmied des Bündnisses zwischen Hochmeister und Großfürsten von Moskau, vorgestellt wird. Im Anschluß daran behandelt die Vf.in die Gesandtschaftsreise Schönbergs nach Moskau von 1516/17, die zum Bündnisvertrag vom März 1517 führte. Zu den wichtigen Stationen auf der Reise Schönbergs gehörte der Besuch beim livländischen Meister Wolter von Plettenberg, der jedoch über die Bündnisabsichten des Hochmeisters so lange wie möglich in Unkenntnis gehalten werden sollte (S. 263). In Moskau wurde auch über die Teilung Polens gesprochen, ein Gedanke, der bereits im Jahre 1392 zwischen dem Herzog von Oppeln und dem Hochmeister ausgetauscht worden war (S. 275f.). Um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, sich mit einem Schismatiker gegen einen katholischen Fürsten verbündet zu haben, ließ Hochmeister Albrecht besonders an der römischen Kurie verbreiten, das Bündnis mit dem Moskowiter strebe die Kirchenunion und den gemeinsamen Kreuzzug gegen Türken und andere Ungläubige an. Die bislang von der Forschung vertretene Auffassung, Schönberg habe in Moskau bereits während seiner beiden ersten Gesandtschaftsreisen die Frage der Kirchenunion angeschnitten (S. 341f.), kann die Vf.in nach der Auswertung russischer Unterlagen klar mit nein beantworten. Als weiteres besonders zu beachtendes Detail gilt hervorzuheben, daß Schönberg († 1525 auf franz. Seite in der Schlacht bei Pavia) bereits damals als Freund der französischen Krone auftrat und den Großfürsten zu diplomatischen Kontakten mit dem westeuropäischen Königreich ermunterte.

Insbesondere nach dem Scheitern der päpstlichen Vermittlungsversuche steuerten Polen-Litauen und der preußische Ordensstaat auf den Krieg zu. Erst während des Kriegsausbruchs traf der Ordensgesandte Melichior von Rabenstein in Moskau ein, um den Rest der in Aussicht gestellten Hilfgelder zu erbitten. Zum großen Teil ist es auf die verspäteten und unzureichenden russischen Subsidienzahlungen zurückzuführen, daß Albrecht dem Deutschmeister die Kammerballen Koblenz und Etsch und dem livländischen Meister Nordestland abtreten sowie dem dortigen Ordenszweig die freie Meisterwahl zusichern mußte. Die verspäteten Zahlungen und die Ermattung der Kriegsparteien zwangen den Hochmeister und den König von Polen-Litauen

schließlich zu dem auf vier Jahre befristeten Thorner Anstand vom 5. April 1521, der auf kaiserliche Vermittlung zustande kam. Damit hatte sich das Kriegsbündnis zwischen Hochmeister und Großfürst erschöpft. Zum Schluß folgen eine Zusammenfassung, Anmerkungen zur Textabschrift und zur Zitierweise, ein Verzeichnis der Siglen und Abkürzungen, ein Quellen- und Literaturverzeichnis sowie je ein Index der Personen- und Ortsnamen.

Die Dissertation besticht durch ihre Quellennähe, die Kärnerarbeit verrät. Zu den Verdiensten der Vf.in gehört die Einarbeitung russischer Quellen, die eine willkommene Ergänzung zu der Überlieferung des Historischen Staatsarchivs Königsberg darstellen. Die an sich gute Lesbarkeit wird jedoch durch die Slawisierung bereits eingeführter Namen unnötig beeinträchtigt.

Dieter Heckmann

Barbara Szymczak: Stosunki Rzeczypospolitej z Brandenburgią i Prusami Książęcymi w latach 1648–1658 w opinii i działaniach szlachty koronnej [Die Beziehungen der Adelsrepublik zu Brandenburg und dem Herzoglichen Preußen in der Meinung und Tätigkeit des Kronadels]. Warszawa, Wydawnictwo DiG, 2002, 310 S.

In ihrer Warschauer Dissertation behandelt die Vf.in eine Fragestellung, die für die brandenburgisch-preußisch-polnischen Beziehungen zur Zeit des Großen Kurfürsten von großem Interesse ist. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht das ereignisreichste Jahrzehnt der Polenpolitik Friedrich Wilhelms, an dessen Ende die Lehnunabhängigkeit des Herzogtums Preußen erreicht und damit ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum Königreich und Gesamtstaat Preußen vollzogen wurde. Ausgangspunkt der Analyse ist das sowohl für Brandenburg (Ergebnisse des Westfälischen Friedens) als auch für die polnische Adelsrepublik (Königswahl Johann Kasimirs, Ausbruch des Chmielnicki-Aufstands in der Ukraine) wichtige Jahr 1648. Die Arbeit erfüllt insofern ein dringliches Desiderat der Forschung, als hier das Meinungsbild des polnischen und in gewisser Weise auch des litauischen Adels über die Ziele der Politik Friedrich Wilhelms und ihre Konsequenzen für das von Schweden und Moskau bedrohte Doppelreich deutlich gemacht wird. Sie trägt der Erkenntnis Rechnung, daß es sich bei dem polnisch-litauischen Staatskörper um eine nach Ständen gegliederte Republik mit monarchischer Spitze handelte, die anders als im absolut regierten Kurfürstentum Brandenburg vom Adel – immerhin zehn Prozent der Gesamtbevölkerung – dominiert wurde. Hinzuzufügen ist allerdings, daß gerade in der Mitte des 17. Jahrhunderts ein entscheidender Wandel im Gefüge des polnischen Kronadels einsetzte, indem die Angehörigen des mittleren Adels vor allem aus wirtschaftlichen Gründen ihre Bedeutung als entscheidende politische Kraft einbüßten und zur Klientel der immer mächtigeren Magnaten wurden. Dieser Wandel in der Gesellschafts- und Verfassungsstruktur der Adelsrepublik sollte nicht unwesentlich zu ihrem allmählichen Machtverfall beitragen, aus dem die über ein modernes militärisches Potential verfügenden Nachbarn, darunter Brandenburg, Nutzen zogen.

Die in acht Kapitel gegliederte Arbeit – sie beruht vor allem auf bisher von der Forschung kaum ausgewertete Quellen im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (I. HA Rep. 9 Polen), dem Warschauer Hauptarchiv Alter Akten (Kronarchiv, Libri Legationum), dem schwedischen Reichsarchiv Stockholm, dem polnischen Staatsarchiv Danzig und der Krakauer Czartoryski-Bibliothek – beleuchtet zunächst die Haltung des Großen Kurfürsten gegenüber der polnischen Königswahl 1648, die schon zu diesem Zeitpunkt seine Zielstrebigkeit hinsichtlich der Erweiterung seines Einflusses in der Adelsrepublik erkennen läßt. So versuchte er, wenn auch erfolglos, bereits damals, die Rolle eines Schutzherrn der Protestanten, zumindest in den seinen Landen benachbarten Regionen Königliches Preußen und Großpolen, zu übernehmen, woran – das sei hier ergänzt – die Polenpolitik König Friedrich Wilhelms I. zur Zeit des Thorner Blutgerichts anknüpfte, die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Teilen Preußens zu unterstreichen und sein Wahl- und Sitzrecht auf den polnischen Reichstagen durchzusetzen. Für die Meinung des Adels war die Erfüllung der Lehnspflichten Friedrich Wilhelms gegenüber der polnischen Krone, besonders im militärischen Bereich, wichtig, sah man doch darin ein Symbol der Vasallenabhängigkeit.

Die folgende Analyse der Vf.in hat die Atmosphäre auf dem Krönungsreichstag angesichts der erneuerten preußischen Investitur 1649, das beiderseitige Desinteresse vom Herbst dieses Jahres bis Ende 1654, die Einstellung des Adels zu einem möglichen Bündnis mit Brandenburg in den letzten Monaten vor dem schwedischen Einfall, die besondere Spezifik des Königlichen Preußen für die brandenburgische Polenpolitik sowie die Einschätzung des politischen und militärischen Lavierens Friedrich Wilhelms zunächst auf die Seite Schwedens (Verträge von Königsberg und Labiau 1656) und dann auf die Polens (Verträge von Wehlau und Bromberg 1657) im Meinungsbild des Adels zum Gegenstand, wobei dessen Haltung zu den Traktaten von Wehlau und Bromberg auf dem Reichstag von 1658 den Abschluß bildet.

Barbara Sz. kommt hier zum Ergebnis, daß es in dem von ihr betrachteten ersten Jahrzehnt der Regierung Johann Kasimirs zu keiner grundsätzlich veränderten Bewertung Brandenburg-Preußens seitens des polnischen Adels gekommen ist. Dieser schenkte ihm nur geringes Interesse, da es nach wie vor als zweitrangige Macht im europäischen Staatengefüge galt.

Von Bedeutung ist die Frage, wieweit der damalige polnische Adel das Herzogtum Preußen als Teil der Adelsrepublik betrachtet hat. Die Äußerung der Vf.in, das Band zwischen beiden Teilen Preußens sei in der Mitte des 17. Jahrhunderts endgültig gelöst worden, was die Verträge von Wehlau und Bromberg besiegelt hätten, bedarf insofern der Modifizierung, als es gerade im konfessionellen und kulturellen Bereich weiterhin enge Beziehungen zwischen dem Königlichen und dem Herzoglichen Preußen gab. Es überrascht, daß der polnische Adel der militärischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Herzogtums Preußens nur geringe Bedeutung beimaß, hatte dieses Territorium doch in den vorangegangenen kriegerischen Konflikten zwischen Schweden und der Adelsrepublik eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Sicherlich stand im damaligen von allen Seiten bedrohten polnisch-litauischen Doppelreich die Verteidigung des preußischen Lehens gegenüber den Ansprüchen des Großen Kurfürsten nicht an vorderster Stelle. Wichtiger war es für die Diplomatie des Warschauer Hofes, Friedrich Wilhelm als potentiellen Verbündeten gegen die übermächtigen Schweden zu gewinnen. Zutreffend begründet die Vf.in die weitgehend passive Haltung der Adelsrepublik in der preußischen Frage mit dem mangelnden Interesse an der kostspieligen Ostseepolitik der Vergangenheit, als die Rückgewinnung der schwedischen Krone das oberste Ziel der in Polen regierenden Wasa-Dynastie gewesen war. Als weiteren einleuchtenden Grund nennt sie das Fehlen eines einheitlichen Machtzentrums in Polen-Litauen und die zunehmenden Kompetenzstreitigkeiten zwischen der Krone und dem Adel, aus denen letzterer gestärkt hervorging (Liberum Veto 1652). Innerhalb der Szlachta habe eine „preußische Lobby“ gefehlt, und selbst in den stärker mit Brandenburg verbundenen Regionen wie im Königlichen Preußen und Großpolen hätten sich solche Zentren nicht entwickelt. Der Vergleich zu den Äußerungen des anonymen Verfassers einer Broschüre über die Frage der Zulassung des brandenburgischen Kurfürsten zum preußischen Lehen vor 1603, in denen die Inkorporation des Herzogtums Preußen durch die Adelsrepublik als leicht zu erreichendes Ziel hingestellt wurde, zeigt anschaulich, wie sehr das Interesse der polnischen Öffentlichkeit 50 Jahre später an diesem Objekt abgenommen hatte.

Die Ergebnisse der hier vorliegenden Studie bestätigen die Erkenntnis der unmittelbaren Wechselwirkung zwischen dem Aufstieg der absolutistischen Macht Brandenburg-Preußen und dem allmählichen Verfall der von inneren Krisen und äußeren Bedrohungen belasteten Adelsrepublik. Dem zielstrebigem Vorgehen des Großen Kurfürsten stand eine weitgehende politische Orientierungslosigkeit der polnischen Seite gegenüber, die sich auch darin zeigte, daß sowohl der königliche Hof als auch die wachsende Opposition von Magnaten und Szlachta an guten Beziehungen zu Friedrich Wilhelm interessiert waren. Es verwundert nicht, daß in dieser Situation der drohende Konflikt zwischen dem Kurfürsten und den Ständen im Herzogtum Preußen beim polnischen Adel kaum ein Echo fand. Die von B. Sz. präsentierten Fakten und Hintergrundinformationen machen deutlich, weshalb der Große Kurfürst von Johann Kasimir in Wehlau und Bromberg so große Zugeständnisse erreichte, die im Olivaer Frieden vom 3. Mai 1660 international bestätigt wurden. Anders als Bogdan Wachowiak, der die Erlangung der Souveränität über das Herzogtum Preußen im Jahr 1657 zu den wichtigen Ereignissen der Geschichte Branden-

burg-Preußens zählt, darin aber keinen entscheidenden Umbruch sieht, hält die Vf. in die Verträge von Wehlau und Bromberg für Vorgänge, die schwerlich überschätzt werden können, weil sie den späteren Herrschern Preußens – gemeint ist hier Kurfürst Friedrich III. – die Königskronung ermöglichten. Zu ergänzen ist dabei allerdings, daß es besonderer außenpolitischer Konstellationen wie der bedrängten Lage des Kaisers vor Ausbruch des Spanischen Erbfolgekrieges bedurfte, um dieses Ziel Wirklichkeit werden zu lassen.

Stefan Hartmann

Detlev Schwennicke: *Europäische Stammtafeln, Bd. 20 Brandenburg und Preußen 1*. Neustadt/Aisch, Degener 2002, 161 Tafeln, 125,- €.

Mit diesem Werk legt Detlev Schwennicke in bewährter Art und Weise den ersten Teilband zum Brandenburgisch-Preußischen Adel vor. Da von dem modernen preußischen Gesamtstaat und damit auch von seiner gesamtstaatlichen Führungsschicht frühestens seit der Königsberger Krönung des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. zum König in Preußen im Jahr 1701 ausgegangen werden kann, setzt Sch. mit diesem Jahr ein. Die Abdankung des letzten preußischen Königs und deutschen Kaisers am 9. November 1918 legt das zeitliche Ende für die beiden Teilbände der Stammtafeln fest.

Der hier anzuzeigende erste Teilband reiht zunächst die in der Mark Brandenburg und danach die in Preußen ansässigen Familien alphabetisch auf. Die märkische Reihenfolge beginnt mit vier bürgerlichen Familien, nämlich den Cocceji aus Bremen, den Distelmeyer aus Leipzig, den Derfflinger aus Österreich und den Ephraim aus Altona. Es folgen die Grafen von Hacke, die Swenzonen, die Herren und Grafen von Itzenplitz, Aurora von Königsmarck, die Grafen und Fürsten zu Lynar, die Maltzan, die Quitzows in der Linie Kletzke-Eldenburg, die Redern, die Herren/Freiherrn/Grafen von Reichenbach, die Schmettau/Schmettow, die Herren/Freiherrn/Grafen von Schwerin, die Ministerialen von Völs/Freiherrn und Grafen Colonna von Fels, die Herren/Freiherrn/Reichsgrafen von Wartensleben.

Die altpreußische Reihenfolge wird von den Herren und Reichsgrafen von Creutz mit ihren Linien im Reich und in Polen angeführt. Es folgen die Dönhoff mit ihren Linien in Kurland, Livland, Estland und Polen, die Eulenburg mit ihrer Linie in der Niederlausitz, die Finck von Roggenhausen und von Finckenstein, die Herren und Grafen von Kalnein, die Maulen, seit 1509 von Lehdorf und schließlich die Herren von Polenz mit ihren Linien in Meißen, in der Niederlausitz und in der Neumark.

Dieter Heckmann

Edward Martuszewski: „Die polnische Sprachfrage in Preussen“ *Gustawa Gizewiusza jako źródło do badań nad dziejami germanizacji szkolnictwa na Mazurach* [„Die polnische Sprachfrage in Preußen“ von Gustav Gisevius als Quelle für Forschungen über die Geschichte der Germanisierung des Schulwesens in Masuren] (Rozprawy i materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie, 200). Olsztyn 2001, 270 S., deutsche Zus.fass.

Bei der vorliegenden Veröffentlichung handelt es sich um ein für den Druck aufbereitetes Manuskript des 1982 verstorbenen polnischen Historikers und Journalisten Edward Matuszewski, der sich schon während seines Studiums in Posen mit der masurischen Frage beschäftigt hat. Wojciech Wrzesiński weist in seiner Einleitung darauf hin, daß Matuszewskis Verdienste um die Erforschung der jüngsten Geschichte von Ermland und Masuren viele Jahre nach dessen Tod in ihrer ganzen Vielfalt sichtbar geworden sind. So sei er ein charakteristisches Element des Allensteinener Forschungszentrums gewesen, der eigene Wege außerhalb der Bibliotheken und Archive eingeschlagen und Probleme berührt habe, die bisher von polnischen und deutschen Historikern nicht angesprochen worden seien. Im Gegensatz zur traditionellen Masurenforschung setzt nach M. die Germanisierung des elementaren Schulwesens in Masuren bereits nach dem Ende der Befreiungskriege ein, während polnischerseits der Beginn dieses Prozesses auf die Zeit nach dem Novemberaufstand (1830/31) datiert worden ist. M. gibt eine allgemeine Charakterisierung dieser

Entwicklung, geht dabei aber auch auf ihre Hauptträger, die „preußischen Germanisatoren“, und die Verteidiger der polnischen Sprache im elementaren Schulwesens Masurens ein. Die Analysen und Schlußfolgerungen des evangelischen Pastors Gustav Gisevius dienen ihm zur Bewertung der Schulpolitik des preußischen Staates und zur Kennzeichnung ihrer Spezifik in Masuren, wobei er den Übergang zur deutschen Amtssprache in dieser Region als zentrales Kriterium herausstellt.

Schon das erste Kapitel mit einer allgemeinen Skizzierung der Germanisierung in Preußen im 18. und 19. Jahrhundert läßt deutlich erkennen, wie sehr sein Geschichtsbild vom preußisch-polnischen Dauerantagonismus bestimmt ist, der „niemals durch eine ehrliche Einigung beschwichtigt“ wurde. M. erscheint hier ganz als Anhänger der traditionellen polnischen Historiographie, die eine direkte Linie vom mittelalterlichen Deutschordensstaat zum modernen preußischen Machtstaat zieht und im deutschen Drang nach Osten und damit verbundenen Kulturanspruch eine ständige existentielle Gefährdung Polens sieht. Auch für M. ist die Vereinigung Brandenburgs mit dem säkularisierten Herzogtum Preußen unter der Herrschaft der Hohenzollern der entscheidende Schritt zur Erringung der preußisch-deutschen Hegemonie östlich der Elbe, wozu die Königskronung Friedrichs I., die Teilungen Polens und die Bismarcksche Reichsgründung gehören. Im Einklang mit dem vom Mittelalter bis 1945 sichtbaren negativen Preußenbild der polnischen Historiographie bezeichnet er Friedrich den Großen als Schöpfer des „polnischen Problems“ in seinem Staat, das dieser durch Germanisierung habe lösen wollen. M. begründet diese Politik mit dem Bestreben Friedrichs und seiner Nachfolger, einer demographischen Polonisierung des preußischen Staates entgegenzutreten, hätten doch die Polen um 1800 etwa die Hälfte der Bevölkerung Preußens ausgemacht. Damit verkennt er die Elemente der damaligen preußischen Kabinettpolitik, die frei vom Nationalismus moderner Prägung eine Arrondierung ihres Territoriums nach außen betrieb und die Untertanen unabhängig von ihrer Nationalität den Prinzipien des Etatismus und Kameralismus unterwarf.

Im folgenden schildert der Vf. die Verhältnisse des preußischen Elementarschulwesens in Masuren am Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wofür nach seiner Ansicht der Wandel Preußens vom „Staat der Kasernen“ zum „Staat der Kasernen und Schulen“ das entscheidende Kriterium war. Ein wichtiger Anstoß für den Beginn der Germanisierung sei die Laisierung des Schulwesens gewesen, die den Primat des Staates gegenüber der bis dahin dominierenden Kirche begründet habe. Im Lebenslauf des 1810 in Johannsburg geborenen Gustav Gisevius – er starb 1848 in Osterode – und im Inhalt von dessen Hauptwerk „Die polnische Sprachfrage in Preußen“ versucht er, die historische Lage zu analysieren und die Beziehungen des Autors zur damaligen gesellschaftlichen Realität aufzuzeigen. Nach M. waren die Kontakte von Gisevius zu dem in Danzig wirkenden Christoph Coelestin Mrongovius bestimmend für seine publizistische Tätigkeit, hatte er doch 1842 König Friedrich Wilhelm IV. dessen Protestnote gegen die „brutale Germanisierungsaktion des Schulwesens“ überreicht. Dem Vf. ist zuzustimmen, daß die 1845 von Gisevius veröffentlichte Sammlung von Dokumenten und Presseartikeln kein Ergebnis wissenschaftlicher, sondern vielmehr publizistisch-wissenschaftlicher Tätigkeit gewesen ist. Insgesamt werden 54 darin enthaltene Verordnungen preußischer Schul- und Kirchenbehörden, am häufigsten solche der königlichen Regierung zu Königsberg, mit ihren bibliographischen Angaben und andere Quellen zum Schulwesen im südlichen Ostpreußen nachgewiesen. Der von der preußischen Administration verwendete Begriff „polnisch“ für „masurisch“ kann jedoch nicht als Indiz für die nationale Gleichsetzung von Masuren und Polen gelten, weil das Masurische auf einer älteren polnischen Dialektform stehen blieb und die Entwicklung zum Hochpolnischen nicht mehr vollzog. Bei den Masuren handelt es sich um eine Mischbevölkerung, die aus der Verschmelzung eingewanderter Masowier mit deutschen Kolonisten und autochthonen Prußen hervorgegangen ist. Auch die von M. verwendete Formulierung „brutale Germanisierung“ wird der Wirklichkeit nicht gerecht, weil in Masuren ein vielschichtiger Assimilierungsprozeß der Bevölkerung zum Deutschtum hin erfolgte, der sich auf den ökonomischen, administrativen und kulturell-konfessionellen Bereich erstreckte. Der vom Vf. wiederholt erwähnte Oberpräsident Theodor von Schön suchte weniger durch Verbote als durch Zugeständnisse in der Sprachenpolitik die Integration der nationalen Minderheiten in den preußischen Staat zu fördern. Mit dem von ihm oft ge-

brauchten Begriff „germanisieren“ verband er die vollständige kulturelle und soziale Assimilierung der nichtdeutschen Bevölkerung. Durch eine von oben verordnete Kulturpolitik suchte er die unteren Schichten für seine Staatsidee zu gewinnen, wobei ihm der Gedanke fremd war, daß er durch seine kulturpolitischen Maßnahmen gerade das Gegenteil von dem erreichte, was er eigentlich wollte, nämlich die Förderung des nationalen Bewußtseins des preußischen Polentums.

Diskussionsbedürftig ist M.s These, Gisevius habe trotz der Ersetzung des Wortes „Nationalität“ durch „Sprachfrage“ in der Ausgabe von 1845 die masurische Angelegenheit als Element der polnischen Frage in ganz Preußen betrachtet. Dafür führt er als Beleg die Einbeziehung der Sorben und Tschechen in ein allgemeinslawisches Interessenbündnis gegen die drohende Germanisierung an, was weder für die Sorben noch für die Masuren, die kaum über intellektuelle Schichten verfügten, zutrifft. Daß Gisevius in seinem Kampf gegen die Germanisierung von evangelischen Geistlichen, u. a. Superintendenten, unterstützt worden sei, ist gleichfalls nicht nachvollziehbar, weil gerade die evangelische Kirche den größten Anteil an der Eindeutschung der Masuren hatte. Nicht überzeugend ist die Behauptung, Gisevius habe viele Aspekte der preußischen Germanisierungspolitik falsch betont, was eine Folge seiner politischen Situation gewesen sei. In Wirklichkeit stand dieser den Ideen der polnischen Nationalbewegung fern, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts den Gedanken eines „ethnographischen Polen“ propagierte und dabei ihr Augenmerk auf Gebiete richtete, die niemals zur Adelsrepublik gehört hatten. Das Scheitern der Aktion des Warschauer evangelischen Superintendenten Julius Bursche, die seit der Reformation evangelisch gebliebenen Masuren für das Polentum zu gewinnen, ist ein weiterer Beweis für die unüberbrückbare Kluft zwischen beiden Bereichen, die bis zur Vertreibung der Masuren aus ihrer südostpreußischen Heimat 1945 bestand.

M.s Feststellung, die Masuren hätten in „rachitischen Ortschaften“ in Armut gelebt, läßt sich in dieser Generalisierung nicht aufrechterhalten. So berichtete die Königsberger Provinzialsteuerdirektion im März 1833 von einer positiven Wandlung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung in den südlichen Grenzkreisen, der auf die Folgen des polnischen Novemberaufstandes zurückzuführen sei. Es habe bisher nur die Gelegenheit gefehlt, um an den Masuren die Erfahrung zu machen, daß sie die Gunst der Konjunkturen erkennen und für ihre Wirtschaft auszunutzen verstünden.

Dem Fazit des Autors, von einer Eskalation der Germanisierungstendenzen im masurischen Schulwesen könne man schon in der Zeitspanne nach den Napoleonischen Kriegen (1815–1830) sprechen, kann sich der Rezensent nicht anschließen. Die Förderung der deutschen Sprache im ländlichen Elementarschulwesen darf nicht gleichgesetzt werden mit der von einem ungehemmten preußischen Nationalismus – den es in Wirklichkeit nicht gab – erzwungenen Eindeutschung einer zu einer anderen Nationalität gehörenden Bevölkerung.

Das Buch wird ergänzt durch mehrere Annexe wie das Schulregister in Masuren am Anfang des 19. Jahrhunderts, Übersichten über die Kenntnis und Verbreitung der deutschen Sprache unter den Geistlichen, Lehrern und Bewohnern Masurens im Jahr 1833 sowie Biogramme der in der Giseviuschen Publikation „Die polnische Sprachfrage“ erwähnten Personen. *Stefan Hartmann*

Richard Blanke: Polish-speaking Germans? Language and National Identity among the Masurians since 1871 (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, Band 24). Köln, Weimar, Wien, Böhlau, 2001, 372 S., zahlr. Ktn. u. Tab.

Im Mittelpunkt der Studie Richard Blankes steht die Frage nach Sprache und nationaler Identität der Masuren, einer Ethnie im südlichen Ostpreußen, deren Sprache auf einer älteren polnischen Dialektform stehen blieb und die Entwicklung zum Hochpolnischen nicht mehr vollzog und die sich zunehmend mit dem preußisch-deutschen Staat identifizierte. Für Richard Blanke ist das insofern ein Phänomen, als im 19. und 20. Jahrhundert das östliche Mitteleuropa von einem Nationalismus des ethno-linguistischen Typs dominiert wurde und nationale Konfrontationen zur Tagesordnung gehörten. Der Vf. skizziert die masurische Frage als neuralgischen

Punkt zwischen der deutschen und polnischen Historiographie, der kaum überbrückt werden konnte. Ihm ist zuzustimmen, wenn er den polnischen Charakter der Studien über Masuren nach 1960 betont. Sie waren vor allem beherrscht von den zahlreichen Arbeiten Wojciech Wrzesinski und seiner Schüler, die die Gleichsetzung von Polen und Masuren betonten und die engen mentalen, kulturellen und wirtschaftlichen Bindungen der letzteren an das Deutschtum ausblendeten. B. sieht das Problem der nationalen Identität der Masuren im Spannungsfeld zwischen politisch-subjektiven und ethnisch-objektiven Faktoren. Die ersteren sind eher charakteristisch für die älteren Nationen Westeuropas, während die enge Verknüpfung zwischen Nation, Ethnie und Sprache im ostmitteleuropäischen Raum vorherrscht. Diskussionsbedürftig ist die These, wieweit diese Nationbegriffe wirklich auf die Masuren angewendet werden können, weil diese von einem eigenen nationalen Bewußtsein weit entfernt waren und somit um so leichter vom Prozeß der preußisch-deutschen Assimilierung ergriffen wurden. Von einer „freiwilligen“ oder „zwangsweisen“ Germanisierung – Termini, die sich in der polnischen Historiographie immer wieder finden – kann nicht gesprochen werden, weil die preußische Politik ihre Maßnahmen nicht auf dem Weg der Unterdrückung betrieb, sondern durch die Reform des ländlichen Schulwesens und der nicht mehr zeitgemäßen wirtschaftlichen Verhältnisse die Masuren zunehmend integrierte. Die Festigung ihrer staats- und königstreuen Gesinnung war auch ein Ergebnis des Engagements der evangelischen Kirche und Geistlichkeit und vor allem der Initiativen privater Kreise, die höher als beispielsweise der in seinen finanziellen Mitteln begrenzte staatliche Deutschtumsfonds gewertet werden müssen. Leider geht B. nicht ausführlicher auf diese wichtigen Gesichtspunkte ein. Die für die „masurische Frage“ des 19. und 20. Jahrhunderts wichtige Vorgeschichte referiert er nur knapp, wobei er von der polnischen und nicht der masurischen Sprache der Masse der ländlichen Einwohner im südlichen Ostpreußen spricht. Daß die preußische Administration in den auf der Muttersprache und Konfession beruhenden Statistiken des 19. Jahrhunderts die Masuren sprachlich zu den Polen rechnete, dürfte ein weiteres Indiz für ihren emotionslosen Umgang mit dieser Minderheit sein. Erst in der Volkszählung von 1910 wurde klar zwischen Polnisch- und Masurischsprechenden unterschieden. Ganz anders war es mit der polnischen Nationalbewegung bestellt, die im Zuge der Schaffung eines ethnographischen Polen, das noch über die Grenzen der alten Adelsrepublik von 1772 hinausgehen sollte, den Besitz des südlichen Ostpreußen und noch weiter den Zugang zum Meer anstrebte. Diese Standpunkte bestimmten auch die Politik der Zweiten Polnischen Republik nach 1919, die den Versailler Vertrag als unzureichend für die eigenen Erwartungen verwarf und nach dem Scheitern im Plebiszit von 1920 weiterhin an diesen Zielen festhielt. Die hier sichtbare Kontinuität der polnischen Politik zeigte sich auch während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, indem man die Erfahrungen aus den Volksabstimmungskämpfen als Argumente für die polnischen Ansprüche auf Ostpreußen benutzte.

Insgesamt gesehen bereichert die faktenreiche und sich an den Quellen orientierende Arbeit von B. unsere Kenntnisse über ein heute nicht mehr existierendes Volk. Zu Recht spricht er von der mangelnden Entwicklung einer masurischen Intelligenz. Unter den Repräsentanten einer „masurischen Renaissance“ im 19. Jahrhundert war nur Wojciech Kętrzyński, der ursprünglich Johann Winkler hieß und zum Polentum übergetreten war, ein polnischer Nationalist im politischen Sinn, ohne sich jemals als „Masure“ bezeichnet zu haben. Seine Veröffentlichungen führten zur Aufnahme der „masurischen Frage“ in das Programm der nationalpolnischen Bewegung. Im folgenden skizziert B. deren Vorgehen in Masuren, wobei insbesondere die polnischsprachige Presse mit zumeist aus anderen Regionen wie Posen und Westpreußen stammenden nationalpolnischen Redakteuren eine Rolle spielte. Eine Ausnahme stellte der aus dem Raum Goldap kommende Marcin Gerss dar, der mit seinem „Masurischen Kalender“ die Eigenständigkeit von Sprache und Kultur der Masuren erhalten wollte und auf die Schwierigkeiten hinwies, aus ihnen Polen zu machen. Zur Plattform der nationaldemokratischen Agitation in Masuren wurde die von 1896–1902 in Lyck erscheinende „Gazeta Ludowa“, die gemäß dem Konzept Roman Dmowskis und den Ideen des protestantischen Warschauer Bischofs Julius Bursche durch offensive propagandistische Aktionen die evangelischen Masuren für die polnische Nation gewinnen wollten. Bei den vom Vf. geschilderten polnischen Güteraufkäufen in Masuren macht sich die zu knappe Berück-

sichtigung der dazu in der Überlieferung des Königsberger Oberpräsidiums (GStA PK, XX. HA Rep. 2 Oberpräsidium Königsberg) vorhandenen Quellen insofern nachteilig bemerkbar, als keine genauen Hinweise auf das operative Vorgehen der zumeist von polnischen Banken, u. a. in Löbau, finanzierten Aufkäufer gemacht werden. Hilfreich wäre hier ein Bezug auf den 32 Seiten umfassenden Bericht der Regierungsräte Schmieder und Friedrich vom 21. August 1906 gewesen, der die wichtigsten Einbruchstellen, an erster Stelle die Ortschaften Marienfelde (Kr. Osterode) und Groß Koschlau (Kr. Neidenburg), bezeichnet.

In der Schilderung des Plebiszits von 1920 und seiner Vorgeschichte macht B. die unterschiedlichen deutschen und polnischen Standpunkte deutlich, wobei er sich bei den letzteren häufig auf Wrzesinski beruft. Dem Vf. ist zuzustimmen, daß mehr als alle äußeren Faktoren wie die Bedrohung der jungen polnischen Republik durch die Rote Armee das Unvermögen, den preußischen Masuren, der deutsch dachte, für das Polentum zu gewinnen – B. spricht hier vom Scheitern des nationalpolnischen Programms ethnisch-objektiver Prägung – zur vernichtenden Niederlage der polnischen Seite beitrug. Wieweit die Definition des Begriffs „Polen“ im deutsch-polnischen Teilungsvertrag von Oberschlesien am 15. Mai 1922 als eines Volkes, das durch sein Verhalten seine Zugehörigkeit zur polnischen Nation demonstriert hat, als Signal eines offiziellen Rückzuges vom ethno-linguistischen Konzept gewertet werden kann, ist diskussionsbedürftig. In der polnischen Masurenpolitik ist jedenfalls hinsichtlich ihrer Ziele auch nach dieser Zeit eine ungebrochene Kontinuität zu erkennen. Dafür ist die Situation im Soldau-Distrikt ein Indiz, wo die Warschauer Regierung die Masuren unabhängig von ihrer politischen Einstellung als Polen ansah.

Weitere Schwerpunkte des informativen Buches sind die Skizzierung der preußisch-deutschen Masurenpolitik in der Weimarer Zeit mit der fortschreitenden Assimilierung der masurischen Bevölkerung im südlichen Ostpreußen und ihren durch die Migration nach Westen veränderten Strukturen, das Aufzeigen der Gründe für die überwältigenden Erfolge der NSDAP 1932 (ländliche, protestantische Grenzbevölkerung in schwieriger wirtschaftlicher Lage) und die Sympathie der Masuren für die größere „deutsche Volksgemeinschaft“, die sie nach ihrem Verständnis als gleichberechtigte Mitglieder betrachtete – die weitgehend traditionell argumentierende polnische Propaganda mußte demgegenüber wirkungslos verhallen –, die Verhältnisse im Zweiten Weltkrieg, in dem die Masuren anders als andere Nationalitäten von staatlichen Sanktionen verschont blieben, und ihre Lage nach 1945 unter polnischer Herrschaft. Daß die meisten von ihnen die Heimat verließen, ist für B. der ultimative Test ihrer Identifikation mit Deutschland. Nur die für Polen Optierenden konnten zurückbleiben, wobei sie als „ethnische Autochthonen“ bezeichnet wurden und im Umfeld der aus den ostpolnischen Gebieten repatriierten Immigranten weitgehend der Polonisierung unterlagen. Da auch die nach Deutschland geflüchteten Masuren rasch ihre Identität verloren, ist die Geschichte dieses von Max Worgitzki als „Zwischenschicht“ bezeichneten Volkes zum Abschluß gekommen. Sein Name haftet nur noch an der Landschaft und an einer Bevölkerung von wenigen tausend Individuen, die nach B. sich eher als Deutsche denn als Masuren verstehen, wenn sie auch einen polnischen Dialekt sprechen. Für ihn macht die Geschichte der Masuren deutlich, daß die Annahme, nationale oder andere Theorien könnten die realen Gefühle eines Volkes verdrängen, illusorisch ist.

Stefan Hartmann

Dzieje Kartuz [Geschichte von Karthaus], hrsg. von *Gmina Kartuzy*. Bd. 2. Kartuzy, Remus, 2001, 449 S., zahlr. Abb. i. T.

Der hier vorliegende zweite Band der von polnischen Autoren bearbeiteten Geschichte von Karthaus, dem Hauptort der Kaschubei, erfaßt die Zeit von 1920 bis 1989, d. h. vom Versailler Vertrag und dem damit verbundenen Übergang des Ortes an Polen bis zur Wende. Dabei handelt es sich weniger um eine wissenschaftliche Abhandlung als um eine Gemeindechronik, die die wichtigsten Ereignisse der Karthäuser Geschichte vorstellt und kommentiert. Verdienstvoll ist, daß trotz des chronikalischen Charakters der Publikation archivalische Quellen aus den Staatsarchiven Danzig und Bromberg sowie im breiten Ausmaß Presseberichte herangezogen worden

sind. Daß weitaus mehr polnische als deutsche Veröffentlichungen ausgewertet wurden, hängt mit dem behandelten Zeitraum zusammen, in dem Karthaus, sieht man einmal von den Jahren des Zweiten Weltkrieges ab, zu Polen gehörte. Wegen des fragmentarisch überlieferten Aktenbestandes der Stadt Karthaus können viele Fragen allein auf der Grundlage des gesamten Karthäuser Kreisgebiets behandelt werden. Alle vier Beiträger des Bandes haben sich in ihren Arbeiten mit Pommerellen und vor allem der Kaschubei beschäftigt.

Zunächst schildert Mieczyslaw Widernik die politische, Verwaltungs- und Bevölkerungsgeschichte von Karthaus in den Jahren der Zweiten Polnischen Republik. Der Leser erhält hier Informationen über die geographische und wirtschaftliche Lage der Stadt und des zugehörigen Kreises, der zu den ärmsten der Woiwodschaft Pomorze – gemeint ist damit das polnische Korridorgebiet – gehörte. Bis zum 1. Juni 1926 verließen 1464 deutsche Optanten das Kreisgebiet, wobei der Höhepunkt der Abwanderung wie in anderen Teilen der an Polen abgetretenen Gebiete um 1920/21 lag. Aufschlußreich ist der Hinweis, daß der deutsche Bevölkerungsanteil im Kreis Karthaus niedriger als in anderen Kreisen der Woiwodschaft war. Die deutsche Minderheit sei aber gut organisiert gewesen und habe enge Kontakte zur benachbarten Freien Stadt Danzig unterhalten. Wie in anderen Teilen des wiedererstandenen Polens war auch in Karthaus der Aufbau einer neuen Verwaltung von zahlreichen Schwierigkeiten begleitet. In vielem, so auch in der Funktion des an die Stelle des Landrats getretenen Starosten und im provisorischen Kreisrat, der an die früheren Selbstverwaltungskörperschaften anknüpfte, lehnte man sich an die Einrichtungen der ehemaligen preußischen Administration an. In Warschau hatte man ein eigenes Ministerium für das preußische Teilungsgebiet geschaffen, das weitgehend nach preußischem Muster Kreistage und Stadträte einführte und die Polizei- und innere Verwaltung organisierte. Im März 1923 erhielt Karthaus das Stadtrecht mit einem schwarzen Greifen im Wappen, was auf Grundlage der preußischen Städteordnung von 1853 erfolgte. Die Mitglieder des Magistrats wurden für eine zwölfjährige Amtszeit von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Erster Bürgermeister war der aus Thorn stammende Walerian Kubasik, der wie alle anderen Magistratsmitglieder der polnischen Nationalität angehörte. Leider fehlt der Hinweis, woher die polnischen Zuwanderer kamen, deren große Zahl die Karthäuser Bevölkerung trotz der drastischen Abwanderung der Deutschen um 1930 auf fast 5000 ansteigen ließ. Daneben entwickelte sich Karthaus zu einer der größten jüdischen Gemeinden im Korridorgebiet. Geht man einmal von den Namen der jüdischen Repräsentanten aus, zeigt sich auch hier eine enge Beziehung zum deutschen Kulturkreis. Wichtige Erwerbszweige der Bevölkerung waren die Landwirtschaft und der Tourismus. Handel und Gewerbe beruhten auf zahlreichen Kleinbetrieben, während größere Unternehmen fehlten. Ein Unruhefaktor im politischen Leben von Karthaus war der vom deutsch-polnischen Antagonismus und der Bindung an die katholische Kirche bestimmte nationale Volksbund, der vom Kleinbürgertum und der Geistlichkeit getragen wurde. Er propagierte die nationale Eigenständigkeit Pommerellens und widersetzte sich damit den Zielen der Warschauer Regierung, die eine schnelle Umwandlung der ehemaligen drei Teilungsgebiete in einen einheitlichen wirtschaftlichen und politischen Organismus anstrebte. Sie antwortete mit der Entsendung von Amtsträgern aus dem Innern Polens, besonders aus Galizien, in die Region, wodurch die Gegensätze verstärkt wurden. Überhaupt blieb die Kaschubei wie das übrige Korridorgebiet ein neuralgischer Punkt, der – bedingt durch die zunehmende deutsch-polnische Konfrontation und die Nähe zur Freien Stadt Danzig – eine innere Konsolidierung erschwerte.

In dem der Bildung und Kultur von Karthaus gewidmeten Beitrag von Rajmund Kupper hebt dieser als größtes Problem des Karthäuser Schulwesens den Mangel an polnischen Lehrkräften hervor. So mußten in den ersten Jahren nach der polnischen Herrschaftsübernahme schlecht qualifizierte Lehrer aus anderen Teilen des Landes nach Karthaus berufen werden, deren Tätigkeit durch eine ungenügende Schulgesetzgebung und fehlende finanzielle Mittel erschwert wurden. Die 1922 errichtete Fortbildungsschule für die Bereiche Handwerk, Handel und Dienstleistungen stellte hier nur einen bescheidenen Fortschritt dar, weil sie selbst mit Schwierigkeiten kämpfen mußte. Erst 1929 konnte in der Stadt das zum Prestigeobjekt gewordene Gymnasium eröffnet werden, in dem man aber nur die „kleine Matura“ erwerben konnte, die bis 1939/94 Schüler erhielten. Wie andernorts in Polen kam es auch in Karthaus zur Gründung der Schülervereinigung „Sokol“ (d. h.

Falken), die neben gesellschaftlicher und sportlicher auch politische Aktivität im nationalpolnischen Sinn betrieb. Ein weiteres Problem der Edukation jener Zeit war die unzureichende Beherrschung der polnischen Sprache, vor allem in schriftlicher Form, bei vielen Erwachsenen, womit in der Regel die Kaschuben gemeint waren. Die Bemühungen Warschaws, durch Theater und Radio Kultur nach Pommerellen zu bringen, wurden jedoch erheblich durch den „kaschubischen Regionalismus“ erschwert. Karthaus festigte seine Rolle als „kulturelle Hauptstadt“ der Kaschubei durch den Ausbau seiner mit dem Volksleseverein verbundenen Bibliothek, das Kaschubische Museum und als Verlagsort der „Gazeta Kartuska“, die seit ihrer Gründung am 3. Oktober 1922 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in ununterbrochener Folge erschien. Dieses Presseorgan hatte nationalen und katholischen Charakter und stand der politischen Rechten der *Endecja* nahe, was in der Frontstellung gegen den „deutschen Revisionismus“ seinen Ausdruck fand.

In dem von Bolesław Hajduk bearbeiteten Kapitel über „Stadt und Kreis Karthaus in den Jahren 1939–1945“ werden die dortigen Verhältnisse zur Zeit der deutschen Okkupation geschildert. Nach der Besetzung der Stadt durch deutsche Truppen am 4. September 1939 kam es zu zahlreichen organisatorischen und administrativen Veränderungen. Karthaus wurde mit dem zugehörigen Kreis in den neugeschaffenen Reichsgau Danzig-Westpreußen eingegliedert, an dessen Spitze Albert Forster stand. Chef der Verwaltung im Karthäuser Kreisgebiet wurde der über umfassende Vollmachten verfügende Herbert Busch, der die NS-Dekrete wie die Unterteilung des Kreises in 13 Amtsbezirke und 121 Gemeinden – die Stadt Karthaus bildete einen eigenen Amtsbezirk – in die Tat umsetzte. Hier wie andernorts kam es zu Gewalttaten gegenüber der Zivilbevölkerung wie der Ermordung und Vertreibung vieler Polen. Nach Hajduks Angaben fielen allein im Herbst 1939 230 Personen dem Terror zum Opfer. 1941 wurden 303 Personen aus völkischen oder rassistischen Gründen aus dem Kreisgebiet in das Generalgouvernement umgesiedelt. Ihren Platz nahmen aus Bessarabien, Litauen, Lettland und Estland umgesiedelte Deutsche ein. Die einzige Chance für die Polen, ihr beschlagnahmtes Gut zurückzuerhalten, war ihre Aufnahme in die Volksliste 2. Aufschlußreich sind die Hinweise über die Rolle von Karthaus in den Planungen der polnischen Untergrundarmee, deren stärkste regionale Organisation den Namen „kaschubischer Greif“ führte. Des weiteren wird erhellet, in welchem Maß die Wirtschaft und die Finanzen von Karthaus unter das Diktat der Okkupanten gerieten. So wurden dort Filialen deutscher Banken eröffnet, die schon vor 1920 in Karthaus ansässig gewesen waren. Die Verwaltung des beschlagnahmten polnischen Vermögens wurde deutschen Kommissaren übertragen. Zahlreiche Tabellen, u. a. über die Zahl der Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, die schulischen Verhältnisse – die meisten deutschen Lehrer kamen aus dem Reich und dem Gebiet der früheren Freien Stadt Danzig –, das staatlicher Kontrolle unterworfenen kirchlichen Leben und die Beschlagnahme von Kulturgut, tragen zur Veranschaulichung dieser bedrückenden Jahre bei.

Die Karthäuser Geschichte zur Zeit Volkspolens, d. h. bis 1989, behandelt Eugeniusz Koko. Schon am 30. März 1945 wurden Stadt und Kreis der neu geschaffenen Woiwodschaft Danzig zugeordnet. Eine Restitution der alten Karthäuser Lokalbehörden und die Wiederbelebung der „kaschubischen Bewegung“ konnten unter kommunistischer Herrschaft nicht gelingen. Obwohl die Planwirtschaft nicht vollständig verwirklicht werden konnte, blieb die wirtschaftliche Lage der überwiegend im agrarischen Bereich tätigen Bevölkerung angespannt. Auch im Kreis Karthaus kam es zur Vertreibung der Deutschen, deren Zahl vom November 1945 bis Juli 1947 von 4064 auf 752 sank. Die wichtigsten Probleme der Nachkriegszeit waren der Wiederaufbau des Schulwesens und der Wirtschaft – der Kreis Karthaus gehörte zu den am wenigsten industrialisierten Gebieten in der Woiwodschaft Danzig –, die Behebung der notorischen Versorgungsmängel, die Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse – die 1953 ausgebrochene Tuberkulose war ein gesellschaftliches Problem – sowie die Förderung von Bildung, Kultur und Sport.

Den informativen und erfreulich sachlich gehaltenen Band beschließt ein von Piotr Szubarczyk zusammengestelltes Kalendarium, das die wichtigsten Ereignisse der Geschichte von Karthaus aus den Jahren 1989–2000 enthält. Erwähnenswert ist, daß Karthaus durch das Statut vom 14. August 1990 zur größten Stadt-Landgemeinde in der Woiwodschaft Danzig geworden ist.

Stefan Hartmann

Hermann Rauschnig: Materialien und Beiträge zu einer politischen Biographie. Herausgegeben von Jürgen Hensel und Pia Nordblom. Oficyna Wydawnicza VOLUMEN, Warszawa 2001, 184 S., 19 Abb.

Blickt man in die wissenschaftliche Literatur, so ist das Ergebnis insgesamt bisher wenig befriedigend, wenn man sich mehr über Hermann Rauschnig informieren will. Es fehlt leider sowohl in Deutschland als auch in Polen eine moderne Biographie über den Autor der „Gespräche mit Hitler“. Die Bücher von Theodor Schieder und Wolfgang Hänel sowie Artikel u. a. von Sławomir Łozowski, Wojciech Kotowski und mir sind nicht geeignet, auf alle Fragen eine Antwort zu geben. Aus diesem Grunde ist es begrüßenswert, daß dank der Initiative von Jürgen Hensel und Pia Nordblom verschiedene Aspekte der Tätigkeit Rauschnings umfassender ausgeleuchtet werden.

Zuerst soll hier in aller Kürze an den Lebenslauf Hermann Rauschnings erinnert werden. Er wurde 1887 in Thorn in einer Offiziersfamilie geboren. Wie sein Vater wollte Rauschnig Berufs-offizier werden, aber infolge gesundheitlicher Probleme mußte er die Kadettenausbildung in Potsdam und Groß Lichterfelde abbrechen. In den Jahren 1906–1911 studierte er in München und Berlin, wo er seine Dissertation über Musik im alten Danzig schrieb; die Arbeit wurde fast zwanzig Jahre später als Buch herausgegeben, und bis heute ist sie in den Kreisen der Danziger Musikforscher hoch geschätzt. Wie tausend und aber tausend Altersgenossen nahm Rauschnig am Ersten Weltkrieg teil. Nach 1918 blieb er in Polen und wurde in Posen Herausgeber der „Deutschen Blätter in Polen“. 1930 erschien sein Buch „Die Entdeutschung Westpreußens und Posens“, das sowohl in Deutschland als auch in Polen großes Aufsehen erregte. Schon vier Jahre früher war er in die Freie Stadt Danzig umgesiedelt, wo er ein Landgut kaufte. Nach den Volkstagswahlen vom 28. Mai 1933 wurde er der erste nationalsozialistische Senatspräsident. Im November des nächsten Jahres mußte Rauschnig, der kein typisches NSDAP-Parteimitglied war, seinen Posten verlassen. Dann distanzierte er sich vom Nationalsozialismus und ging ins Exil. Anfänglich blieb er mit seiner Familie in Thorn, dann fuhr er in die Schweiz, nach Frankreich und Großbritannien. Schon während seines Aufenthaltes in Polen hat Rauschnig sein meiner Meinung nach bestes Buch „Die Revolution des Nihilismus“ veröffentlicht. 1940 erschien in Zürich sein weltberühmtes Buch „Gespräche mit Hitler“. Im folgenden Jahr emigrierte Rauschnig in die USA. Nach 1945 versuchte er weiterhin politisch aktiv zu sein, aber seine Bücher und Vorträge fanden bei den Deutschen keine erwähnenswerte Resonanz. 1982 starb dieser begabte Politiker und politische Schriftsteller in Portland.

Dieser Sammelband enthält insgesamt acht nicht ganz einheitliche Beiträge deutscher und polnischer Historiker. Eingeleitet wird das Buch durch einen ausführlichen Überblick über den langen Lebensweg Rauschnings. Es ist Jürgen Hensel und Pia Nordblom gelungen, neues Quellenmaterial aufzuspüren. Im Mittelpunkt des nächsten Abschnittes steht die Aktivität Rauschnings auf musikwissenschaftlichem Gebiet. Dank Karla Neschke erhalten wir einige diese Frage betreffenden Quellen. Dariusz Matelski widmet seinen interessanten Aufsatz der Tätigkeit Rauschnings in den Jahren 1920–1926 in Posen. Anschaulich und überschaubar ist der Beitrag von Grzegorz Berendt über die Haltung Rauschnings zur Judenfrage. Etwas zu lang und präventiv erscheint der Beitrag von Anton Carly. Der Verfasser befaßt sich mit dem Nihilismus-Begriff in der „Revolution des Nihilismus“, und sein Beitrag bringt in der Tat im Gegensatz zu anderen Autoren wenig Neues. Wolfgang Ender behandelt dagegen in seiner wissenschaftlich exakt fundierten Studie „Rauschnings Kritik des Nationalsozialismus – typisch für das deutsche Bürgertum?“ Kernstück der Arbeit ist die Darstellung von Jürgen Hensel, der mit großer Sorgfalt und auf Grund neuer Quellen versucht, die politische und publizistische Tätigkeit Rauschning vom Juli 1935 bis Mai 1940 näher zu bringen. Ein weiteres zentrales Gewicht legt die Arbeit auf die Frage der Glaubwürdigkeit der „Gespräche mit Hitler“. Die Verfasserin dieses Beitrages, Pia Nordblom, nutzte u. a. Quellen, die in Moskau aufbewahrt sind. Zweifellos bringt sie wertvolle Informationen, aber anzumerken ist, daß ihr Bild Rauschning mir zu wenig kritisch zu sein scheint. Wir bekommen keine Antwort auf die Frage, warum er eine Zeitlang Anhänger des Nationalsozialismus war.

Es ist hier nicht der Platz, um auf alle Kapitel näher einzugehen, doch auf eine kontroverse Frage sei kurz verwiesen. Jürgen Hensel und Pia Nordblom schreiben in der Einführung über die Entstehungsgeschichte des besprochenen Buches: „Die Kontroverse (über Rauschning während der deutsch-polnischen Tagung in Danzig im Juni 1995 – M. A.) führte zur Gründung eines deutsch-polnischen Arbeitskreises am Deutschen Historischen Institut Warschau, der sich zunächst zum Ziel setzte, das vorherrschend abfällige Rauschning-Bild, wie es vor allem Fritz Tobias, Wolfgang Hänel und Eckhard Jesse geprägt haben, zu hinterfragen“ (S. 8). Den Autoren kann nicht gefolgt werden, wenn sie Versuche machen, Rauschning in ein anderes Licht als die oben genannten Historiker zu stellen. Das kritische Urteil vieler Historiker war nicht aus der Luft gegriffen. An dieser Stelle kann lediglich darauf hingewiesen werden, daß Rauschning gezwungen war, vom Posten des Danziger Senatspräsidenten zurückzutreten. Noch im Herbst 1934 versuchte er vergeblich, im Streit mit Albert Forster die Unterstützung des Führers zu erhalten. In der Tat saß der Danziger Gauleiter aber fest im Sattel und konnte sich auf den Rückhalt Hitlers verlassen. Schon diese Tatsache spricht Bände. Im Lichte der heute zugänglichen Quellen steht für mich außer Zweifel, daß Rauschning trotz verschiedener Einwände noch im November 1934 seine politische Zukunft an der NSDAP band. Eine weitere wichtige Frage könnte in dem Zusammenhang sein: Warum waren die meisten deutschsprachigen Emigranten und die britischen und polnischen Diplomaten gegenüber Rauschning sehr skeptisch? Man wird auch hier fragen: Warum erkannte Rauschning so spät die Schwäche seiner politischen Stellung in Danzig? Dem Leser bleibt es überlassen, auch das Rätsel zu lösen, wie Rauschning, der relativ spät Mitglied der NSDAP wurde (1932 oder 1931), imstande war, in so kurzer Zeit an die Spitze der braunen Regierung in der Freien Stadt Danzig vorzudringen.

Bei dieser Gelegenheit seien einige Worte über die Schriftenreihe „Brostiana“ geäußert: Das Buch über Rauschning ist schon der sechste Band, der dank der Erich-Brost-Stiftung herausgegeben wurde. Der Name „Brostiana“ stammt von Erich Brost (1903–1995), dem Danziger Redakteur und Volkstagsabgeordneten, der die Jahre 1936–1945 im Exil, zuerst in Polen, dann in Schweden, Finnland und Großbritannien, verbrachte. Gerade Brost war im Gegensatz zu Rauschning kein politischer Opportunist. Dieser Sachverhalt darf nicht unbeachtet bleiben, wenn man Rauschning als einen NS-Gegner zu betrachten versucht.

Das Persönlichkeitsbild des Hermann Rauschning ist zweifellos durch die vorliegende Arbeit deutlicher und umfassender geworden. Die Stärken des Buches sind die weite Perspektive und die Berücksichtigung verschiedener Aspekte seiner Tätigkeit. Gleichzeitig muß man aber betonen, daß das vorliegende Werk kein geschlossenes Bild von Rauschning bietet. Man würde übrigens irren, wenn man glaubte, daß es schon jetzt möglich wäre, eine umfassende Biographie des Autors der „Revolution des Nihilismus“ zu verfassen. Die Quellen sind sehr verstreut, und wir sind darum noch davon entfernt, eine vielseitige Rauschning-Biographie zu schreiben. Es wäre sehr erfreulich und wünschenswert, wenn weitere Arbeiten über Rauschning von deutschen und polnischen Historikern in den nächsten Jahren publiziert werden könnten. *Marek Andrzejewski*

Kommissionsverlag: Elwert'sche Universitäts- und Verlagsbuchhandlung
Reitgasse 7/9, 35037 Marburg (Lahn)

Manuskripteinsendungen sind zu richten an:

Dr. Dieter Heckmann, Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, Archivstraße 12–14, 14195 Berlin, oder
Dr. Klaus Neimann, Brandenburgisches Landeshauptarchiv, An der Orangerie 3, 14469 Potsdam

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in
HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE.

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Preussischer Kulturbesitz
und Beihilfe des Herder-Instituts e.V.

Herstellung: Stahlinger Satz GmbH, 35085 Ebsdorfergrund

Preußenland

MITTEILUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION FÜR OST- UND
WESTPREUSSISCHE LANDESFORSCHUNG UND AUS DEN ARCHIVEN
DER STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Jahrgang 42/2004

ISSN 0032-7972

Nr. 2

INHALT

Klaus Miltzer, Migration und Integration. Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung vom 4. bis 6. Juni 2004 in Bochum, S. 33 – *Bernhart Jähnig*, Preußens erstes Provinzialarchiv. Bericht über ein Kolloquium zur Erinnerung an die Gründung des Staatsarchivs Königsberg vor 200 Jahren, S. 36 – *Eberhard Neumann-Redlin von Meding*, Immanuel Kant und der Naturwissenschaftler Karl Gottfried Hagen, S. 40 – *Bernhart Jähnig*, Robert Stupperich, S. 57 – Buchbesprechungen, S. 59.

Migration und Integration

Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische
Landesforschung vom 4. bis 6. Juni 2004 in Bochum

Von Klaus Miltzer

Die Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung des Jahres 2004 fand vom 4.–6. Juni in Bochum statt und stand unter dem Thema „Migration und Integration“. Nachdem Klaus Miltzer einleitend über „Probleme der Migration und Integration im mittelalterlichen Preußenland“ referiert hatte, entwickelte sich eine lebhaft diskutierte Diskussion über die schwierigen Begriffe „Migration“ und „Integration“. Wie sollte man vor allem die „Integration“ fassen? Schwierigkeiten ergaben sich auch hinsichtlich der Migration und der Erfassung der Wanderbewegungen, die es ohne Zweifel gegeben habe, die aber nicht allein aus den Namen zu erschließen seien. Das Thema vertieften die drei folgenden Referate über Probleme der mittelalterlichen Migration und der Integration der Neubürger in Elbing durch Roman Czaja, in Thorn durch Janusz Tandeki und in Königsberg durch Dieter Heckmann. Die drei Referenten betonten, daß die meisten Zuzügler der Oberschicht und der Kaufmannschaft aus dem deutschsprachigen Raum stammten. Handwerker seien zumindest anfangs vorwiegend Deutsche gewesen. Die Herkunft und ethnische Zusammensetzung einer Unterschicht sei dagegen wegen Quellenmangels kaum zu fassen. Außerdem sei mit einem Wandel der Zuwanderung im Laufe des Mittelalters zu rechnen. Während die in die Stadt Zuwandernden, unabhängig davon, welcher

Ethnie sie sich zugehörig fühlten, durch Gilden, Bruderschaften und andere Genossenschaften bald hätten eingebunden werden können, hätten die Ordensbrüder als geistliche Herren außen vor gestanden und einen Fremdkörper gebildet, der in die Gesellschaft des Preußenlands kaum einzugliedern gewesen sei. Dariusz Makilla führte in seinem Referat „Die herrschaftliche und staatliche Unterstützung der Migration und Integration im herzoglichen Preußen“ über das Mittelalter hinaus und leitete über zu dem zweiten Schwerpunkt der Tagung, der im 19. Jahrhundert gesetzt war. Makilla beleuchtete vor allem die herrschaftliche Seite und die Interessen der Landesherrschaft an dem Zuzug von Menschen, der Peuplierungspolitik, wie man das damals auch nannte, erläuterte die staatlichen Rahmenbedingungen und rechtlichen Voraussetzungen.

Zum Thema „Migration und Integration im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert“ leitete der Vortrag von Jochen Oltmer ein. Er verglich die osteuropäische Arbeitsmigration im kaiserlichen Deutschland mit der in der Weimarer Republik, stellte Kontinuitäten und Wandlungen heraus. Die Wanderungspolitik sei durch ein Geflecht von sozial- und arbeitsmarktpolitischen, wirtschafts- und nationalitätenpolitischen wie sicherheits- und außenpolitischen Interessen geprägt gewesen. Besonders interessierten während der Tagung die Bedingungen der polnischen Einwanderung nach Preußen und aus den östlichen Provinzen Preußens in das Ruhrgebiet. Gerade der Migration und Integration der Migranten im Ruhrgebiet wandte sich Stefan Goch zu, der zeigen konnte, daß die Zuwanderer aus dem Osten und anderen Regionen mit den Einheimischen keine eigentlich neue Gesellschaft geschaffen, sondern vielfach getrennt gelebt und gearbeitet hätten. Der Prozeß der Bildung einer eigenen Gesellschaft mit eigenem Selbstbewußtsein sei erst nach dem Ersten Weltkrieg entstanden. Die Zuwanderer hätten zwar schnell ihre eigene, meist ländlich geprägte Identität abgelegt, aber in der neuen Umgebung keine eigene geschaffen und seien bis nach dem Ersten Weltkrieg eher „geschichtsloses Proletariat“ geblieben. Rainer Walz beschäftigte sich mit der Einwanderung der Salzburger in Preußen, beleuchtete die Schwierigkeiten, die sich aus der Differenz zwischen alten mitgebrachten Gewohnheiten und den Forderungen des absolutistischen Staates an die neuen Untertanen ergaben. Trotz aller Schwierigkeiten könne die Ansiedlung der Salzburger in Preußen als gelungen bezeichnet werden. Sie hätten sich als Elite angesehen und von anderen Bevölkerungsgruppen abgeschlossen, aber auch zur Hebung des Bildungsstands in der Landbevölkerung beigetragen. Trude Maurer erörterte die Migration der Juden, denen 1812 das Staatsbürgerrecht und damit die Freizügigkeit verliehen worden war. Viele seien auf das Land gezogen. Daneben habe es eine Abwanderung in die Städte, meist zunächst vom Land in eine Kleinstadt und von dort in eine Metropole, gegeben. Die Einwanderung aus dem Ausland habe dagegen eine geringere Rolle gespielt und sich bis zur Reichsgründung auf grenznahen Zuzug beschränkt. Schließlich legte Lutz Oberdörffer umfangreiches statistisches Material zur Migration nach und von Danzig vor, das infolge der Industrialisierung zahlreiche Menschen angezogen habe. Innerhalb der Stadt habe im statistischen Mittel jeder einmal im Jahr seine Wohnung gewechselt. Außerdem seien die Besserverdienenden gern nach Zoppot gezogen und hätten die Verkehrsmittel zur Arbeit in der Stadt genutzt. Ärmere hätten in Neustadt in ländlicher Umgebung gelebt

und seien mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit nach Danzig gefahren. Danzig sei neben einigen anderen Städten ein Ziel für die Migration im Osten, besonders aus Westpreußen, gewesen.

Die Tagung schloß mit einem Besuch des Bochumer Bergbaumuseums ab, das den Teilnehmern einen Eindruck von den Bedingungen und der Härte der Arbeit in den Gruben und eine Anschauung von den Lebensbedingungen der Migranten vermittelte.

Aus der Mitgliederversammlung 2004 in Bochum

Der Vorsitzende konnte nur 17 ordentliche Mitglieder begrüßen, da nicht alle Mitglieder, die an der Tagung teilgenommen hatten, geblieben waren. Die Versammlung gedachte der verstorbenen Mitglieder Günter Krüger, Robert Stupperich und Klemens Wieser, die Nachrufe sprachen die Herren Jähmig und Arnold.

Aus dem Tätigkeitsbericht: Herr Bürger teilte mit, daß Ende 2004 Redaktionsschluß für Lieferung 2 des Bandes 5 der Altpreußischen Biographie sei. – Herr Sarnowsky berichtete über Fortschritte bei der Texterfassung für das Virtuelle Preußische Urkundenbuch. – Hinsichtlich des Bandes 7 des Preußischen Urkundenbuchs teilte der Direktor des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz brieflich mit, daß berechtigte Aussicht bestehe, die Projektstelle im Herbst 2004 zu besetzen. – Vom Quellen- und Arbeitsbuch „Preußen im Mittelalter“ hat Herr Lückerrath eine elektronische Version der Manuskripte abschließen können bis auf den unvollständigen Beitrag Dolezel, weil Herr Dolezel nach seinem Austritt aus der Kommission zu weiterer Mitarbeit nicht mehr bereit sei. Eine Begutachtung steht noch aus. – Die von den Herren Baranowski und Tannhof bearbeitete Bibliographie für die Erscheinungsjahre 1981–1986 ist wie angekündigt inzwischen erschienen. Von den neueren Jahresbibliographien hat das Herder-Institut nach Ende des Berichtsjahrs den Band für 1997 in 2004 vorlegen können. – Herr Goltz berichtete über die von der finanzierenden Mainzer Akademie ausgelösten Schwierigkeiten beim Abschluß des Preußischen Wörterbuchs. Anfang 2004 erschien Lieferung 9 von Band 1, so daß jetzt die Wortstrecke A-Dieb erfaßt ist, aber immer noch ein Rest bleibt. – In den Einzelschriften der Historischen Kommission sind im Frühjahr 2004 der zweite Fragmenteinventarband von Frau Löffler und das Masurenbuch von Herrn Cammann erschienen. Das letztgenannte Werk ist im Beisein des Vorsitzenden in einer kleinen Feierstunde beim Stellvertretenden Bürgermeister von Bremen vorgestellt worden. – In der Reihe der Tagungsberichte ist der seit langem ausstehende Band 15 „Neue Forschungen zur Geschichte des Preußenlandes, vornehmlich zur neueren Kulturgeschichte“ erschienen und den Mitgliedern als Jahresgabe 2004 zugestellt worden. Band 18 „Die landesgeschichtliche Bedeutung der Königsberger Königskronung von 1701“ ist in die Herstellung gegangen und wird ebenfalls noch 2004 erscheinen. Der Danziger Tagungsband ist für 2005 vorgesehen.

Der Vorsitzende hat aus den Nachlässen der Herren Conrad und Wenskus die Arbeitsmaterialien übernommen, die in das Arbeitsgebiet der Kommission fallen, um diese schrittweise dem Kommissionsarchiv zuzuführen, das als Depositum im Gehei-

men Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz hinterlegt ist. Das ist bisher erst teilweise erfolgt. Sobald dies abgeschlossen sein wird, soll darüber in dieser Zeitschrift berichtet werden.

Turnusmäßig fanden Vorstandswahlen statt. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder kandidierten wieder. Da es keine Gegenvorschläge gab, wurde der Vorstand bei Enthaltung der Betroffenen einstimmig wiedergewählt.

Zu neuen ordentlichen Mitgliedern wurden die Historiker PD Dr. Almut Bues (Warschau), Dr. Andreas Kossert (Warschau) und Dr. Christian Pletzing (Lübeck) sowie die Germanisten Prof. Dr. Freimut Löser (Augsburg) und PD Dr. Arno Mentzel-Reuters (München) berufen, zum neuen korrespondierenden Mitglied der Architekturstoriker Dr. Kazimierz Pospieszny (Marienburg).

Die nächste Mitgliederversammlung und Jahrestagung sollen am 27.–29. Mai 2005 in Göttingen stattfinden, Tagungsthema soll die Königsberger Stadtgeschichte sein. Für 2006 ist vorgesehen, die Tagung in Verbindung mit dem dann 150jährigen Historischen Verein für Ermland in Frauenburg oder Allenstein durchzuführen und der Geschichtsschreibung und Denkmalpflege im 19. Jahrhundert zu widmen. *Bernhart Jähnig*

Preußens erstes Provinzialarchiv

Bericht über ein Kolloquium zur Erinnerung an die Gründung
des Staatsarchivs Königsberg vor 200 Jahren

Von Bernhart Jähnig

Am 21. Juni 1804 wurde ein „Reglement“ erlassen, mit dem das „Etats-Ministerium“ als oberste Landesbehörde des vormaligen Herzogtums Preußen aufgelöst wurde. Aus der Hinterlassenschaft der Kanzlei des Etats-Ministeriums wurde in Königsberg das Geheime Archiv eingerichtet, das als eigenständige Behörde zunächst dem Präsidenten der Königsberger Kriegs- und Domänenkammer unterstellt wurde. Nach der Gründung des Geheimen Staatsarchivs in Berlin für die zentralen Bestände der brandenburg-preußischen Monarchie im Jahr zuvor war damit in Königsberg das älteste Provinzialarchiv entstanden, dem die anderen Provinzen erst später folgten. Die Ereignisse des Jahres 1804 nahmen das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, das die Bestände des Historischen Staatsarchivs Königsberg seit 1979 in seiner Obhut hat, und die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung zum Anlaß, eine Reihe von Themen zur Königsberger Archivgeschichte zu diskutieren. Das Kolloquium fand am 8. und 9. Juli 2004 in der neuhergerichteten Villa statt, die die früheren Generaldirektoren der Staatsarchive Preußens bewohnt hatten.

Nach der Begrüßung gab der Würzburger Rechtshistoriker Dietmar Willoweit im Eröffnungsvortrag zunächst einen verfassungs- und verwaltungsgeschichtlichen Überblick, indem er über „Recht, Landesherrschaft und Obrigkeit“ im Preußenland referierte. Er setzte sich dabei mit den Gründen des oft betonten „lautlosen“ Übergangs

„vom Ordensstaat zum Fürstentum“ (Kurt Forstreuter) auseinander. Während sich diese Kontinuität für das Rechtsverständnis und die – eigentumsrechtlich zu deutende – Herrschaftslegitimation bestätigte, kommt in der von Herzog Albrecht nach seiner Belehnung in Angriff genommenen Landesordnung ein erneuertes politisches Denken zum Ausdruck.

Der Einstieg in die Archivgeschichte erfolgte unter dem Thema „Von Akkon bis Königsberg. Das Archiv der Hochmeister des Deutschen Ordens“ von Mario Glauert (Potsdam/Berlin). Er verfolgte den Weg, den Registratur und Archiv der Hochmeister von den Anfängen des Deutschen Ordens im Heiligen Land über Akkon, Venedig, Marienburg, Königsberg und Tapiau nahmen, und erörterte dabei die frühen Registraturmittelpunkte des Ordens, die Lokalisierung des Archivs in der Marienburg, die auf den hochmeisterlichen Umzügen mitgeführte Registratur, Ordnung und Struktur des Archivs, die Umstände seines Umzugs nach Königsberg und Tapiau sowie die Folgen der zahlreichen Verlagerungen für die archivalische Überlieferungsbildung.

Einer bedeutsamen Quellengruppe der Ordenszeit wandte sich Klaus Neitmann (Potsdam/Berlin) zu, indem er „Kanzleiarbeit in Kriegs- und Nachkriegszeiten: Das Handfestenregister der Hochmeister Ludwig von Erlichshausen und Heinrich Reuß von Plauen“ behandelte. Zunächst wurden von den regional angelegten Handfestenkopien die chronologisch geführten Handfestenregister unterschieden. Sodann wurde gezeigt, wie die vor dem Dreizehnjährigen Krieg 1452 abgebrochene Registerführung nach Kriegsende wieder aufgenommen wurde. Der etwa 1470 von einem Schreiber angelegte Foliant enthält in allerdings willkürlicher Reihung 249 Hochmeisterhandfesten der Jahre 1457–1469. Trotz seiner Unvollständigkeit bezeugt der Foliant das Bemühen der Kanzlei, nach dem Friedensschluß die Amtsbuchtradition wiederherzustellen, um der Ordensverwaltung ein Kontrollmittel bereitzustellen.

Im abendlichen Hauptvortrag ging es Bernhart Jähnig (Berlin) unter die Überschrift „Vom Etats-Ministerium zum Geheimen Archiv“ nicht nur um die Ereignisse des Jahres 1804, sondern auch um die Entwicklung der Kanzlei von der ausgehenden Deutschordenszeit im frühen 16. Jahrhundert bis zur preußischen Reformzeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Skizziert wurden die herzogliche Kanzlei des 16. Jahrhunderts, die Veränderungen unter den brandenburgischen Kurfürsten des 17. Jahrhunderts und schließlich die Schaffung der bis heute grundlegenden bestandsbildenden Strukturen im 18. Jahrhundert. Ein besonderes Augenmerk galt dem Aufkommen und der Bedeutung der Begriffe „Archiv“ und „Archivarius“ auf dem Wege zur Verselbständigung im Jahre 1804.

Im Anschluß an den Abendvortrag haben die beiden Veranstalter, Jürgen Kloosterhuis und Bernhart Jähnig, anläßlich ihrer Bestellung zu Honorarprofessoren an der Freien Universität Berlin die Teilnehmer des Kolloquiums zu einem fröhlichen Umtrunk eingeladen, so daß auch das Gesellige nicht zu kurz gekommen ist.

Am folgenden Vormittag standen die Amtsbücher im Mittelpunkt, die ein besonderes Kennzeichen der Königsberger Archivbestände sind. Zunächst sprach Jürgen Kloosterhuis (Berlin) über „Strukturen und Materien spätmittelalterlicher Amtsbücher im Spiegel der Ordensfolianten“. Zunächst wurde für die überkommene Archivalien-

gattung „Amtsbuch“ unter analytischen, genetischen und klassifikatorischen Gesichtspunkten ein theoretisch fundiertes und abstrakt formuliertes Beschreibungsmodell vorgestellt und dessen allgemein verbindliche Erklärungskraft im zweiten Schritt an herausragenden Beispielen der so reichhaltigen Amtsbuch-Überlieferung des Deutschen Ordens erprobt. Dabei wurde u. a. deutlich, daß die modernen Auffassungen von möglichst strikter Trennung zwischen literarisch-künstlerischen und amtlich-geschäftlichen Buchbereichen für das (Spät-)Mittelalter keine Gültigkeit besitzen können.

Ihren auch in inhaltlicher Hinsicht zeitlich anschließenden Vortrag stellte Ariane Knackmuß (Berlin) unter das Thema „Die Ostpreußischen Folianten – die frühneuzeitliche Entwicklung der Amtsbücher im Staatsarchiv Königsberg“. Sie untersuchte, inwieweit die herzogliche Kanzlei neben der bekannten Form der Amtsbücher bei der Ordnung und Vorgangsbildung aus Konzepten und eingegangenen Schreiben diese nachträglich zu Folianten zusammengebunden hat. Diese besondere Form wurde untersucht und gewonnene Erkenntnisse zu Entstehungsgründen und Bildungszeitpunkt vorgestellt. Auf diesem Wege ist für das 16./17. Jahrhundert ein umfangreiches Foliantenarchiv entstanden, dessen Pflege zahlreichen Buchbindern Einkommensmöglichkeiten gewährt hat.

Ein auch international angesehenes Erschließungsprojekt, das schon im zweiten Jahrzehnt läuft, stellte Stefan Hartmann (Berlin) unter der Überschrift „Das Herzogliche Briefarchiv und seine Regestierung“ vor. Zunächst wurden die Geschichte des Bestandes und ausführlicher seine Gliederung und inhaltliche Bedeutung behandelt, wobei jeweils angegeben wurde, inwieweit einzelne Abteilungen bereits durch Editionen oder Regesten erschlossen sind. Sodann wurde ausführlich referiert, wie die Vollregesten angefertigt und angeordnet werden. Schließlich stellte der Referent die Anzahl der bisher auf diese Weise verfaßten Regesten zusammen. Einschließlich von drei noch nicht ausgedruckten Regestenbänden ergab sich die stattliche Anzahl von 11 520 Regesten in elf Bänden.

Kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist ein kleiner, aber nennenswerter Teil Königsberger Archivalien in die litauische Hauptstadt Wilna (Vilnius) gelangt und wird dort in der Zentralbibliothek der Akademie der Wissenschaften und anderen Einrichtungen verwahrt. Um die schlecht erhaltenen Archivalien zu sichern, finanzierte die Bundesregierung ein Restaurierungsprojekt, über das Jürgen Martens (Königswinter/Bonn) referierte. Ausführlich wurde über die Restaurierungsmaßnahmen vor allem von Feuchtigkeitsschäden und damit verbundenem Pilzbefall gesprochen, die nach dreijähriger Arbeitsdauer abgeschlossen wurden. Nunmehr steht die Fertigung von Reproduktionen an, damit der Bestand auch in Berlin benutzt werden kann. Die fachliche Betreuung der Restaurierungsmaßnahmen lag beim Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz und hat zu intensiven Beziehungen mit der Bibliothek der Litauischen Akademie der Wissenschaften geführt. Darüber hinaus bleibt zu hoffen, daß auch eine Lösung für die nach wie vor ungelöste Frage gefunden wird, welchem Staat die Archivalien aus Königsberg rechtlich zustehen.

Ein umfangreicherer Bestand Königsberger Archivalien wurde in das nach 1945 von den polnischen Behörden neu gegründete Staatliche Archiv in Allenstein (Archiwum

Państwowe w Olsztynie) übernommen. Die dort verwahrten Teilbestände des Kuratoriums und des Depositums der Universität Königsberg sind auch für die internationale Forschung von besonderem Interesse und sollten von der Kollegin Beata Waclawek vorgestellt werden. Leider war sie zu kommen verhindert, doch soll der Text später mitveröffentlicht werden.

So erfreulich es ist, daß vom Historischen Staatsarchiv Königsberg abgesplitterte Bestände jetzt andernorts benutzbar sind, so bleiben auch Verluste auf Dauer zu beklagen. Das gilt für das Königsberger Stadtarchiv, das allerdings eine selbständige städtische Behörde gewesen war und daher nicht in die Sicherungsbemühungen der preußischen Archivverwaltung 1944/45 einbezogen wurde. Daher sprach Dieter Heckmann (Berlin) über „Das Staatsarchiv als Ersatz für das verlorene Stadtarchiv Königsberg“. Als Ersatz bieten sich sowohl Äquivalente als auch Substitute an. Zu den Äquivalenten gehören die 276 Amtsbücher, die im 19. und 20. Jahrhundert an das Staatsarchiv abgegeben worden sind, eine geringe Anzahl von wissenschaftlichen Editionen sowie eine große Menge unveröffentlichter Kanzleiabschriften in Amtsbüchern aus der Ordens- und Herzogszeit. In denselben Büchern läßt sich auch die Masse der Substitute ermitteln. Darunter sind alle Nachrichten gefaßt, die in der Regel erst nach methodischer Behandlung geeignet sind, Verlorenes zu rekonstruieren, wie z. B. Betreffende in Antwortschreiben mit Bezug auf den Inhalt der verlorenen Eingabe.

Schließlich war zu bedenken, daß das Staatsarchiv Königsberg schon hat Verluste hinnehmen müssen, als für die Provinz Westpreußen, nachdem diese 1878 von Ostpreußen abgetrennt worden war, 1901 ein eigenes Staatsarchiv in Danzig eingerichtet wurde. Daher sprach abschließend Peter Letkemann (Berlin) zu dem Thema „Provenienz und Pertinenz – die Gründung des Staatsarchivs Danzig“. Während die Abgabe des ausschließlich bei westpreußischen Behörden und Einrichtungen entstandenen Schriftguts unstrittig war, standen die Forderungen nach Urkunden und Akten ostpreussischer oder für die gesamte Provinz zuständiger Behörden, die den westpreussischen Landesteil betrafen, dem inzwischen allgemeingültigen archivischen Provenienzprinzip entgegen. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung bildete ein Kompromiß, bei dem u. a. das wertvolle Archiv des Deutschen Ordens ungeteilt in Königsberg blieb, die lokal auf Westpreußen bezogenen Urkunden der Ordenszeit, die Westpreussischen Folianten und alle weiteren Akten, die von nach 1772 selbständig gewordenen Verwaltungsbehörden in Westpreußen fortgeführt worden waren, an das Danziger Archiv gingen.

Immanuel Kant und der Naturwissenschaftler Karl Gottfried Hagen

Von Eberhard Neumann-Redlin von Meding

Einführung

Immanuel Kant (1724–1804) (Abb. 1) wurde in den 1750er Jahren maßgeblich geprägt durch Schriften von Isaac Newton und Gottfried Wilhelm Leibniz sowie unmittelbar durch Franz Albrecht Schultz und Martin Knutzen in Königsberg. Seine eigenen naturwissenschaftlichen Erkenntnisse dienten ihm als Grundlage für seine ersten Stellungnahmen zur Religion, Metaphysik und Philosophie. Neuere Abhandlungen über Kant und die naturwissenschaftlichen Fächer Chemie und Pharmazie¹ weisen darauf hin, daß Kant den Erkenntnissen der Naturwissenschaften, später zunehmend denjenigen der Chemie, einen hohen Stellenwert einräumte. Sein Schüler und späterer Freund, der Chemiker, Pharmazeut, Botaniker, Mineraloge und Physiker an der Albertus Universität in Königsberg, Karl Gottfried Hagen (1749–1829) (Abb. 2), vermittelte Kant den Zugang zum Wissenschaftsfach der Chemie während vieler Zusammenkünfte, sowohl im Rahmen der „Tischgesellschaft“ als auch in der Hofapotheke Hagens. Ungeachtet der Bedeutung, die Kant bereits zu Lebzeiten über Königsberg hinaus als Philosoph genoß, „überdachten“ Kant und Hagen ein Zukunftsbild, in dem der weiteren Entwicklung der experimentellen Naturwissenschaft die höchste Priorität eingeräumt wurde. Kant wurde somit zum Vordenker der Humboldtschen Bildungsreform, die Karl Gottfried Hagen als letzter Universalgelehrter der Albertina in ihren ersten Anfängen umzusetzen verhalf. Diese zeitlebens zu beobachtende Hinwendung zur Naturwissenschaft brachte Kant außerhalb von Königsberg Schwierigkeiten ein, z.B. mit der Regierung in Berlin und gegenüber Johann Gottfried Herder. Seine geachtete Stellung in Königsberg blieb dabei aber unangefochten.

Der vorliegende Aufsatz will auf Tatbestände aus einer Familienchronik über Karl Gottfried Hagen² sowie auf eine in Vergessenheit geratene Abhandlung Alois Wimmers hinweisen und daraus die ersten oben angesprochenen Schlüsse ziehen. Eine weitergehende Auslegung dieser neuen Erkenntnisse aus der unmittelbaren Umgebung Kants sei der weiteren Forschung überlassen.

Voraussetzung für das Verständnis des Themas „Kant und die Naturwissenschaften“ ist die Kenntnis von Kants Lebenslauf, seinen ersten Veröffentlichungen zur Naturwissenschaft in den 1750er Jahren und den sich daraus ergebenden Gedankengängen. Beginnen wir also mit dem Kennenlernen der Jugendjahre Kants.

¹ Alois Wimmer: Kant und die Pharmazie. Süddeutsche Apothekerzeitung Nr. 16, Jg. 89 (1949), S. 263–265; Konstantin Pollak: Kants Metaphysik. Anfangsgrund der Naturwissenschaft, Hamburg 2001 (Kant Forschung, Bd. 13).

² Siegfried Hagen: Hagensche Familienchronik von den Anfängen bis heute. Selbstdruck, 2 Bände 1938; Kopien davon in mehreren Universitätsbibliotheken, sicher in der Prussica-Sammlung von Trunz, Universitätsbibliothek Münster.



Abb. 1: Kantbildnis eines unbekanntem Malers. Besitz: Museum Stadt Königsberg seit 2001.

Jugendjahre

Kant wurde am 22. 4. 1724 in Königsberg geboren. Seine gläubige Mutter Anna-Regina geb. Reuter stammte aus einer pietistischen Familie. Der Vater Johann Georg war Sattler und Riemermeister. Getauft wurde Kant im Dom am 23. 4. 1724. Im Gebetbuch steht: „Gott erhalte Kant zu seinem Gnadensbunde bis an sein seliges Ende um J[esu] C[risti] Willen. Amen!“ Die Mutter hoffte auf Gottes Beistand nach zuvor verstorbenen Kindern. Über seine früheste Jugend ist wenig bekannt. Als Handwerker- sohn erlebte er „von der Basis her“ das Leben einer Großstadt mit damals 50000 Einwohnern. Die Mutter starb am 18. 12. 1737, als Kant 13 Jahre alt war. Aus der frühkindlich religiösen Erziehung durch sie in Verbindung mit dem Besuch von Bet- und Bibelstunden bei Franz Albert Schultz, dessen Vorlesungen Kant regelmäßig besuchte, entwickelte sich eine lebenslängliche Ambivalenz zu Kirche und Religion. Die Person Schultz war zweifellos ein Vorbild Kants, weniger dessen pietistische Richtung als Theologe als dessen Lehrfach der Dogmatik³.

Nach dem Tode des Vaters im Jahre 1746 mußte Kant ohne Abschlußexamen eine Tätigkeit als Hauslehrer aufnehmen. Dennoch fand er Zeit, seinen ersten größeren

³ Manfred Geier: Kants Welt. Eine Biographie, Reinbek 2003.
Manfred Kühn: Kant, München 2003.

Aufsatz über ein naturwissenschaftliches Thema zu veröffentlichen⁴. 1754 kehrte er zur Universität zurück. Hier wurde er von den Professoren Franz Albert Schultz, Christian Friedrich Ammon und besonders von Johann Gottfried Teske unterrichtet. Letzterer wies ihn in die Grundgedanken der theoretischen und experimentellen Physik ein. Von größerer Anziehungskraft für Kant war jedoch Martin Knutzen, dessen Vorlesungen Kant nie ausließ. Knutzen, der als Extraordinarius für Logik und Metaphysik von Schultz an die Albertina Königsberg berufen worden war, vertrat mit klarem Verstand mathematisch-naturwissenschaftliche Theorien. Sein Aufsatz „Philosophischer Beweis von der Wahrheit der christlichen Religion“⁵ faszinierte Kant. Zudem fand er in der Privatbibliothek Knutzens zwei Abhandlungen: „Philosophiae Naturalis Principia Mathematica“ (1687) von Isaac Newton. Kant war davon so fasziniert, daß er Newton-Anhänger wurde. Als zweite Schrift fand er einen Briefwechsel, der zwischen Gottfried Wilhelm Leibniz und Samuel Clarke stattgefunden hatte⁶. Hierin äußert sich Leibniz empört über die unkritische Übernahme der rein naturwissenschaftlich geprägten Lesart Newtons⁷. Kant lernte, daß die Philosophie nicht nur mit einer Stimme sprach und daß es als normal gelten konnte, unter Wissenschaftlern verschiedene Ansichten zu vertreten⁸.

Erwähnt sei an dieser Stelle der Vollständigkeit halber, daß Kant auch stark beeinflusst wurde von David Hume, dessen *Philosophical Essays* (1748) unter dem deutschen Titel *Philosophische Versuche über die menschliche Erkenntniß* erschienen waren.

Unter dem Einfluß Newtons und Knutzens wurde Kant klar, daß naturwissenschaftliche Forschung und die Gottesfrage eine sich ergänzende Einheit darstellten. Kant stürzte sich demzufolge förmlich auf die Erkennung der Grundbegriffe der Physik, als da sind Kraft, Masse, Gewicht und Beschleunigung.

Er promovierte im Jahre 1755 zum Magister *Über das Feuer*⁹. Einer Habilitationsschrift noch im gleichen Jahr entsprach die Arbeit *Eine neue Beleuchtung der ersten Prinzipien der metaphysischen Erkenntniß*. Vorlesungen hielt er anschließend über Logik, Metaphysik, Moralphilosophie, Mathematik, Physik, Geographie (als Lehrfach

⁴ Immanuel Kant: Gedanken von der wahren Schätzung der lebendigen Kräfte und Beurtheilung der Beweise, derer sich Herr von Leibniz und andere Mechaniker in dieser Streitsache bedienen haben, nebst einige vorhergehenden Betrachtungen, welche die Kraft der Körper überhaupt betreffen, durch Immanuel Kant, Königsberg 1746.

⁵ Martin Knutzen: Philosophischer Beweis von der Wahrheit der Christlichen Religion, darin aus unzweifelhaften Gründen der Vernunft nach mathematischer Lehrart dargethan und behauptet wird, Königsberg 1740.

⁶ Samuel Clarke: Der Briefwechsel unter G. W. Leibniz von 1715/16, Hamburg 1990; hierzu s. auch Geier (wie Anm. 3), S. 43.

⁷ Gottfried W. Leibniz: *Viele machen die Seelen zu Körpern, andere machen Gott selbst zu einem Körper*, Zitat bei Geier (wie Anm. 3).

⁸ Geier (wie Anm. 3), S. 43.

⁹ Kasimir Lawrynowicz: Albertina. Zur Geschichte der Albertus-Universität zu Königsberg in Preußen, Berlin 1999, S. 188.



Abb. 2: K. G. Hagen als Jüngling nach 1775.

von Kant eingeführt), Anthropologie, Pädagogik, Naturrecht und natürliche Theologie. Auch weitere frühe Veröffentlichungen sind naturwissenschaftlichen Inhalts¹⁰.

¹⁰ Immanuel Kant: Allgemeine Naturgeschichte und Theorie des Himmels oder Versuch von der Verfassung und dem mechanischen Ursprunge des ganzen Weltgebäudes nach Newtonschen Grundsätzen abgehandelt, Königsberg und Leipzig 1755; Immanuel Kant: Geschichte und Naturbeschreibung der merkwürdigsten Vorfälle des Erdbebens, welches an dem Ende des 1755sten Jahres einen großen Theil der Erde erschüttert hat, Königsberg 1756; Immanuel Kant: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. 1785, Leipzig 1925 (Philosophische Bibliothek Bd. 41).

In seiner Arbeit *Allgemeine Naturgeschichte und Theorie des Himmels* beschäftigte Kant die Frage, ob die Bewegungen der Planeten aus allgemeinen Naturgesetzen zu erklären seien. Er stellt fest, daß die Fixsterne bewegt sind und daß es gesetzmäßige Beziehungen nicht nur im Kleinen (in unserem Planetensystem) gibt, sondern auch im Großen, also im Weltall. Bei den Überlegungen spielten Begriffe wie Unendlichkeit und Entwicklung im Raum eine große Rolle. Hier tauchten die bekannten Fragen bezüglich der Beziehung von Mathematik und Naturwissenschaft zur Philosophie und Metaphysik auf. Kant kam es darauf an, aus der Erfahrung über naturwissenschaftliches Denken auf natürliche, also von der Vernunft ableitbare Gesetzesaussagen zu schließen. Lesen wir Kants Äußerungen, die er im Jahre 1764, dann zusammenfassend 1785 formulierte:

Man kann alle Philosophie, sofern sie sich auf Gründe der Erfahrung fußt, empirische, die aber, so lediglich aus Prinzipien a priori ihre Lehren vorträgt, reine Philosophie nennen. Die letztere, wenn sie bloß formal sind, heißt Logik; ist sie aber auf bestimmte Gegenstände des Verstandes eingeschränkt, so heißt sie Metaphysik¹¹.

Nahezu jede frühe Arbeit mit naturwissenschaftlichen Themen mündete in der Frage nach der Rolle Gottes. In der Arbeit *Theorie des Himmels ...* stellte sich für Kant die Frage, ob die bisher von der Theologie angenommene ‚mechanische Regellosigkeit‘ im Himmel einzig und allein in der allumfassenden ausgleichenden Ordnung Gottes zu sehen sei. War Leibniz zufolge wirklich der Glaube an sich durch die naturwissenschaftlichen Entdeckungen bedroht? Kant setzte sich folgerichtig mit der seinerzeitigen Lehrmeinung der Theologie zur Naturwissenschaft auseinander. Die katholische Kirche stellte fest, daß die gesetzmäßige Beziehung unseres Planetensystems nicht für das Weltall gelte, die Fixsterne also keiner mechanisch-gesetzmäßigen Ordnung unterlägen. Man müßte dann, so betont Kant, von Wundern der Natur reden. Über diesen Standpunkt sei man nun aber einmal hinaus. Auch das Weltall basiere auf objektiven Gesetzen der Bewegung. Alle Weltkörper, also auch unsere Erde im Planetensystem, seien in rotierende Nebelmassen eingebunden. Die Naturgeschichte des Himmels sei *dasjenige im großen oder vielmehr im unendlichen, was die Historie der Erde im kleinen enthält¹².*

Diese sich entwickelnde mechanisch-gesetzmäßige Verknüpfung der astronomischen Systeme untereinander führte zu der nach Kant und Laplace benannten Entwicklungstheorie von der Mechanik in der Kosmologie.

¹¹ Kant: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten (wie Anm. 10), S. 4.

¹² Immanuel Kant: Untersuchung der Frage, ob die Erde in ihrer Umdrehung um die Achse, wodurch sie die Abwechslung des Tages und der Nacht hervorbringt, einige Veränderungen seit den ersten Zeiten ihres Ursprungs erlitten habe (1754), in: Frühschriften, Band 1, Berlin 1961.

Kant war in seinen neuen Ansichten zur Entwicklungsgeschichte nicht allein. Auch Diderot hatte bereits 1754, also unabhängig von Kant, das Entwicklungskonzept diskutiert¹³.

Zu theologischen Fragen nach dem Erdbeben in Lissabon 1755

Die Einführung des Entwicklungsgedankens in der Astronomie übertrug sich auch auf andere Disziplinen, so auf die Geographie. Beispielhaft auch für andere kleinere Schriften aus der Zeit wird hier Kants Veröffentlichung über das Erdbeben von 1755 in Lissabon herausgegriffen. Kant erkannte, daß es sich um eine „Erschütterung des Bodens“ im Zusammenhang mit einem „Beben des Meeresgrundes“ durch Verschieben von Erdschichten (Flutwelle durch entstandene Löcher im Meeresboden) handelte. Und immer ging es Kant nach Schilderung der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse auch um die Auswirkungen auf Glaubensfragen. Selten unverblümt kommt dies in der Arbeit von 1755 zum Ausdruck:

Man verstößt aber gar sehr dawieder (der Anblick so vieler Elenden als der letzten Catastrophe unter unseren Mitbürgern gemacht hat) wenn man dergleichen Schicksale jederzeit als verhängte Strafgerichte ansieht ... und wenn man diese Unglückseligen als das Ziel der Rache Gottes betrachtet, über die eine Gerechtigkeit alle ihre Zornschaalen ausgiesset. Diese Art des Urtheils ist ein sträflicher Vorwitz der sich anmaasset, die Ansicht der göttlichen Rathschlüsse einzusehen und nach seinen Einsichten auszulegen. ... Gleichwohl sehen wir, daß unendlich viel Bösewicher in Ruhe entschlafen, ..., daß das christliche Peru so gut bewegt wird als das heidnische und daß viele Städte von dieser Verwüstung befreiet geblieben, die über jene sich keines Vorzuges der Unsträflichkeit anmaassen können¹⁴.

In der Naturgeschichte des Himmels und der Naturbeschreibung des Erdbebens hat Kant somit für die Ordnung in der Natur eine physikalische Gesetzmäßigkeit unterstellt. Geier zufolge hat Kant im Jahre 1755 den physiko-theologischen Beweis, daß aus der *Ordnung der Natur auf einen weisen oder vernünftigen Urheber geschlossen werden kann, als Fehlschluß kritisiert¹⁵.* Damit negierte Kant die Existenz Gottes keineswegs, wie später die Marxisten und Leninisten seine Äußerungen interpretierten¹⁶.

¹³ Denis Diderot: Gedanken zur Interpretation der Natur (1754), in: Ders.: Philosophische Schriften, Bd. 1, Berlin 1961, S. 467–469.

¹⁴ Immanuel Kant: Geschichte und Naturbeschreibung der merkwürdigsten Vorfälle des Erdbebens, welches an dem Ende des 1755sten Jahres einen großen Teil der Erde erschüttert hat, Königsberg 1756, hier: Sonderdruck aus der Hand Kants für Hagen aus dem Bückeburger Familienarchiv der Stipendium-Stiftung Franz Neumann, Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, I. HA Rep. 76 Kultusministerium Va Sekt. 11, Tit. 11 Nr. 50 Bd. 1.

¹⁵ Geier (wie Anm. 3), S. 161.

¹⁶ Anneliese Griese: Kant und die Naturwissenschaften, in: Immanuel Kant. Referentenkonferenz der Zentralen Kommission Wissenschaft. Kulturbund der DDR, Berlin 1974: Die Kantische Philosophie diente Marx und Engels als Grundlage für den philosophischen Materialis-

Allerdings habe der Mensch *kein Recht oder zum wenigsten, er habe es verloren, von den Naturgesetzen, die Gott angeordnet hat, lauter bequemliche Folgen zu erwarten*¹⁷. Das von den Menschen, auch von der Kirche, angerufene Strafgericht sei ein folgen-schwerer Trugschluß und eine unverzeihliche Verletzung der Gläubigen und der Notleidenden. Unter dem Eindruck dieser naturwissenschaftlichen Erkenntnisse formulierte Kant im Jahre 1755 die Frage nach Gott:

*Es gibt ein Seiendes, dessen Dasein selbst seiner eigenen und aller Dinge Möglichkeit vorangeht, das demnach als unbedingt notwendig daseiend bezeichnet werden kann. Es wird Gott genannt. ... Demnach gibt es einen Gott und zwar einen einzigen, als den unbedingt notwendigen Grund aller Möglichkeiten*¹⁸.

Die Reaktion außerhalb Königsbergs

Diese frühen Formulierungen zur Gottesfrage stießen zunächst verhalten auf Kritik. Der frühere Gönner und Lehrer Kants, der pietistische Theologe Friedrich Albert Schultz, fragte vorsichtig an: *Fürchten Sie Gott von Herzen?* In der Literatur wird spekulierend über die Frage diskutiert, weswegen Kant nicht die freiwerdende Stelle des Lehramtes für Logik und Metaphysik angetragen wurde. Schärfer wurde die Auseinandersetzung mit der Berliner Regierung in den 1790er Jahren, nachdem der Prediger Johann Christoph Wöllner in Berlin Minister unter Friedrich Wilhelm II. wurde und den liberalen Karl Abraham Freiherr von Zedlitz ablöste. Nach dem Erscheinen der Schriften *Über das radikale Böse in der menschlichen Natur* (1792) und *Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft* (1795) eskalierte der Disput mit der Regierung. Kant erhielt einen Verweis mit der Begründung, das Christentum zu entstellen und herabzuwürdigen. Kant antwortete, er habe das Christentum nicht gewürdigt, deswegen sei ihm auch keine Abwürdigung desselben vorzuwerfen. Immerhin erklärte er sich bereit, sich aller öffentlichen Vorträge, die Religion betreffend, zu enthalten¹⁹, solange Friedrich Wilhelm II. regiere²⁰. Der Betrachter, der sich gedanklich in den inneren Zwiespalt Kants hineinversetzt, findet hier eine Parallele zu den Worten des Philosophen Hans Jonas, der Folgendes über seinen Freund Leo Strauss schreibt: *Es war ihm nicht leicht gefallen, die Philosophie zu seiner Richtschnur zu machen, das heißt,*

mus. Nach ihrer Ansicht hat Kant konsequenter als zum Beispiel Newton die naturgesetzliche Einheit von Erde und Kosmos beschrieben. Damit habe er, auch wenn er im Vorwort seiner *Allgemeinen Naturgeschichte und Theorie des Himmels* Rücksicht auf Kirche und Religion genommen hat, den Einfluß religiösen Denkens zurückgedrängt.

¹⁷ Kant nach: *Du Ansammlung aller Plagen*, in: *Die Zeit*, Nr. 2, 58 (2004), S. 2.

¹⁸ Immanuel Kant: *Neue Erhellung der ersten Grundsätze metaphysischer Erkenntnis Königsberg 1755*. Vortrag zur Aufnahme in die Philosophische Fakultät als Magister am 27. Sept. 1755, Siebenter Satz, aus: *Vorkritische Schriften*, hg. von W. Weischedel (Werkausgabe Taschenbuch Suhrkamp 186), Frankfurt/M. 1977, S. 433.

¹⁹ Lawrynowicz (wie Anm. 9), S. 197.

²⁰ Hermann Ley: *Die Bedeutung Kants in unserer Zeit*. Referentenkonferenz über I. Kant, Zentrale Kommission ... (wie Anm. 16).

*sich von allen dogmatischen Festlegungen mit Blick auf die letzten Fragen von Gott und der Welt zu befreien. Diese Freiheit, die notwendig für das Philosophieren und unverträglich mit dem Glauben an eine bestimmte Religion oder Offenbarung oder überhaupt an einen Gott ist, diese geistige Notwendigkeit, Atheist zu werden, um Philosoph sein zu können, hat ihn sein Leben lang geplagt*²¹.

Solche Formulierungen waren zur Zeit Kants undenkbar²². Kant selbst war und fühlte sich ganz und gar nicht als Atheist. Als einen solchen hätte ihn die Gesellschaft nicht geduldet²³. Er hielt sich möglichst aus dem Streit zwischen theologischem Rationalismus und Pietismus heraus²⁴. Dies gelang ihm in Königsberg, jedoch nicht generell über die Grenzen hinaus, wie aus dem Verhältnis zwischen ihm und seinem ehemals sehr geschätzten Schüler Johann Gottfried Herder hervorgeht. Herder schrieb noch 1767 aus Riga an Johann Georg Scheffner: *Kants Schriften (den ich zu grüßen bitte) sind noch nie würdig und ausführlich recensirt und Moses hat Kant in seinem Beweis vom Daseyn Gottes ohnstreitig nicht verstanden*²⁵. Selbst in seiner Metakritik von 1799 befürwortete Herder noch die Äußerungen Kants, daß die Philosophie auf Erfahrung, auf der Analyse natürlicher Ursachen beruhe. Kant habe sich aber zwischenzeitlich mit seiner Auffassung von der wahren Philosophie seiner Jugendjahre entfernt²⁶. Damit reagierte Herder gemäßigt auf den großen Disput, der im Jahre 1785 seinen Ausgang genommen hatte. In der neu gegründeten Jenaer Allgemeinen Literaturzeitung hatte Kant in zwei Aufsätzen (Januar und November 1785) die „Ideen“ Herders besprochen. Es folgten Gegendarstellungen und eine darauf beruhende erneute Stellungnahme Kants im Deutschen Merkur *über den Gebrauch theologischer Prinzipien in der Philosophie* (Januar 1788). Kant wurde daraufhin von Freunden Herders (u.a. Knebel) in Briefen als illustrierer Dummkopf, gelehrter Esel, ja als lichtscheue Fledermaus tituliert²⁷. Was steckte dahinter? Ohne Frage der unversöhnliche Gegensatz in der Auffassung von Philosophie und Theologie. Kants Reaktion auf die persönlichen Angriffe von außerhalb Königsbergs bestand in einer gewissen Distanz. Hubatsch vergleicht dieses Verhalten Kants mit einer Glaswand, die zwischen ihm und seiner Umgebung stand. Kaum ein Lob gegenüber der Gesellschaft, der Kirche, auch nicht – Hubatsch zufolge – gegenüber Kollegen und Schülern. Aber es gab Ausnahmen, wie z.B. Karl Gottfried Hagen²⁸.

²¹ Hans Jonas: *Erinnerungen*, Frankfurt/M. und Leipzig 2003, S. 93.

²² Steffen Dietzsch: *Immanuel Kant. Eine Biographie*, Leipzig 2003, S. 39, S. 125 und S. 236: Hinweis auf Kant und seine Einstellung zur Religion.

²³ Walther Hubatsch: *Kant und Königsberg*, Königsberger Bürgerbrief 11 (1974), S. 2–7.

²⁴ Ebd., S. 4.

²⁵ Johann Gottfried Herder: *Brief an J. G. Scheffner Königsberg*, in: *Herder Briefe*, Bd. 1 (1763–1771), Weimar 1977, S. 75 Zeile 50.

²⁶ Johann Gotthold Maltusch: *Bückerburger Gespräche*, Schaumburger Studien 33 (1973), S. 109.

²⁷ Eugen Kühnemann: *Herder*, München ³1927, S. 382.

²⁸ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA Rep. 76 Kultusministerium Va Sekt. 11 Tit. 11 Nr. 21 Bd. 1, und Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, XX. HA Hist. Staatsarchiv Königsberg, Rep. 100, Nr. 284.

In Königsberg selbst hatte sich Kant einen Freundeskreis gebildet. An der sogenannten Tischgesellschaft oder „Tafelrunde“ nahmen von 1787 an in der Regel ein bis zwei männliche Königsberger Persönlichkeiten aus den verschiedensten Berufsgruppen teil, gelegentlich auch bis fünf²⁹. Nur ausnahmsweise waren es mehr, wie wir dies dem bekannten Farbholzstich von Doerstling entnehmen können³⁰. Hier sitzt Karl Gottfried Hagen ganz rechts außen im gestreiften Anzug.

In dieser Runde wurde ohne Gedanken an Zensur „Gott und die Welt“ im wahrsten Sinne des Sprichwortes abgehandelt. Es wurden Vorträge referiert, aber sich auch Scherzhaft-Frivoles gegenseitig zugetragen. So ist im Nachlaß Hagens ein Wein-Scherzbecher erhalten (Abb. 3), der die Männerrunde belustigt hat. Dieser Becher ist ein Beispiel für ein scherzhaftes physikalisches Experiment über Adhäsions- und Kohäsionskräfte³¹. Ausführlich bis ins Detail wird der Ablauf einer Tischgesellschaft von Adda von Königsegg geschildert³².

Hagen war Kant bereits in dessen Studium aufgefallen³³, einmal wegen seiner Begabung, zum anderen, weil sich eine Parallele zu Kants Werdegang fand: Auch Hagen mußte nach dem Tode des Vaters seine akademische Laufbahn unterbrechen. Lesen wir Kants Fürsprache für K. G. Hagen:

Carl Gottfried Hagen habe ich, als er sich dem akademischen Studium widmete, und mich hauptsächlich zum Lehrer in der Philosophie hatte, als einen ausgezeichneten jungen Mann kennengelernt. Mit großem Eifer gab er sich dem Studium der Wissenschaften hin. Er glänzte nicht nur durch hohe geistige Begabung, sondern er war auch von anständigem, ehrentwertem und liebenswürdigem Charakter. Er wuchs zu einem

²⁹ Christian Friedrich Reusch: Kant und seine Tischgenossen, Königsberg 1847.

³⁰ Dietzsch (wie Anm. 22), S. 160, erwähnt nicht mehr als neun und nicht weniger als drei Personen bei der Tafelrunde.

³¹ Franz-Neumann-Stipendium-Stiftung-Königsberg, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA Rep. 76 Kultusministerium Va Sekt. 11 Tit. 11 Nr. 50, Bd. 1, seit 2004 Zustiftung in der Stiftung Königsberg. Exponat aus dem Nachlaß: Wein-Scherzbecher, Dauerleihgabe zum Kant-Jubiläum 2004 im Museum Stadt Königsberg zu Duisburg. Erklärung des Bechers: Bei kommunizierenden Röhren hängt der Pegelstand von der Enge der Röhren, von der Konsistenz (Dichte) der Flüssigkeit und von dem Gewicht der jeweiligen Flüssigkeitssäule ab. Bei Wasser (Wein) steigt der Pegel im Überlaufrohr des Bechers (in Abhängigkeit von der Enge dieses Überlaufrohres infolge von Adhäsionskräften zwischen dem Wasser und der Gefäßwand) höher an als der Pegel in dem das Rohr umgebenden Becher. Zusätzlich ziehen Kohäsionskräfte das Wasser über den Überlauf aus dem Becher bei kontinuierlichem Fluß. Ausgelaufener Wein versucht nun vergeblich, den Pegelstand im Becher zu erreichen (Gesetz der kommunizierenden Röhren). Folglich läuft der Becher „wie durch ein Wunder“ leer (Anm. des Vfs.: Die Eintrittspforte des Weins am Becherboden in die Säule ist mit bloßem Auge nicht sichtbar.).

³² Adda von Königsegg: Aus Urgroßvaters Tagen im alten Königsberg um 1800, in: Königsberger Allgemeine Zeitung vom 15. 8. 1938, enthalten in: Hagen: Familienchronik (wie Anm. 2), S. 95.

³³ Dietzsch (wie Anm. 22), S. 38: Abbildung eines von Kant im Jahre 1769 handschriftlich abgefaßten Vorlesungsscheins für den Schüler C. G. Hagen.

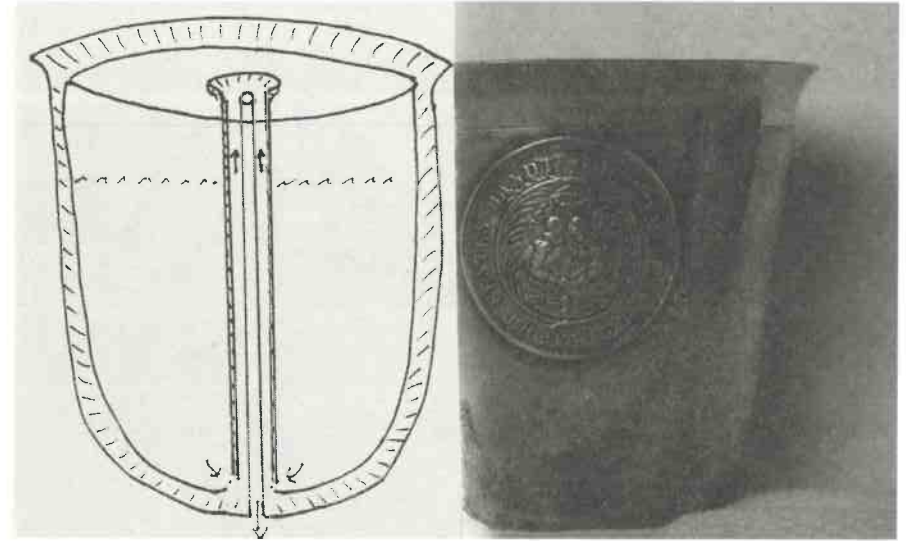


Abb. 3: Wein-Scherzbecher K. G. Hagens. Im Freundeskreis I. Kants, C. D. Reuschs an der Universität Königsberg. Äußere Inschrift: „DIE LIEBES HANDT MACHT FESTES BANDT“ (Abb. Liebespaar). Innere Inschrift: „WIE MAN SIHT, IHM TAUBEN STANDT“ (Abb. zwei turtelnde Tauben).

Menschen heran, der auch zu den politisch besten Hoffnungen berechnete. Obwohl er in jedem Zweig der Wissenschaften bei vorzüglicher Eignung und Begabung Bedeutendes geleistet haben würde, hat er es doch vorgezogen, das Geschäft seines Vaters, eines politisch hochverdienten Mannes, zu übernehmen, statt in einem höheren akademischen Range eine glänzende Karriere zu machen. Zu diesem Zweck begibt er sich nach der Hauptstadt, meine besten Wünsche sollen ihn begleiten. Gleichzeitig will ich ihm mit diesem ausgezeichneten Zeugnis als letzten Liebesdienst und soweit es Worte auszudrücken vermögen, auf das wärmste all denen empfehlen, die Gelegenheit und Interesse haben, die Jugend zu fördern³⁴.

Es kam dann aber anders. Die Medizinische Fakultät holte Hagen im Jahre 1775 an die Universität zurück zwecks Übernahme der Dozentur in den allgemeinen Naturwissenschaften. Hagen hielt Vorlesungen über Botanik, Zoologie, Physik, Chemie und Mineralogie. Den Unterricht führte er im Keller seiner Hofapotheke durch (Abb. 4). Dieses chemisch-pharmazeutische Laboratorium zählte zu einer der ersten, wenn nicht der ersten universitären Einrichtung dieser Art auf deutschem Boden. Mit der Begründung der wissenschaftlichen Pharmazie in Königsberg durch Hagen erlangte dieses Laboratorium der Königlichen Hofapotheke einen internationalen Ruf³⁵. Zu

³⁴ Wimmer (wie Anm. 1), S. 263: Übersetzung aus dem Lateinischen.

³⁵ Eberhard Neumann-Redlin von Meding, Juliane von Meding: Karl Gottfried Hagen und die wissenschaftliche Pharmazie an der Albertus-Universität in Königsberg/Pr. Geschichte der Pharmazie, in: Deutsche Apotheker Zeitung, Beilage, 51 (1999) S. 53–59.



Abb. 4: Pharmazeutisch-chemisches Laboratorium K. G. Hagens an der Albertus-Universität Königsberg seit 1775.

dem Bekanntheitsgrad Hagens trugen besonders seine Lehrbücher bei. Die „Apothekerkunst“ und „Grundriß der Experimentalchemie“ waren im gesamten deutschsprachigen Raum konkurrenzlose Standardwerke. Als Universalgelehrter auch für die Fächer Physik, Biologie, Botanik, Zoologie hatte er ein umfassendes naturwissenschaftliches Wissen. Der Vorteil hieraus war augenfällig: anschaulich für seine Schüler und pragmatisch für Naturwissenschaftler. Man griff sowohl an der Universität als auch im täglichen Leben, überwiegend in der Apotheke, auf die Lehrbücher zurück. In ihnen war die gesamte Entwicklung der Chemie praxisnah aufgezeichnet.

Karl Gottfried Hagen – mehr als ein Mitglied der Tafelrunde

Hagen als den Berater Kants ins Spiel zu bringen, wird durch die vielen Kontakte, die sie miteinander pflegten, untermauert. Trafen sich beide Wissenschaftler ein- bis zweimal pro Woche innerhalb der Tischgesellschaft, so fanden daneben häufig Treffen im Eßsaal der Hofapotheke statt, in dem sich quasi um den Herd das Leben mit den Kindern und dem Apothekerpersonal abspielte³⁶.

Kant wurde später der väterliche Freund und Vertraute von Hagen, der mit verschiedenen anderen seit 1787 zu seinen engeren Tischgenossen zählte. Ebenso verkehrte

³⁶ Hagen (wie Anm. 2), S. 95.

andererseits Kant viel im Hagenschen Hause, wo er mit Vorliebe sein Leibgericht „Pellkartoffeln mit Hering“ aß. Die älteste Tochter von Hagen (die spätere Frau Professor Johanna Bessel) saß bei derartigen Besuchen als Kind häufig auf dem Schoß von Kant. Eine besondere Freude für sie war es, auf seinem Spazierstock im Zimmer herumreiten zu dürfen³⁷.

Zum Streit, den Kant mit seinem Diener Lampe hatte, lesen wir: *Als der Diener des altersschwachen Immanuel Kant sich gegen seinen Herren gröblich vergessen hatte, bedeutete er (K. G. Hagen – Anm. des Verfassers) dem Diener, dass er regelmäßig seinen Lohn in der Hofapotheke würde ausgezahlt erhalten, wenn er sich niemals begeben liesse, die Schwelle des ehemaligen Herren zu betreten³⁸.*

Somit rundet sich das Bild ab, und die Überlieferungen der Biographien von Wimmer, Jachmann, Dulk, Siegfried Hagen und E. A. Hagen³⁹ dürften belegen, daß zwischen Hagen und Kant eine regelrechte Freundschaft bestand.

Wie sehr in der Tischgesellschaft „Wissenschaftliches“ und „Weltliches“ miteinander verknüpft wurde, mag aus dem Gebrauch des Wein-Scherzbechers (Abb. 3) hervorgehen, der aus dem Nachlaß von K. G. Hagen erhalten ist und als Dauerleihgabe im „Museum Stadt Königsberg“ in Duisburg zu besichtigen ist⁴⁰.

Die Chemie in Kants Denken

Auf der Grundlage dieser Tatbestände stellt sich die Frage nach dem Umfang der Beeinflussung Kants durch den Chemiker Hagen. Noch völlig ohne Hagens Einfluß unmittelbar nach der „vorkritischen Phase“ unterlag Kant großen Zweifeln ob der Richtigkeit seiner eigenen Gedanken: *Mit einer tiefen Gleichgültigkeit gegen meine oder andere Meinungen kehrte ich das ganze Gebäude öfters um und betrachtete es aus allerlei Gesichtspunkten⁴¹.* Das Studium der Naturwissenschaften geriet – nach überwiegender Literaturmeinung – in den Hintergrund. Das mag für die Physik gegolten haben, nicht für die Chemie. Bereits Giese schreibt 1974: *Wenig bekannt ist die Tatsache, dass nach 1784 Kants Interesse vor allem der Chemie galt⁴².* Dies wird bestätigt durch die exakten Nachforschungen Konstantin Pollaks, der mit seiner Abhandlung *Kants Metaphysische Anfangsgründe der Naturwissenschaft* Licht über die Gedankengänge Kants zur Chemie gebracht hat⁴³. Demnach erkannte Kant zunächst die Scheidekunst (Chemia) nicht als wissenschaftliches Fach an, *weil sich nach Kant chemische Prozesse anders als makromechanische Abläufe in der Körperwelt (noch) nicht*

³⁷ Ebd. S. 94.

³⁸ Ebd. S. 91.

³⁹ Hagen (wie Anm. 2) und Neumann-Redlin von Meding, Juliane von Meding (wie Anm. 35).

⁴⁰ Franz-Neumann-Stipendium-Stiftung-Königsberg (wie Anm. 31).

⁴¹ Kant, *Metaphysik*, VIII (wie Anm. 10).

⁴² Giese (wie Anm. 16), S. 63.

⁴³ Pollak: *Kants Metaphysik* (wie Anm. 1).

mathematisch erfassen lassen, weil sie, wie Kant schreibt, keine Darstellung a priori in der Anschauung erlauben⁴⁴.

Pollak zufolge dürfte sicher sein, daß Kant von dem Newton-Schüler John Keill beeinflusst wurde, der u. a. über den Zusammenhalt von Flüssigkeit über Adhäsion und Kohäsion geforscht hatte. Im Gegensatz zur Gravitation hänge die in Flüssigkeiten vorherrschende Attraktionskraft von der minimalen Entfernung der Materieteilchen ab. Kant verstand die Chemie als eine besondere mechanische Physik, die sich mit kleinen Körpern befaßte⁴⁵. Diese Anziehungskraft der kleinen Körperteilchen sei ungleich höher als alles, was man am Himmel bemerkt. Auch werden von Kant die verschiedenen Materiedichten angesprochen, ohne damit aber die Chemie in einen wissenschaftlichen Status setzen zu wollen⁴⁶. Im Laufe der Jahre kommen Kant aber auch Zweifel, ob es einst nicht doch möglich werden könne, eine Berechnung der Anziehungskraft zu erhalten. Pollak zufolge könnte Kant die Schriften von Boerhaaves (*Elementare Chemie* von 1732), Keill, von Steinwehr und Karsten (Die Chemie ist ein Teil der Physik) gekannt haben⁴⁷.

Pollak erwähnt nicht den Wissenschaftler vor Ort, von dem Kant am meisten in Bezug auf die Chemie beeinflusst wurde, nämlich Karl Gottfried Hagen. Haben wir den privaten Umgang beider Männer kennengelernt, so sei hier auf eine weitere Passage in der Chronik Siegfried Hagens aus der Biographie von Reinhold B. Jachmann hingewiesen: *Kant hatte nach seinem 60. Lebensjahre ganz besonders die Chemie lieb gewonnen und studierte die neuen Systeme mit größtem Eifer. Obgleich er nie ein einziges Experiment gesehen hatte, so hatte er doch nicht alleine die ganze Chemische Nomenklatur vollkommen inne, sondern er wusste auch den Prozess aller chemischen Experimente so genau und detailliert anzugeben, dass einst an seinem Tisch der große Chemiker Doktor Hagen voll Bewunderung erklärte, es sei ihm unbegreiflich, wie man durch blosse Lektüre ohne Hilfe anschaulicher Experimente die ganze Experimentalchemie so vollkommen wissen könnte*⁴⁸.

Mit „blosser Lektüre“ meinte Hagen sein eigenes Buch *Grundriß der Experimentalchemie* (1786), das Kant als ein „logisches Meisterwerk“⁴⁹ bezeichnete. Überliefert ist auch ein Brief Kants an Hagen vom 2. 4. 1800, in dem Kant anregte, einen Versuch mit geschmolzenem Kupfer und Wasser durchzuführen. Hagen antwortete Kant, daß auch von ihm bereits der „Taurische Versuch“ nachvollzogen sei⁵⁰. Auch ist überliefert, daß

⁴⁴ Ebd., S. 88.

⁴⁵ Ebd., S. 91.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Ebd., S. 92.

⁴⁸ Reinhold B. Jachmann: Immanuel Kant, sein Leben in Darstellungen von Zeitgenossen. Die nicht mehr erhaltene Biographie stammt wohl aus dem Jahr 1804. Allerdings hat Hagen (wie oben Anm. 2) Auszüge davon veröffentlicht, hier S. 94.

⁴⁹ Wimmer (wie Anm. 1), S. 2 und 35.

⁵⁰ Hagen (wie Anm. 2), S. 98, nach: Philosophische Monatsschrift von 1879, S. 56.

Kant im Jahre 1783 an der Errichtung eines ersten Blitzableiters auf der Haberberger Kirche durch den Physiker Carl Daniel Reusch beteiligt war⁵¹.

Zwischenzeitlich war Hagen der führende Chemiker und Begründer der wissenschaftlichen Pharmazie im 18. Jahrhundert geworden⁵². Hagen fuhr fort, Kant den wissenschaftlichen Fortschritt in den Naturwissenschaften zu vermitteln; denn die Wissenschaft lernte zusehends, gefundene Gesetzmäßigkeiten in mathematischen Formeln darzustellen, und versuchte beispielsweise, die auch Kant besonders interessierenden Newtonschen Gesetze aus der Bewegung der kleinsten Teilchen anzuwenden. Robert Boyle (1627–1691) hatte als Chemiker und als einer der ersten überhaupt den Versuch unternommen, seine chemischen Experimente in ähnlicher Weise in Anlehnung an mathematische Formeln zu verstehen, wie es Galileo Galilei, Johannes Kepler und Isaac Newton bei der Mechanik gelungen war. Schon zu Anfang des 18. Jahrhunderts hatte sich der Begriff des chemischen Elementes durchgesetzt. Dieses mußte aus noch kleineren Teilen aufgebaut sein, den Atomen. Bereits Newton hatte die durchaus richtige Vorstellung, daß zwischen den kleinsten Teilchen anziehende Kräfte herrschen, die nicht seinem Gravitationsgesetz, sondern einem anderen Potenzgesetz genügen.

Arbeiten von Antoine L. Lavoisier und John Dalton (Atomgewichte) hatten an der weiteren Entwicklung große Verdienste. Zu der Zeit von Hagen und Kant wurden diese kleinsten Teile eines chemischen Elementes als praktisch unteilbare, d. h. mit chemischen Mitteln unteilbare („unscheidbare“) Gebilde aufgefaßt. Es wurde die Aufgabe der „Scheidekunst“, der Chemie bzw. des Chemikers, bei jeder Untersuchung einer chemischen Reaktion anzugeben, welche Veränderung bei jeder Verbindung oder Trennung eintrat. Diese chemische Formel konnte, nach Heisenberg, als eine Art Stenographie angesehen werden, in der diese Erkenntnisse aufgeschrieben werden konnten.

Diese umwälzenden Erkenntnisse faszinierten Hagen und Kant. Im Makrokosmos war die Wissenschaft an die Grenzen der Erkenntnis gestoßen. Daher schien es beiden Forschern wichtiger, die wissenschaftliche Entwicklung des biologischen Mikrokosmos zu verfolgen, wobei hier die chemische Analyse eines Elementes in den Begriff eingeschlossen wurde. Die Chemie nahm als bisher nicht ernst genommenes eigenständiges Fach innerhalb der Medizinischen Fakultät eine immer bedeutendere Rolle ein. Es konnte nicht ausbleiben, daß Kant und Hagen bei ihren Beobachtungen und Erkenntnissen mehrere Kursänderungen vornehmen mußten. So erkannten sie voller Hochachtung die revolutionierende Entdeckung Lavoisiers an, der in quantitativen Arbeiten die Verbrennung als Oxydation nachgewiesen hatte. Damit verließ Hagen als Apotheker die Stahlsche Phlogiston-Therapie⁵³, wurde überzeugter Antiphlogist, er-

⁵¹ Lawrynowicz (wie Anm. 9), S. 167.

⁵² Wimmer (wie Anm. 1), S. 35; Wolf-Dieter Jahncke Apothekerbildnisse auf Plaketten I. Deutscher Raum, Stuttgart 1980, S. 47–50: Bericht über die Hagen-Buchholz-Stiftung 1828; Hans-Heinrich Trunz: Apotheker und Apotheken in Ost- und Westpreußen 1397–1945, 2 Bde., Hamburg 1992 und 1996.

⁵³ Neumann-Redlin von Meding, Juliane von Meding (wie Anm. 35), S. 58 und Anm. 27 (Begriffserläuterung).

warb alle zugänglichen eigenen Bücher älterer Auflagen zurück und verwarf sie, um keine falsche Lehre aus seiner eigenen Feder zu verbreiten.

Kant als Vordenker, Hagen als erster Umsetzer der Humboldtschen Bildungsreform

Zu Zeiten von Kants Blütejahren (Rektor 1786 und 1788) avancierte sein Schüler und Freund Karl Gottfried Hagen zu dem wohl einflußreichsten Universalgelehrten der Albertus-Universität. Sofort nach der Erteilung von Hagens ordentlicher Professur im Jahre 1788 an der Medizinischen Fakultät kristallisierte sich heraus, daß die theoretischen Fächer innerhalb der Medizinischen Fakultät an Bedeutung zunehmen würden. Nicht die aus den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen der 1750er Jahre gewonnene Lehre der Philosophie konnte gegen Ende des 18. Jahrhunderts eine Gesundung von Wissenschaft und Forschung bewirken. Preußens Universitäten, allen voran Königsberg und Frankfurt/Oder, benötigten eine Reform hin zu experimentellem Unterricht. Und Hagen machte den Anfang mit der Gründung seines ersten Experimentallabors. Der für den Universitätssenat kaum zu ertragende Formalismus der Religion und der kirchlichen Organe unter der Regierung Friedrich Wilhelms II. unterstützte diesen Prozeß zur Konzentration auf eine bevorzugte Förderung der naturwissenschaftlichen Fächer. So entwickelte sich die Königsberger Universität früh zu einer Reformuniversität. Gleichzeitig, weit weg von Berlin, setzten sich hier liberale Strukturen durch⁵⁴. Hierbei standen die Studenten hinter Kant und dem liberalen Universitätssenat. Die studentischen Ausschweifungen, die vom Senat eindämmend toleriert wurden, führten zusätzlich zu Problemen mit der Berliner Regierung⁵⁵.

Es soll hier nicht der Eindruck entstehen, als habe das Professorenpaar Kant und Hagen die Fäden an der Universität allein in der Hand gehalten. Aber Hagen hatte als letzter Universalgelehrter an der Albertus-Universität in Königsberg einen großen Einfluß auf ihre Entwicklung. Bemißt man das Lebenswerk Hagens, so dürften die überlieferten Schriften und seine praktische Tätigkeit als Professor an der Universität und als Apotheker der Hofapotheke gleichberechtigt betrachtet werden mit seinem zunächst nicht direkt ins Auge fallenden Verdienst, das die Historikerin Kathryn Olesko wie folgt umschreibt: *The focal point for the evolution of the natural sciences at Königsberg in the early nineteenth century was the chair, held by K. G. Hagen*⁵⁶. Wie sehr Hagen in vielen Gesprächen Kant bewogen hat, bei seinen aus der „vorkritischen Phase“ gewonnenen Erkenntnissen zu bleiben und dieselben gegen Ende des auslaufenden Jahrhunderts in neue Reformen zu integrieren, sprechen auch die Worte des Pfarrers Christian Friedrich Reusch: *Wir reihen einen Mann an, der bei Kant in hoher Achtung wegen seines trefflichen Charakters und seiner großen Kenntnisse in Physik, Chemie,*

⁵⁴ Lawrynowicz (wie Anm. 9), S. 198.

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ Kathryn M. Olesko: *Physics as a calling. Discipline and Practice in the Königsberg Seminar of Physics, Ithaca and London 1991* (Cornell History of Science Series), S. 25.

*Pharmazie und allgemeiner Naturgeschichte und Botanik stand, dessen Rathes er sich bei dahin einschlagenden Gegenständen zu bedienen pflegte, – den Medizinalrath und Professor Dr. Karl Gottfried Hagen ...*⁵⁷.

Kant erlebte nicht mehr, daß die mit Hagen gemeinsam durchdachte Prognose für die Entwicklung der experimentellen Naturwissenschaften Wirklichkeit werden sollte. Noch im Jahr seines Tode 1804 übernahm Hagen infolge eines krankheitsbedingten Ausfalls Reuschs dessen Ordinariat für Physik unter der Bedingung, daß das Fach aus der Medizinischen Fakultät zugunsten der Aufnahme in die Philosophische Fakultät herausgelöst wurde. Dies erfolgte im Jahre 1807. Durch die Niederlage 1806 im Krieg gegen Napoleon wurde die Albertina die Hauptuniversität Preußens. Ein Großteil der Regierungstätigkeit erfolgte nun hier weitab von Berlin⁵⁸, und es ist ganz offensichtlich, daß die nach von Humboldt benannte Bildungsreform in Königsberg ihren Ausgang nahm⁵⁹. Hagen wurde als Lehrer der Prinzen Friedrich Wilhelm und Wilhelm mit der Königsfamilie während ihrer Flucht nach Königsberg und Memel (1808/09) bekannt⁶⁰. Die bei Dietzsch beschriebene *verborgen virulente* Erinnerung an die ersten Reformbestrebungen Kants seitens der Regierung galten nicht mehr für Hagen⁶¹. Um die Regierung zu unterstützen und somit den Naturwissenschaften in Königsberg zu neuer Blüte zu verhelfen, entschied er sich, seine verschiedenen Lehrfächer an jüngere Wissenschaftler abzutreten, denn ein Universalgelehrter konnte seines Wissens den neuen Anforderungen nicht mehr gerecht werden⁶².

⁵⁷ Reusch (wie Anm. 29), S. 29.

⁵⁸ Neben der Bildungsreform nahmen auch die Städteordnung und die Heeresreform mit der Einführung der Wehrpflicht ihren Ausgang von Königsberg.

⁵⁹ Menso Folkerts: Die Begründung der Königsberger Mathematisch-Physikalischen Schule (Bessel – Jacobi – Neumann), in: *Die Albertus Universität zu Königsberg*, Bonn 1996, S. 63–79; die 1794 gegründete *Ecole Polytechnique* in Paris wurde von der Preußischen Unterrichtsverwaltung als Muster hingestellt, s. ebd., S. 64; als Hinweis für die bevorzugte Förderung der Naturwissenschaft in Königsberg seitens der Regierung dient der häufig zitierte Antrag Martin Ohms' (1792–1872), Mathematikstudenten künftig nur fachspezifisch zu prüfen, um die Leistung anzuheben. Der Antrag wurde abgelehnt, aber die Universität in Königsberg wurde 1818 angewiesen, bei der Verteilung der Stipendien besonders Studenten der Mathematik zu berücksichtigen, s. ebd., S. 67.

⁶⁰ Geheimes Staatsarchiv Berlin Dahlem, I. HA Rep. 76 Kultusministerium Va Sekt. 11 Tit. 10 Nr. 21 und 25; im Nachlaß Hagens findet sich sein handschriftliches Manuskript „Vorlesungen vor dem Kronprinzen“; es gibt Aufschluß über den Unterrichtsstandard an der Universität vor der Bildungsreform und befindet sich im Familienarchiv der ehem. Franz Neumann Stipendium Stiftung (s. Anm. 31) in Bückeberg.

⁶¹ Dietzsch (wie Anm. 22), S. 259.

⁶² Nadezda Ermakowa u.a.: *Karl Gottfried Hagen und die Universität Königsberg*. Vorträge vom internationalen wissenschaftlichen Seminar anlässlich seines 250. Geburtstages, Kaliningrad 2000, S. 5–11, hier S. 8; demnächst: Nadezda Ermakowa: *K. G. Hagen (1749–1829)*. Professor der Universität Königsberg. Die humanistische Ausrichtung und die Besonderheit der pädagogischen Tätigkeit. (Diss. Universität Kaliningrad, voraussichtlich 2005), sowie diess. und Eberhard Neumann-Redlin von Meding: *Karl Gottfried Hagen: Begründer der wissenschaftlichen Pharmazie an der Albertus-Universität zu Königsberg* (voraussichtlich in: *Schriften der J. G. Herder Bibliothek Siegerland*, 37, 2005).

Wilhelm und Alexander von Humboldt⁶³ beriefen unter Mithilfe von Hagen den jungen dynamischen Forscher Friedrich Wilhelm Bessel (1810) nach Königsberg, später Carl Gustav Jacobi und Franz Neumann. Diese Forscher begründeten die „Bessel-Schule der Astronomie“ und die „Schule der Mathematischen Physik“ in Königsberg, die zu den bedeutendsten Bildungszentren ihres Fachs bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts wurden. Seit dieser Zeit konnte man die Entfernung der Sterne voneinander berechnen (Besselformel), und hier wurden die berühmten Kirchhoffschen Gesetze erarbeitet.

Die im Jahre 1810 in Berlin gegründete Universität gewann im Verlauf des 19. Jahrhunderts zunehmend an Bedeutung. Doch für die Naturwissenschaften blieb der Einfluß Königsbergs ganz offensichtlich: Den erstmals 1842 verliehenen wissenschaftlichen Orden *Pour le Mérite* erlangten eine Vielzahl von Königsberger Naturwissenschaftlern⁶⁴. Die Dominanz der naturwissenschaftlichen Forschung in Königsberg wirkte sich auch auf die dortige Entwicklung der Physiologie und der Medizin aus. So gründeten sich in Königsberg die Augenheilkunde, die Embryologie und die moderne Hämatologie des 19. Jahrhunderts durch die weltweit Aufsehen erregenden Entdeckungen: Hermann Ludwig von Helmholtz beschrieb den Augenspiegel, Carl Ernst von Baer sichtete erstmals im Eierstock von Säugetieren das Embryonalei, und der Schüler von Helmholtz, Ernst Christian Neumann, erkannte 1868 das Knochenmark als Blutbildungsorgan⁶⁵. Zusammen mit den aufgestellten Gesetzen in der Mathematik, Physik und Astronomie trugen diese grundlegenden Erkenntnisse dazu bei, daß von der Universität Kaliningrad zur anstehenden 750-Jahrfeier der Stadt Königsberg im Jahre 2005 eine Ausstellung erbeten wird unter dem Titel: Europäische Dimension der naturwissenschaftlichen Forschung an der Albertus-Universität Königsberg.

Zusammenfassung

Nach intensiver Beschäftigung mit Astronomie und Physik war es Immanuel Kants Bestreben, über die „vorkritische Phase“ der 50er Jahre hinaus die Entwicklung der Naturwissenschaften zu verfolgen. Für die Erlangung der Kenntnisse im neuen Expe-

⁶³ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, XX. HA Historisches Staatsarchiv Königsberg, Rep. 100A, Nr. 284,2: Hagen sei ein Freund von Alexander von Humboldt gewesen.

⁶⁴ Die Königsberger Träger des Ordens *Pour le Mérite* von 1842 waren Friedrich Wilhelm Bessel und Carl Gustav Jacobi, von 1849 Carl Ernst von Baer, von 1860 Franz Neumann und Heinrich Wilhelm Dove (später Meteorologe Berlin), von 1873 Hermann Ludwig von Helmholtz (später u. a. Berlin), von 1874 Friedrich Wilhelm Argelander (später Bonn) und Gustav Robert Kirchhoff, von 1875 Karl Weierstraß (später Braunsberg), von 1892 Arthur Auwers (später Göttingen, Berlin) und von 1897 Carl Neumann (später Leipzig).

⁶⁵ Lawrynowicz (wie Anm. 9), S. 359; Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA Rep. 76 Kultusministerium, Va. Sekt. 11 Tit. 10 Nr. 38, Bd. 1–2: Die Errichtung eines Pathologischen Instituts; Herbert A. Neumann, Yvonne Klinger: Knochenmark und Stammzelle. Der Kampf um die Grundlagen der Hämatologie, Bd. 1, Berlin 1994. An dieser Stelle danke ich nochmals meiner Frau Reinhild für die Durchsicht und Einbindung der Literatur in diesen Beitrag.

perimentierfeld Chemie half ihm der ehemals von ihm geförderte Schüler und spätere Freund Karl Gottfried Hagen, letzter Universalgelehrter der Albertus-Universität in Königsberg. Beide Forscher regten Reformen für Forschung und Lehre der naturwissenschaftlichen Fächer an, die Hagen nach dem Tode von Kant im Rahmen der von Königsberg ausgehenden Humboldtschen Bildungsreform umzusetzen verhalf. Ziel des Beitrages ist es, daran zu erinnern, daß die preußische Universität Königsberg durch die weitsichtigen Gedanken von Kant und Hagen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die führende Ausbildungsstätte für die naturwissenschaftlichen Fächer in den deutschsprachigen Ländern wurde.

Robert Stupperich

* Moskau 13. 9. 1904, † Münster 4. 9. 2003

Als der em. ordentliche Professor für Kirchengeschichte D. theol. Dr. phil. habil. Robert Stupperich am 4. September 2003 kurz vor Vollendung seines 99. Lebensjahres starb, hat die Historische Kommission ihr ältestes Mitglied verloren. Der Gelehrte entstammte einer alten sauerländischen Familie, aus der sein Großvater nach Dorpat ausgewandert war. Schon sein gleichnamiger Vater hatte in Moskau evangelischer Pfarrer werden wollen, mußte dann jedoch aus wirtschaftlichen Gründen den Apothekerberuf erlernen. Robert Stupperich selbst wurde am 13. September 1904 in Moskau geboren. Nach den ersten Schuljahren und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde er mit der ganzen Familie im Uralgebirge interniert, ehe diese im Juli 1918 mit einem Gefangenentransport nach Berlin gelangte. Dort machte er 1923 sein Abitur. An der Friedrich-Wilhelm-Universität studierte er Theologie, Philosophie und Geschichte. Sein für ihn bedeutendster theologischer Lehrer war wohl der bekannte Lutherforscher Karl Holl, dessen kleine Schriften er später herausgab. Promoviert wurde er mit einer von Hanns Rückert betreuten Dissertation „Unionsverhandlungen zwischen Katholiken und Protestanten 1530–1540“ (1930). Zu den befreundeten Mitstudenten gehörte Dietrich Bonhoeffer. Nach dem Zweiten theologischen Examen wurde er im Januar 1930 in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche ordiniert. Bald darauf wurde er Provinzialvikar der Kurmark bis zum Beginn des Kirchenkampfs. Das Studium der osteuropäischen Geschichte schloß er mit der Dissertation „Staatsgedanke und Religionspolitik Peters des Großen“ (1933, Druck 1936) ab. Generalsuperintendent Otto Dibelius beauftragte ihn, deutsche Gemeinden in den Niederlanden zu betreuen. Nach Beginn des Kirchenkampfes 1933 entstand um Martin Niemöller der Pfarrernotbund, dessen Geschäftsführer Robert Stupperich wurde. Seine Berufung an die Nikolaikirche in Potsdam verhinderten die Deutschen Christen. Er gab jedoch privaten Konfirmandenunterricht. Eine der Konfirmandinnen heiratete er 1938. Als er sich 1940 (Urkunde 1942) habilitiert hatte, konnte er nicht sogleich in den akademischen Lehrberuf einsteigen. Eine Berufung nach Königsberg als Nachfolger von Hans Koch verhinderte das Ministerium.

Nach der Entlassung aus englischer Kriegsgefangenschaft im Herbst 1945 fand er seine Familie in Ostfriesland wieder, wohin sie geflüchtet war. Von dort wurde er 1946 auf den kirchengeschichtlichen Lehrstuhl der kleinen Evangelisch-Theologischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster berufen, den er bis zu seiner Emeritierung 1972 innehatte. An deren Aufbau hat er maßgeblich mitgewirkt, wiederholt hat er als Dekan die akademische Selbstverwaltung mitgetragen. Er selbst war Direktor des Seminars für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte. 1957 gründete er in Münster das Ostkircheninstitut, dessen Direktor er wurde. Dieses erforschte sowohl die Orthodoxie als auch die deutschen Kirchen im Osten Europas. Als Fachmann in diesem Bereich knüpfte er erste Kontakte zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und den orthodoxen Kirchen. Sein wissenschaftlicher Schwerpunkt lag im Zeitalter der Reformation und des Humanismus. Hier sind Werke von überregionaler Bedeutung entstanden. Erinnert sei nur an seine zahlreichen Arbeiten über Philipp Melancthon, darunter eine mehrbändige Studienausgabe von dessen Werken. Schon früh, 1953, wurden seine Verdienste mit einer Ehrenpromotion durch die Humboldt-Universität gewürdigt.

Stupperichs Beziehungen zur landesgeschichtlichen Kirchengeschichtsschreibung waren eng. Seine Interessen und eigenen Forschungen reichten von Rußland bis Westfalen. 1967 übernahm er die Leitung des Vereins für westfälische Kirchengeschichte, gab dessen Jahrbuch heraus und leitete dessen Institut. Für die Historische Kommission für Westfalen betreute er unter anderem die „Westfälischen Lebensbilder“. Doch werden es vor allem seine Lebenserfahrungen der 20er und 30er Jahre gewesen sein, die dazu führten, daß er von der brandenburg-preußischen Kirchengeschichte nicht loslassen konnte. Auch nach der Emeritierung ist er immer wieder nach Berlin gekommen, um Vorträge aus diesem Bereich zu halten. Schülerarbeiten haben sich wiederholt mit Themen der frühneuzeitlichen brandenburg-preußischen Kirchengeschichte beschäftigt. 1968, als er sich an der Bonner Herzog-Albrecht-Ausstellung beteiligte, war es die Rolle als möglicher „Multiplikator“, die die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung bewogen hat, ihn zum ordentlichen Mitglied zu berufen. Robert Stupperich ist ein Historiker gewesen, der immer wieder mit den Quellen selbst arbeitete. So hat er in den von ihm herausgegebenen Quellenheften zur ostdeutschen und osteuropäischen Kirchengeschichte selbst das Bändchen „Die Reformation im Ordensland Preußen 1523/24“ (1966) bearbeitet. Er ging auch auf Themen ein, wenn er darum gebeten wurde. So beteiligte er sich 1983 an einem Band zur Geschichte von Marienwerder, in dem er sich mit einer quellengesättigten Untersuchung des evangelischen Bischofs Paul Speratus beteiligte, wozu er sogar Archivalien des Historischen Staatsarchivs Königsberg benutzt hat. Er beherrschte jedoch auch den großen Überblicksvortrag, so als die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen 1990 auf einer Tagung Kirchen und Bekenntnisgruppen im Osten des Deutschen Reichs behandeln ließ. Noch im höheren Alter befragte er das Archiv nach Quellen zu bestimmten Fragen an den Königsberger Theologen des 18. Jahrhunderts Johann Jakob Quandt. Auch wenn dennoch das Preußenland im ganzen nur am Rande des weiten Arbeitsfeldes dieses Gelehrten geblieben ist, bleibt die Erinnerung an eine unermüdlich erscheinende, stets freundliche Persönlichkeit mit unbegrenzt wirkendem Weitblick. *Bernhart Jähniq*

Buchbesprechungen

Mario Glauert: Das Domkapitel von Pomesanien (1284–1527) (Prussia Sacra. Historische Beschreibung der Kirche im Deutschordensland in Preußen, 1). Toruń, Verlag der Nikolaus-Kopernikus Universität, 2003, 618 S., 1 Karte (Vertrieb in Deutschland ausschließlich über das Max-Planck-Institut für Geschichte [Abt. Germania Sacra], Hermann-Föge-Weg 11, 37073 Göttingen, nicht über den Buchhandel).

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine Berliner Dissertation, die für den Druck gekürzt wurde. Teile, die den Bischof von Pomesanien und dessen Verwaltung betreffen, wurden herausgenommen und einer gesonderten Publikation vorbehalten. Ebenso wurde auf die Veröffentlichung der Regesten zur Geschichte des pomesanischen Domstifts verzichtet. Man kann nur hoffen, daß diese Teile nach nicht allzu langer Zeit erscheinen mögen. Die Dissertation wurde in einer Reihe publiziert, die vom Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen und von der Wydawnictwo Uniwersytetu Mikołaja Kopernika in Toruń begründet wurde und herausgegeben wird. Die in der neuen Reihe erscheinenden Beiträge sollen den gleichen Standard wie die in der Germania-Sacra-Reihe erscheinenden Werke aufweisen. Man kann wiederum nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Forschern weiterhin Bestand haben und wie das vorliegende Buch schöne Früchte hervorbringen möge.

Das Buch folgt dem Schema der Germania-Sacra-Bände und läßt daher erfreulicherweise Vergleiche zu. Am Beginn stehen Ausführungen zu den Quellen, der Literatur und den Denkmälern des Domstifts. Es folgen Hinweise zu dessen Archiv und Bibliothek. Dem schließt sich eine Darstellung über die historische Entwicklung des Domstifts von seiner Gründung durch Bischof Albert 1284/85 bis zur Säkularisierung 1525 und der Auflösung. Die anschließenden Ausführungen befassen sich mit der Stiftsverfassung, den Aufnahmevoraussetzungen, der Zahl der Mitglieder, den Pflichten und Aufgaben der Kanoniker, die der Regel des Deutschen Ordens folgten. Sodann erörtert Vf. die sogenannte „Binnenstruktur“, also die Aufgaben und die Besetzung der Stiftsämter, und die Beteiligung der Domherren an der bischöflichen Verwaltung. Die Darstellung der Herkunft und der Laufbahnen der Domherren stellt eine Auswertung und Zusammenfassung der beigefügten Biographien der einzelnen Kanoniker dar. Die Auswertung wägt sorgfältig ab und weist auf die Schwierigkeiten der Identifizierungen hin. Da Vf. auf vorschnelle Schlüsse verzichtet, wirkt er umso überzeugender. Dieser Abschnitt hat wohl am meisten Arbeit gemacht, weil eine Fülle von Untersuchungen durchgesehen werden mußten. In weiteren Kapiteln beschreibt Vf. die Verwaltung der Stiftsgüter, die Ausübung der Landesherrschaft in dem stiftseigenen Territorium und die Verteilung des Besitzes. Zur Verdeutlichung ist eine Karte beigegeben, in der der Streubesitz wie das dem Stift übergebene Land mit voller Landeshoheit eingetragen sind. Ein Orts- und Personenregister beschließen die Arbeit. Ärgerlich bleibt nur, daß zu den Seitenzahlen des Registers stets eine vier hinzugezählt werden muß, um an die jeweils interessierende Stelle zu gelangen. Es soll ausdrücklich hervorgehoben werden, daß, dem Charakter der Reihe entsprechend, dem Werk ausführliche Zusammenfassungen der einzelnen Kapitel in polnischer Sprache beigegeben sind, so daß auch dem interessierten polnischen Forscher der Zugang zu dem vorzüglichen Werk erleichtert worden ist. Insgesamt wird man von einer hervorragenden Arbeit sprechen können, die über den Rang einer gewöhnlichen Dissertation hinausgeht. *Klaus Miltzer*

G. V. Kretinin: Pruskie marszuty Petra Pervogo [Preußische Reisewege Peters des Ersten]. Kaliningrad, Verlag Jantarnyj skaz, 1996, 192 S., 46 Abb.

Das vorliegende Buch des Kaliningrader Historikers Kretinin behandelt die Entwicklung der russisch-preußischen Beziehungen im Spiegel der Besuche Zar Peters des Großen in Königsberg. Die übersichtlich gegliederte Darstellung skizziert zunächst die Vorgeschichte der beiderseitigen Kontakte, die mit dem am 10. März 1517 geschlossenen Abkommen des Moskauer Großfürsten

Wasilij III. und des damaligen Hochmeisters Albrecht von Brandenburg-Ansbach – es richtete sich gegen den polnischen König Sigismund I. – ihren Anfang nahm. Die Bedeutung dieses Vertrages lag weniger in dem von ihm Erreichten als in der Tatsache, daß beide Seiten am Anfang des 16. Jahrhunderts miteinander in Verbindung traten, was für Brandenburg-Preußen und Rußland in der ganzen Neuzeit Bedeutung haben sollte. Daran knüpfte der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm an, der im Rahmen seines Lavierens zwischen Schweden und Polen zwecks Erlangung der Souveränität über das Herzogtum Preußen diplomatische Beziehungen zu Zar Aleksej Michajlovic (1645–1676) aufnahm und mit diesem 1656 den Traktat von 1517 erneuerte. Dabei standen die Belange der Politik über den Handelsinteressen. Das sollte sich 40 Jahre später ändern, als Peter der Große unter dem Aspekt von Politik und Wirtschaft das Fenster nach Europa öffnete, wofür neben Holland der an Bedeutung gewachsene Hohenzollernstaat sein wichtigster Ansprechpartner war.

Im folgenden beleuchtet der Vf. Peters Bemühungen um den Aufbau einer russischen Flotte im Zusammenhang mit den militärischen Operationen gegen die Türken, die mit der Eroberung von Azow 1696 das erste greifbare Ergebnis gebracht hatten. Es wird sichtbar, daß vor allem die hier gewonnenen Erfahrungen den Zaren zu intensiveren Aktivitäten gegenüber dem Westen veranlaßten. Zum besseren Verständnis seiner Ausführungen gibt K. Einblick in die äußeren und inneren Verhältnisse Brandenburg-Preußens, wobei er von Kurfürst Friedrich III. ein zu negatives Bild entwirft, er bezeichnet ihn als „charakterlos, prunksüchtig und leicht beeinflusbar“, ohne zu bedenken, daß derartige Eigenschaften auf zahlreiche Barockfürsten zutreffen, und nennt an positiven Ergebnissen seiner Regierungszeit lediglich die Erlangung der preußischen Krone. Bereits hier läßt sich deutlich erkennen, was für die gesamte Publikation gilt. Ihr besonderer Nutzen für die Geschichtsforschung liegt in der Auswertung umfangreicher Bestände in russischen Archiven, vor allem dem Moskauer, und der im Westen weitgehend unbekanntem russischen Fachliteratur. Deutsche Veröffentlichungen, u. a. einen Aufsatz von Kurt Forstreuter, hat K. dagegen nur in begrenztem Maß herangezogen. Leider hat er im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz den Nachlaß des brandenburgischen Gesandten Johann Reyer nicht benutzt und nur auf vereinzelte Akten im Königsberger Etatsministerium (Abt. 97 Moskau) zurückgegriffen. Dennoch kann er auf Grundlage der aufgefundenen Traktatensammlungen, Journale, Gesandtschaftsberichte und Memoiren die Vorbereitung, den Verlauf und die Ergebnisse der Unterredungen zwischen dem Zaren und dem Kurfürsten in Königsberg minutiös rekonstruieren. Als praktischer Leitfaden dient dem Leser eine Zeittafel der wichtigsten Daten und Ereignisse während des Aufenthalts des Zaren in der Pregelstadt.

Schwerpunkte in den einzelnen Kapiteln sind Peters erste Reise nach Königsberg – er traf am 5. Mai 1697 auf dem Lübecker Schiff St. Georg in Pillau ein –, Gegenstand und Ergebnis der Gespräche – die wichtigsten Artikel betrafen die Versicherung der gegenseitigen Freundschaft, die Handelsfreiheit russischer und preußischer Untertanen, die Auslieferung von Aufrührern und Feinden, die gute Aufnahme von Russen in Brandenburg-Preußen, die sich auf einer Bildungsreise in den Westen befanden, sowie die Regelung der beim Empfang der beiderseitigen Gesandten zu beachtenden Zeremonien –, der nichtoffizielle Teil der Visite wie das Begehen von Peters Geburtstag und die Überreichung von Geschenken wie auch Peters spätere Besuche in Ostpreußen und Königsberg in den Jahren 1709 bis 1717.

Von besonderem Interesse sind die Informationen über Peters vielfältige Ambitionen im Schiff- und Festungsbau wie im Artilleriewesen, wo er sich mit Hilfe preußischer Instrukteure zu vervollkommen suchte. Trotz aller versuchter Geheimhaltung konnte das Inkognito des Zaren nicht gewahrt werden. Erst zwei Wochen nach seiner Ankunft am 18. Mai 1697 traf die große russische Gesandtschaft in Königsberg ein. Ihren feierlichen Einzug beobachteten der Zar und Kurfürst gemeinsam aus einem Fenster des dortigen Schlosses. Dabei handelte es sich um die drei großen bevollmächtigten Gesandten Lefort, Golovin und Voznicyn, die von etwa 200 Höflingen, Offizieren, Übersetzern, Ärzten, Lakaien und anderem Personal begleitet wurden. Die Rangordnung wurde dabei insofern eingehalten, als der erste Gesandte Lefort eine Suite von etwa 50 Personen hatte, während der zweite über 24 und der dritte nur über 10 Begleiter verfügte. Das rest-

liche Personal stand allen drei Legaten gemeinsam zu. Wegen der schwierigen Verkehrswege und komplizierten Transportmöglichkeiten mußte ein Teil des Gefolges, ohne die Reise nach Westen fortsetzen zu können, direkt nach Rußland zurückkehren.

Die abschließenden Betrachtungen beziehen sich auf den Aufenthalt und das Schicksal der von Peter zum Unterricht nach Königsberg geschickten Russen. Aufgrund des zarischen Erlasses, daß die Zöglinge aus allen Regionen Rußlands ausgewählt werden sollten, trafen im April/Mai 1717 33 Aspiranten in der Pregelstadt ein. 9 kamen aus Moskau, 5 aus Petersburg, 4 aus dem Kiewer und Sibirischen Gouvernement und die übrigen aus den Bezirken von Archangelsk, Astrachan, Kasan und anderen Regionen. Weil lange Zeit Geld aus Petersburg ausblieb, gerieten die jungen Russen – einige hatten sich an der Königsberger Albertina als Studenten eingeschrieben – in große Schwierigkeiten und sogar ins Gefängnis. Erst nach Abschluß eines Kontraktes mit Peter Steophas, einem Kandidaten der Jurisprudenz, konnten sie in dessen Privatschule Unterricht – allerdings in sehr begrenzter Weise – erhalten, wobei die Einweisung in die deutsche Sprache im Mittelpunkt stand. Zwei lernunwillige Eleven wurden nach Rußland zurückgeschickt und dort unter die Matrosen gesteckt. Alle anderen kehrten im Juli 1720 nach Petersburg zurück, wo sie vor dem Senat ihr Examen ablegten und danach zumeist in den Kollegien der auswärtigen Angelegenheiten und in russischen diplomatischen Missionen in Preußen, England, Holland, Dänemark und Polen Verwendung fanden.

Es bleibt zu wünschen, daß der informative, reich illustrierte Band ins Deutsche übersetzt wird oder zumindest eine ausführliche deutsche Zusammenfassung erhält, um die hier vermittelten, bisher weitgehend unbekanntem Informationen der Forschung nutzbar zu machen.

Stefan Hartmann

Ignacy Krasicki na Warmii 1766–1772. Przekazy źródłowe [Ignaz Krasicki im Ermland. Quellenachweise]. Ausgewählt und bearb. von *Alojzy Szorc* (Rozprawy i materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie, 206). Teil 1: 1766–1768, 315 S., Teil 2: 1769–1772, 303 S. Allenstein 2003.

Mit der vorliegenden Quellenpublikation will der Vf. das Wirken von Ignaz Krasicki – er gehörte zu den führenden Repräsentanten der Aufklärung in Polen – als Fürstbischof in seiner ermländischen Diözese beleuchten, wobei er die Zeit von 1766–1772, d. h. von Krasickis Nominierung und Berufung auf den Heilsberger Bischofsstuhl bis zur Ersten Teilung Polens, die das Fürstbistum der preußischen Herrschaft unterwarf, im Blick hat. Dabei stehen dessen geistliche und weltliche Tätigkeit im Mittelpunkt, während sein literarisches Schaffen ausgeklammert bleibt, das erst später seinen Höhepunkt erreichen sollte. Nach kurzer Skizzierung von Krasickis Werdegang – er hatte vor seiner Berufung auf den Heilsberger Bischofsstuhl mehrere Kanonikate und Prälaturen in der Adelsrepublik bekleidet – werden seine nächsten Mitarbeiter, vor allem der Domherr Karl von Zehmen, vorgestellt, ein geborener Deutscher, der nach 1772 mit den preußischen Behörden zusammenarbeitete und daher in den Augen der polnischen Historiographie als Kollaborateur galt. Insgesamt publiziert Szorc mehr als 400 Dokumente aus Krasickis Korrespondenz, die zum größten Teil aus dem ermländischen Diözesanarchiv in Allenstein stammen. Eine kleinere Zahl von Briefen aus dem Fonds des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin – sie liegen in der Repositur des Königsberger Etatsministeriums (Signatur: GStA PK, XX. HA Historisches Staatsarchiv Königsberg, Etatsministerium Abt. 31 a Ermland) – sind gleichfalls in die vorliegende Edition eingeflossen. Sie enthalten vor allem Berichte des Domherrn Karl von Zehmen an Johann Friedrich Domhardt über die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Ermlands, an denen die preußische Administration kurz vor der Übernahme dieses Territoriums interessiert war. Bei der Abschrift dieser Texte ist es bisweilen zu Mißverständnissen und Auslassungen gekommen, wofür das Dokument Nr. 177 als Beispiel dienen kann. Der Inhalt wurde jedoch im allgemeinen zutreffend wiedergegeben.

Die in chronologischer Folge angeordneten Dokumente sind zum größten Teil lateinisch geschrieben. Daneben finden sich einige in polnischer Sprache verfaßte Briefe, die u. a. die Korre-

spondenz zwischen König Stanislaus August und Krasicki betreffen, sowie deutschsprachige Schreiben, die sich direkt an die Stiftsuntertanen richten oder Belange der zukünftigen preußischen Verwaltung berühren. Die von Szorc edierten Quellen lassen sich in unterschiedliche Problemkreise einteilen. Am Anfang stehen die Nominierung Krasickis zum ermländischen Fürstbischof durch König Stanislaus August und seine Wahl durch das Frauenburger Domkapitel. Aus den Texten geht klar hervor, daß er seine neue Position der Gunst des polnischen Monarchen verdankte, zu dessen Freundeskreis er in Warschau gehörte. An die hier gewonnenen Erfahrungen konnte er später im Umgang mit Friedrich dem Großen in Sanssouci anknüpfen. Aufgrund der ihm gewährten königlichen Protektion war sein Amtsantritt im Ermland zunächst als Koadjutor des Bischofs Adam Stanislaus Grabowski und nach dessen Tod 1766 als sein Nachfolger unproblematisch. Anders als jener erhielt Krasicki schon vor seiner Ernennung zum Koadjutor das preußische Indigenat. Wenn auch die Zustimmung des Domkapitels zur Erhebung Krasickis auf den bischöflichen Stuhl nur ein formeller Akt war, enthält doch der darüber geführte Schriftwechsel Hinweise auf die wirtschaftliche und vermögensrechtliche Situation des Territoriums, wofür die Übergabe des ermländischen Inventars an den neuen Fürstbischof ein Beispiel ist. Darüber hinaus belegen zahlreiche der edierten Dokumente die engen Kontakte zwischen Bischof und Kapitel im kirchlichen und weltlichen Bereich, die bisweilen durch Konflikte belastet wurden. Gegenstände der beiderseitigen Korrespondenz waren u. a. die Besetzung der Kanonikate und Prälaturen im Domkapitel, die Erteilung von Dispensen, die Kanoniker vom Nachweis eines dreijährigen akademischen Studiums befreien, die Einhaltung der Residenzpflicht und die Regelung von administrativen und ökonomischen Angelegenheiten, für die beide Seiten gemeinsam zuständig waren. Fraglich ist die These, die 1768 erfolgte Reduktion des bäuerlichen Scharwerks bei gleichzeitiger Erhöhung des Zinses sei bereits ein Schritt auf dem Weg von der Feudalwirtschaft zu kapitalistischen Verhältnissen gewesen, weil es schon in früheren Zeiten immer wieder Schwankungen in diesen Bereichen gegeben hat.

Ein weiterer Themenbereich in den edierten Quellen betrifft Krasickis seelsorgerische Tätigkeit, wobei er sich besonders auf die an seinem Hof befindlichen Kleriker aus seiner Heimatdiözese Przemysl stützte. Zu den umfangreichsten Texten zählt hier der ausführliche Bericht über den Stand der ermländischen Diözese, den er Ende 1771 an die römische Kurie schickte. Dagegen finden sich in den Dokumenten kaum politische Aussagen Krasickis, und selbst zur preußischen Annexion des Ermlandes schwieg er. Ob das seiner apolitischen Natur entsprach, muß offen bleiben. Als Anhänger eines aufgeklärten Absolutismus ließ er sich von den Prinzipien des Rationalismus leiten, der eher in den Bahnen der Kabinettpolitik dachte, was ihn später mit Friedrich dem Großen leichter einen gemeinsamen Nenner finden ließ. Diese Haltung behielt Krasicki auch noch in seinen letzten Lebensjahren als Erzbischof von Gnesen bei, was zu seiner negativen Beurteilung auf polnischer Seite – seine literarische Tätigkeit blieb davon unberührt – beitrug.

Einen Schwerpunkt in der von Szorc veröffentlichten Korrespondenz des Fürstbischofs bilden die Beziehungen des Ermlandes zum benachbarten Preußenland, das nach 1772 als Ost- und Westpreußen bezeichnet wurde. Der Vf. will in den letzten Jahren vor der Ersten Teilung Polens eine Zunahme der Spannungen erkennen, die durch Schwächung der Adelsrepublik einer- und die militärische Potenz Preußens andererseits gefördert wurden. Als Beispiel nennt er den in den Dokumenten erörterten Konflikt um den Alkoholzoll, der 1768 zum Branntweinimportverbot im Ermland führte. Daß die preußischen Standpunkte auf Formulierungen des Zweiten Thorner Friedens von 1466 Bezug nahmen, ist legitim, weil auch die polnische Seite häufig historisch argumentierte. Zur Edition der Texte ist zu bemerken, daß sich die polnischen an den von Literaturhistorikern erarbeiteten Grundsätzen orientieren, während die deutschen den Richtlinien Johannes Schultzes folgen. Dabei hat Szorc gewisse Modifikationen vorgenommen, die er bereits in früheren Editionen praktiziert hat. Deutsche Namen von Orten, die sich seit 1945 innerhalb der polnischen Grenzen befinden, sind in der polnischen Version wiedergegeben, wobei im Register auf die deutsche Variante verwiesen wird. Zur leichteren Orientierung für den Leser dient ein numerisches Verzeichnis der publizierten Dokumente in Form von Kopfregegen. Jeder Ab-

schrift ist ein Regest in polnischer Sprache vorangestellt, das den Leser über den Textinhalt unterrichtet.

Leider fehlt ein Literaturverzeichnis, das die Veröffentlichungshinweise in den Fußnoten nicht ersetzen können. Sinnvoll wäre auch die fortlaufende Zählung der Dokumente in der gesamten Edition und nicht der erneute Beginn mit Nr. 1 in Band 2 gewesen. *Stefan Hartmann*

Friedrich Richter: Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte Ostpreußens in den letzten deutschen Jahrzehnten 1914–1945. Auswahl von Dokumenten und Berichten Dr. Friedrich Richters. Eine kommentierte Werksbibliographie. Kronberg-Oberhöchstädt, (Selbstverlag), 2004, 48 S., 4 Karten.

Unter Fachleuten hat Friedrich Richter einen Namen als der sicher beste Kenner der Gewerbe- und Industriegeschichte des deutschen Ostpreußen im 20. Jahrhundert. Er wurde 1936 an der Albertus-Universität Königsberg mit einer Arbeit zur Industrialisierungspolitik des Oberpräsidenten v. Gossler 1892–1902 zum Dr. rer. pol. promoviert. Schon seit 1933 war er in verschiedenen Stellen in Ostpreußen, seit 1937 im Reichswirtschaftsministerium mit der Industrieförderung des Landes befaßt; 1939 endete diese Tätigkeit. Nach dem Krieg nutzte er seine wirtschaftswissenschaftliche Qualifikation in anderen Aufgaben. Mit dem Eintritt in den Ruhestand wandte er sich wieder seinem ersten Arbeitsbereich zu, um diesen und sein Umfeld vor dem Vergessenwerden zu bewahren. Er verstand sich dabei als Zeitzeuge, ging aber über das Festhalten persönlicher Erinnerungen weit hinaus und unternahm umfangreiche Archiv- und Bibliotheksstudien, die ihn zum gründlichen Kenner der Überlieferungslage machten und ihn in die Lage versetzten, seine Ausführungen mit umfangreichen Quellentexten, insbesondere Statistiken zu untermauern, die er normalerweise seiner Darstellung im Wortlaut einfügte. Richter bezeichnet diesen Texttyp treffend als „Dokumentation“. Das Bändchen, von dem hier die Rede ist, stellt eine kommentierte Bibliographie der insgesamt 26 einschlägigen Veröffentlichungen und Vorträge dar, die Richter im Laufe der Jahre an vielen, teils entlegenen Orten publizierte. Die Beiträge werden zunächst kurz aufgelistet, dann jeweils so ausführlich gekennzeichnet, daß der Leser ein recht konkretes Bild vom Inhalt gewinnt. Beiträge zur Person des Verf., zu Lücken der archivalischen Überlieferung, ein Abkürzungsverzeichnis und vier Karten mit handschriftlichen Einträgen Richters vervollständigen das Bändchen. Der Inhalt zeigt deutlicher als der Titel, daß der Vf. sein Thema recht weit versteht: Beiträge zur Geschichte der Alberuna, Biographisches zu Personen aus dem Umfeld des Themas, aber auch ein Vortrag „Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben“ – leider nicht im Detail dokumentiert – gehören dazu. Erwähnenswert scheint mir nicht zuletzt der mottoartige Satz aus einem Gedicht von Marie Louise Kaschnitz zum Eingang. Daß uns die Biographie in die Lage versetzt, von Richters Œuvre rasch ein kompaktes, aber doch konkretes Bild zu gewinnen, ist zu begrüßen. Dank dafür gilt neben dem Autor auch Bernhart Jähmig, der die Veröffentlichung anregte. *Ernst Opgenoorth*

Albert Jeloschek, Friedrich Richter, Ehrenfried Schütte, Johannes Semler: Freiwillige vom Kaukasus – Georgier, Armenier, Aserbaidschaner, Tschetschenen und andere auf deutscher Seite. Der „Sonderverband Bergmann“ und sein Gründer Theodor Oberländer. Graz, Stuttgart 2003, 374 S.

Im Herbst 2003 erschien dieses Buch, an dessen Zustandekommen auch ein Mitglied unserer Kommission nicht allein als Autor, sondern auch als Zeitzeuge beteiligt war. Das Unterfangen, fast sechs Jahrzehnte nach dem letzten Krieg eine Gesamtdarstellung des „Sonderverbandes Bergmann“ der Wehrmacht zu schreiben, war schon auf Grund der Quellenlage nicht ganz einfach; es hatte etliche Jahre gebraucht, bis aus einem Konvolut mit Beiträgen von ca. 480 Seiten sowie 1000 Seiten Dokumenten in den verschiedenen Sprachen das sogenannte „Grünbuch“ zu seiner Geschichte entstand, das dem Bundesarchiv/Militärarchiv in Freiburg/Brsg. übergeben wurde. Hieraus entstand das vorliegende Buch, das in komprimierter Form „Bergmann“ dokumentiert. Schon 1976 gab Joachim Hoffmann in „Die Ostlegionen“ eine gute Übersicht, die „Bergmann“ jedoch nur bis 1943 und im großen Rahmen darstellt. Hier setzt das vorliegende

Werk an, indem es neben einer neu und umfassend dokumentierten Gesamtdarstellung eine Fülle von Einzelbeiträgen von deutschen und kaukasischen Zeitzeugen bringt.

Der „Sonderverband Bergmann“ (so der Tarnname für seinen Einsatz im Kaukasus) wurde vom Amt Ausland/Abwehr des OKW 1941 aus Freiwilligen kaukasischer Kriegsgefangener und Überläufern der Roten Armee sowie Emigranten gebildet. Ihr Kommandeur (bis 1943) in Kaukasien wurde der Oberleutnant (später Hauptmann) d. Res. Prof. Dr. Theodor Oberländer, der später im Kabinett Adenauer Bundesvertriebenenminister war. Dieser machte schon zu Beginn des Feldzugs gegen die Sowjetunion in Denkschriften auf die kontraproduktive Einstellung der NS-Führung in den besetzten Gebieten der Sowjetunion aufmerksam. Trotz dieser äußeren Bedingungen, die er nicht zu ändern vermochte, war es erstaunlich, daß seine Truppe im Laufe von zwei Jahren auf Regimentsstärke anwuchs, was ihre Aufteilung in drei Bataillone zur Folge hatte, die erfolgreiche Einsätze im Rahmen der Heeresgruppe Süd durchführten. Ihr Weg führte im allgemeinen Rückzug über die Krim nach Griechenland, zeitweise nach Warschau, dann nach Jugoslawien und endete schließlich dort mit der Auslieferung durch die Engländer an die Sowjets.

Die Besonderheit dieser Arbeit liegt in der kriegshistoriographisch meist unüblichen Mischung von Gesamtdarstellung und Einzelbeiträgen damaliger in- und ausländischer Zeitzeugen, die zusammengenommen ein umfassendes Bild nicht nur der Einsätze, sondern auch der inneren Verfassung der Truppe gestatten. Nicht zuletzt muß man das Bemühen des deutschen Rahmenpersonals würdigen, alle internen Schwierigkeiten zu überwinden, die sich aus den unterschiedlichen Volkszugehörigkeiten der Freiwilligen mit ihren verschiedenartigen Mentalitäten, den sprachlichen Barrieren und schließlich auch der militärischen Lage ergaben. Es gab nur wenige Deserteure und Überläufer. Wie sehr „Bergmann“ seiner Aufgabe gerecht geworden ist, beweist nicht nur allein die Tatsache des erstaunlichen Gefechtswertes der Truppe in ihren Einsätzen, sondern auch ihr Zusammenhalt bis zur Gefangennahme durch die Engländer, die entgegen ihrer Zusage die Kaukasier an die Sowjets auslieferten.

So gibt das Buch einen Einblick in einen Teilbereich des Krieges im Osten, der nicht nur für ehemalige Soldaten, sondern auch für Historiker interessant sein dürfte. Es ist gut dokumentiert und ebenso gut lesbar. Manch aktuelle Entwicklungen in der Kaukasus-Region erhalten neue Gesichtspunkte. Daß ein Orts- und Namenregister zu vermissen ist, darf als Schönheitsfehler übersehen werden.

Ernst Vogelsang

Kommissionsverlag: Elwert'sche Universitäts- und Verlagsbuchhandlung
Reitgasse 7/9, 35037 Marburg (Lahn)

Manuskripteinsendungen sind zu richten an:

Dr. Dieter Heckmann, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Archivstraße 12-14, 14195 Berlin, oder
Dr. Klaus Neitmann, Brandenburgisches Landeshauptarchiv, An der Orangerie 3, 14469 Potsdam

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in
HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICAN HISTORICAL AND LIFE

Gedruckt mit Unterstützung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz
und Beihilfe des Herder-Instituts e.V.

Herstellung: Stahlinger Satz GmbH, 35085 Ebsdorfergrund

Preußenland

MITTEILUNGEN DER HISTORISCHEN KOMMISSION FÜR OST- UND
WESTPREUSSISCHE LANDESFORSCHUNG UND AUS DEN ARCHIVEN
DER STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Jahrgang 43/2005

ISSN 0032-7972

Nr. 1

INHALT

Vorstand und Schriftleitung, Klaus Militzer zum 65. Geburtstag, S. 1 – *Dieter Heckmann*, Der Übergang der Neumark an Brandenburg im Jahre 1455 im Spiegel der zollernschen Unterwanderung des preußischen Zweiges des Deutschen Ordens, S. 2 – *Heinrich Lange*, Nur zwei Briefe Immanuel Kants in der Staatsbibliothek Moskau?, S. 19 – *Udo Arnold*, P. Dr. Klemens Wieser OT (1924–2003), S. 42 – Buchbesprechungen, S. 44.

Klaus Militzer zum 65. Geburtstag

Unser stets jugendlich wirkender Kollege Prof. Dr. Klaus Militzer vollendet bereits sein 65. Lebensjahr, da er am 9. Juni 1940 in Bielefeld geboren wurde. Nach dem Abitur in seiner Heimatstadt begann er 1960 das Studium der Geschichte und Germanistik mit den üblichen Beifächern. Von Göttingen ging er über Innsbruck und Gießen 1963 nach Göttingen zurück, wo er 1965 das Staatsexamen für den höheren Schuldienst abschloß. In den Lehrveranstaltungen von Reinhard Wenskus ließ er sich für die Geschichte der Balleien des Deutschen Ordens im Reich interessieren, so daß er 1966 als wissenschaftlicher ‚Hilfsarbeiter‘ in das Atlaswerk des Preußenlandes eintrat, um die Bearbeitung einer Karte der Balleien des Deutschen Ordens um 1400 aufzunehmen. Hieraus erwuchs das Thema seiner Dissertation „Die Entstehung der Deutschordensballeien im Deutschen Reich“, mit der er 1968 promoviert wurde. Diese 1970 im Druck erschienene Untersuchung erwies sich als ein großer wissenschaftlicher Erfolg, so daß 1981 eine zweite Auflage nötig wurde. 1968–1974 war er wissenschaftlicher Assistent an der Pädagogischen Hochschule Göttingen. Forschungsmäßig erarbeitete er sich mit der Sozialgeschichte der Stadt Köln ein zweites Standbein. Mit einer Arbeit über die städtischen Unruhen im späteren 14. Jahrhundert wurde er 1979 von der Philosophischen Fakultät in Göttingen habilitiert und erhielt die *Venia legendi* für mittelalterliche Geschichte.

Danach wurde er wissenschaftlicher Referent am Historischen Archiv der Stadt Köln, während er seine akademischen Lehrverpflichtungen zunächst als Privatdozent in Göttingen, später in Bochum wahrnahm, wo er zum außerplanmäßigen